

Der SOZIALISTISCHE KAMPFER

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



Nr. 7/8/9

Juli/September 1955



Österreich ist frei!

Das österreichische Bundesheer pro und contra

Die Frage der Aufstellung eines österreichischen Bundesheeres hat nicht nur in allen Parteiorganisationen selbst, sondern auch besonders in den Reihen der Freiheitskämpfer eine lebhaft und sehr tief-schürfende Diskussion ausgelöst. Die folgenden Aufsätze, zusammen mit Leserzuschriften und Zitaten, sollen die verschiedenen Ansichten und Meinungen zu Wort kommen lassen und zeigen, wieweit es möglich gewesen ist, sie zuletzt im Wehrgesetz ihren Niederschlag finden zu lassen.

Staatsbürger in Uniform

Zwei Tage vor der Unterzeichnung des Staatsvertrages hat die Sozialistische Partei auf die Notwendigkeit des Aufbaues eines Heeres zur Verteidigung der Neutralität Österreichs hingewiesen und alle demokratischen Kräfte des Landes zur Mitarbeit an dieser wichtigen Aufgabe aufgerufen. Die Sozialistische Partei hat ein Heer milizartigen Charakters, mit kurzer Dienstzeit auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht vorgeschlagen, dessen Angehörigen die staatsbürgerlichen Rechte gewahrt bleiben sollen. Was die Sozialisten damit wollen, ist klar: Keinen autoritären Überstaat im Staate, sondern einen lebendigen demokratischen Organismus — der Staatsbürger in Uniform — mit gleichen Rechten und Pflichten; nur zeitweilig besondere Aufgaben. Das Ziel ist gesteckt. Nun kommt es darauf an, den besten und schnellsten Weg zur Erreichung zu suchen.

Die Aufgabe des künftigen Bundesheeres ist durch die freiwillig gewählte Stellung Österreichs festgelegt. Sie besteht in der Verteidigung der Neutralität, hat also rein defensiven Charakter. Der Zweck des künftigen Bundesheeres besteht darin, einen Angriff auf Österreich zum größtmöglichen Risiko für jeden Aggressor zu gestalten. Bei dem gegenwärtigen Stand der Waffentechnik wäre es völlig aussichtslos, diesen Zweck etwa durch ein Nachhinken Österreichs im Rüstungswettlauf mit modernsten schweren Waffen erreichen zu wollen. Das verbieten uns nicht nur die Beschränkungen des Staatsvertrages, sondern auch unsere finanziellen und technischen Möglichkeiten.

Die Zweckbestimmung des künftigen Bundesheeres läßt sich mit anderen Mitteln schneller und besser erreichen.

Für die Bestimmung des künftigen Bundesheeres gibt es in der österreichischen Geschichte kein Beispiel, sondern nur einige Ansätze. Österreich wird sich daher nach Vorbildern in neutralen Ländern umsehen müssen. Die Sozialistische Partei hat in diesem Zusammenhang auf die Schweiz und Schweden hingewiesen. Diese neutralen Länder haben verschiedene Wehrsysteme, die aber ihren unterschiedlichen geographischen Verhältnisse in gleicher Weise gerecht werden. Die geographischen Voraussetzungen verweisen uns auf das Beispiel der Schweiz und die personellen auf das Vorbild Schwedens.

Das Schweizer Wehrsystem gründet sich auf das Prinzip des Volksaufgebotes; es entstand aus den Ortswehren und hat eindeutigen Milizcharakter. Das Wehrsystem Schwedens ist aus einem hochquali-

fizierten Berufsheer herausgewachsen und hat seine Eigenheiten — weitgehende Zentralisierung und Spezialisierung — trotz der allgemeinen Wehrpflicht behalten. Beide Wehrsysteme beruhen auf Gegebenheiten und Erfahrungen, die Österreich nicht voraussetzungslos übernehmen kann. Für das künftige Bundesheer gilt es, ein eigenes Wehrsystem auf neuen Grundlagen zu entwickeln. Das Endziel dürfte ein Milizheer nach Schweizer Vorbild und das Etappenziel eine Synthese zwischen den schweizerischen und schwedischen Wehrsystemen sein.

Fast alle europäischen Armeen sind aus den Söldnerheeren der landesfürstlichen Zeit herangewachsen. Sie haben deshalb auch deren oberste Zweckbestimmung — größtmögliche Schlagkraft zum Angriff — beibehalten. Darum bestand das höchste Ziel der späteren Wehrpflichtarmeen in der Erreichung und Behauptung eines möglichst großen Aktivstandes. Dies bedingte starke Kader von Berufsoffizieren und Unteroffizieren sowie lange Dienstzeiten. Für den „Ernstfall“ sollten möglichst viel sofort verfügbare Soldaten bereitstehen. Man war deshalb bestrebt, mindestens zwei, womöglich aber drei Jahrgänge in den Kasernen zu halten. Die Ausbildung der Reserven wurde demgegenüber vernachlässigt.

Die Totalität und die lange Dauer der zwei Weltkriege hat dieses Wehrsystem widerlegt. Der Drang zur raschen Entscheidung führte zum Einsatz fast aller aktiven Verbände gleich zu Kriegsbeginn und — meist zu ihrer baldigen Vernichtung. Die weiteren,

viel schwierigeren Schlachten mußten dann mit flüchtig ausgebildeten Mannschaften sowie mit Offizieren und Unteroffizieren der Reserve geführt werden.

Lang dienende Armeen mit starken Kadern und hohen Aktivständen sind durch die Entwicklung überholt. Zur Erzielung einer möglichst großen Abschreckungs- und Verteidigungswirkung kommt es jetzt nicht mehr auf hohe Aktivstände, sondern auf zahlreiche, gut ausgebildete und jederzeit wehrbereite Reserven an. Bei der Entwicklung eines gut funktionierenden Mobilisierungsapparates erlaubt das Milizsystem bei jeder Bedrohung das Aufgebot einer respektablen Verteidigungskraft, die auch viel stärkere Angreifer abzuschrecken vermag.

Derartige Erwägungen verweisen Österreich auf das Beispiel der Schweiz. Die schweizerische Miliz hat, abgesehen von einigen Spezialtruppen (Flieger) überhaupt keine aktiven Stände und, außer einigen hohen Berufsoffizieren im Generalstab, keine Kader. Sie besteht nach klassischen militärischen Begriffen nur aus Reservisten. Das Schweizer Milizsystem ist aber in Jahrzehnten organisch gewachsen; für eine sofortige naturgetreue Kopie fehlen in Österreich die Voraussetzungen. Das künftige Bundesheer dürfte daher vorerst auf die Aufstellung eines hochqualifizierten Ausbildungskaders nicht verzichten können. Dafür könnte das Rekrutierungs- und Ersatzsystem der Schweiz sofort übernommen werden.

Nirgends ist der Hang zum Althergebrachten stärker als im Militärwesen. Österreich wird es deshalb nicht leicht haben, bei der Aufstellung seines künftigen Bundesheeres neue Wege zu gehen. Man wird nur in geringem Maße auf ehemalige Berufsmilitärs zurückgreifen können. Das ist jedoch eher ein Vorteil, weil das neue Heer eine Volkssache werden soll. Man soll es auch deshalb nicht alten Berufsmilitärs überlassen, weil es kein Kriegs-, sondern ein Friedensinstrument werden soll. Niemand darf in Versuchung kommen, seinen Ehrgeiz durch die Erprobung des Heeres im „Ernstfall“ zu befriedigen.

Die Volksvertretung soll das Heer als ihr Instrument schaffen, ihm die nötigen Mittel bewilligen und es vor allem ständig kontrollieren. Wenn das Parlament mit dieser Einstellung an die Schaffung des Bundesheeres herangeht; daß die Landesverteidigung kein Vorrecht einer Kaste, sondern eine notwendige Volksaufgabe ist, dann wird Österreich ein Heer bekommen, das seinen Erfordernissen entspricht.

Volkssoldaten oder Landsknechte

„...und mit allen meinen Kräften der Republik Österreich und dem österreichischen Volk dienen werde.“ Mit diesen schönen Worten endet das Gelöbnis, das von den Soldaten des künftigen österreichischen Bundesheeres abgelegt werden wird. Als Sozialisten und Österreicher wissen wir allerdings — wir haben das wechselvolle Schicksal unseres Landes von der Ersten zur Zweiten Republik miterlebt —, daß der Charakter einer Armee nicht allein nach den meist sehr menschenfreundlichen und wohlgeformten Sätzen des Fahneneides — in Österreich wird es ein Treuegelöbnis sein — beurteilt werden darf.

Die lebhaften Diskussionen, die über die Wiedererrichtung eines österreichischen Bundesheeres in unserer Partei geführt worden sind, zeigen, daß die schmerzlichbitteren Erfahrungen des Februar 1934 und späteren faschistischen Jahre nicht nur bei uns sozialistischen Freiheitskämpfern in lebendiger Erinnerung geblieben sind. Immer wieder wird die sorgende Frage gestellt: Gibt es eine wirkliche Garantie gegen den neuerlichen Mißbrauch österreichischer Streitkräfte zur Entrechtung des arbeitenden Volkes und zur Vernichtung der Demokratie?

Rechtzeitig und in umsichtiger Weise hat der Parteivorstand den mit der Aufstellung einer Armee zusammenhängenden Fragenkomplex untersucht und zur Diskussion gestellt. Die gefaßten Beschlüsse zeigen Möglichkeiten, um jene Gefahren zu bannen und die demokratische, volksverbundene Struktur eines künftigen Heeres zu sichern. Wir wollen uns die wichtigsten Forderungen in Erinnerung rufen. Im Beschluß des Parteivorstandes heißt es:

„Die Sozialistische Partei sieht in einer Armee des Volkes den besten Schutz der Republik. Diesem Ziel dient die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und der Aufbau eines neuen Heeres mit milizartigem Charakter. Das neue Heer soll möglichst einfach gestaltet, große Stäbe sollen vermieden werden. Die Sozialisten treten für eine möglichst kurze Dienstzeit ein ...

Die Sozialistische Partei wird darüber wachen, daß die in der Verfassung gewährleisteten staatsbürgerlichen Rechte auch den Angehörigen des neuen Bundesheeres erhalten bleiben. Sie wird dafür sorgen, daß alle Maßnahmen zur Durchführung von militärischen Aufgaben gesetzlich verankert werden. Die parlamentarische Kontrolle muß auf eine gesicherte Rechtsgrundlage gestellt sein.

Die Sozialistische Partei ruft die demokratischen Kräfte des Landes auf, am Aufbau des Heeres positiv mitzuarbeiten und damit zur Verteidigung unserer Neutralität beizutragen.“

Mit der Bestätigung dieser Beschlüsse durch den Parteirat am 20. Juni kann nun die innerparteiliche Diskussion als abgeschlossen betrachtet werden. Desto konzentrierter müssen wir die Auseinandersetzungen mit dem Koalitionspartner, der ÖVP, zu Ende führen. Der Gesetzentwurf über das Heerwesen, der schon im September im Parlament behandelt werden soll, regiert in einer Reihe entscheidender Punkte die vom Parteivorstand und Parteirat gefaßten Beschlüsse. Er wird zweifellos auf den heftigsten Widerstand unserer Genossen im Parlament stoßen.

Wenn man sich auch mit einer neunmonatigen Dienstzeit und einer entsprechend verlängerten Dienstdauer für technische Truppenteile abfinden könnte, so widerspricht dafür der verzweigte Aufbau eines Kadres von Berufsoffizieren, Berufsunteroffizieren und Berufssoldaten mit vieljähriger Dienstzeit in gefährlicher Weise den Forderungen unserer Partei. Die allgemeine Wehrpflicht wäre nach den in Behandlung befindlichen Bestimmungen nicht viel mehr als ein Aushängeschild, hinter dem sich der Aufbau eines Söldnerheeres verbergen würde. Während wir die Wahrung der Staatsbürgerrechte der Heeresangehörigen fordern, ist durch den eingebrachten Gesetzesvorschlag selbst im Hinblick auf die Informationsquellen der Soldaten eine unerträgliche Bevormundung beabsichtigt. Weiter würde jede parlamentarische Kontrolle zu einer Farce, wenn sie sich, wie im Entwurf vorgesehen, darauf beschränken müßte, lediglich Empfehlungen an den zuständigen Minister weiterzuleiten.

Auf entschiedene Ablehnung in der gesamten Ar-

beiterschaft würde jedoch die Bestimmung stoßen, nach der das Heer „zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Innern“ herangezogen werden soll. Wir wissen, wie sich manche Herren in gewissen Kreisen der ÖVP das vorstellen. Auch das Söldnerheer der Ersten Republik wurde zu solchen Aufgaben herangezogen, und im Jahre 1934 hat die Aufrechterhaltung der „Ordnung und Sicherheit im Innern“ mit der Zerschlagung der Republik geendet.

Wir wissen nicht, welche Chancen unsere Genossen im Parlament haben werden, um gegen die Pläne der ÖVP den Standpunkt unserer Partei durchzusetzen. Wir sind jedoch überzeugt, daß sie sich hartnäckig und zäh weigern werden, jenen Gesetzesbestimmungen, die so kraß dem Geist einer demokratischen Wehrverfassung widersprechen, ihre Zustimmung zu geben. Die ÖVP ist noch lange nicht stark genug, um ein solches Gesetz gegen den eindeutigen und klaren Willen unserer Partei durchzusetzen. Noch weniger kann sie es wagen, in dieser Frage eine Entscheidung der Wähler zu provozieren.

„Die Sozialistische Partei sieht in einer Armee des Volkes den besten Schutz der Republik.“ Wir sind bereit, „am Aufbau des Heeres positiv mitzuarbeiten und somit zur Verteidigung unserer Neutralität beizutragen“. Mit diesen Worten haben Parteivorstand und Parteirat ausgesprochen, was die überwiegende Mehrheit unseres Volkes tatsächlich denkt: Unser neues Heer muß einen milizartigen Aufbau erhalten. Ein neutrales Österreich braucht nicht Landsknechte, sondern Soldaten des Volkes!

Soldaten?

Wir wollen keine Soldaten sein

Die sozialistische Bewegung hat den arbeitenden Menschen in Österreich eine neue Stellung in der Gesellschaft erkämpft. Aus dem rechtlosen, von der herrschenden Klasse unterdrückten und vom Wohlwollen des Fabrikherrn ökonomisch abhängigen Proleten ist ein gleichberechtigter Staatsbürger geworden, der durch seine Organisationen und Interessenvertretungen in allen politischen und wirtschaftlichen Fragen ein gewichtiges Wort mitzureden hat. Die junge Generation betrachtet diese neue soziale Stellung der Arbeiterschaft bereits als selbstverständlich. Jeder Lehrling kennt heute genau seine Rechte in Betrieb und Werkstatt, und tritt er dem Unternehmer gegenüber, so tut er dies zwar mit dem Respekt des jungen Menschen vor dem Vorgesetzten, zugleich aber mit dem Selbstbewußtsein der befreiten Arbeiterklasse. In der Demokratie, so lehren wir ja die Söhne und Töchter unserer Arbeiter schon in der Schule, sind alle Bürger gleich.

Demokratie in der Armee?

Aber jetzt soll der junge Arbeiter, dem wir, die sozialistische Bewegung, dieses Selbstbewußtsein mit auf den Lebensweg gegeben haben, plötzlich wieder — strammstehen. Strammstehen vor irgendeinem dahergelaufenen Schreier, der, weil er im bürgerlichen Leben versagt hat, auf dem Exerzierplatz Karriere zu machen gedenkt? Ist das nicht einfach unvereinbar mit unserem sozialistischen Ideengut, mit unserer Forderung nach persönlicher Freiheit und Menschenwürde?

Man sagt uns, daß dieses Bundesheer, gegen dessen Aufstellung viele aus unseren Reihen ernste Bedenken vorzubringen haben, ein demokratisches Heer sein wird. Aber wir wissen nur zu gut: Beim Militär gibt es keine Demokratie, weil der Militarismus keine andere Meinung als die der Kommandierer duldet. Ja beim Militär feiert die als überwunden geltende Klassenscheidung, feiern alle toten Privilegien des Klassenstaates mit den plärrenden Kommandos aufgeputzter Chargen auf der einen und dem erniedrigenden „Jawohl!“-Sagen auf der anderen Seite fröhliche Urständ,

beim Militär ist die Welt auch noch nach Dienstscluß in Offizierskasinos und Mannschaftskantinen geteilt.

Uns, die wir vor nicht zu langer Zeit selbst dabei waren, kann man nichts vormachen: Uns klingt noch das „Bitte, vorbeigehen zu dürfen“ in den Ohren, das wir immer dann zu sagen hatten, wenn uns einer der Herren Offiziere — manchmal sogar absichtlich — den Weg verstellte und das wohl zu den niederträchtigsten Mitteln der Kaserne zur Zertretung der Persönlichkeit gehörte. Mag sein, daß die Umgangssprache, daß der ganze Betrieb im künftigen österreichischen Bundesheer um einen Ton gemüthlicher und konzilianter sein wird — im Prinzip wird sich der österreichische vom preußischen Kommiß nicht unterscheiden: Die einen werden mit arrogantem Gesicht auf den Gruß warten, die anderen werden — vorschriftsmäßig! — zu grüßen haben; den einen wird das Essen auf weißgedeckten Tischen von den Ordonnanzen serviert werden, die anderen werden sich darum in langen Reihen anstellen müssen. Man komme uns nicht mit dem Argument, daß einzelnen Jugendlichen, deren Flegelhaftigkeit zugegebenermaßen aufreizend ist, ein wenig Drill und Disziplinhalten nichts schaden wird. Denn, was lernen sie schon beim Militär? Jeden dummen und sinnlosen Befehl unter allen Umständen ausführen und — ins Bordell gehen.

Kommandieren werden die Gegner

Für jeden bewußten Sozialisten wirft die Diskussion über das neue Bundesheer aber noch eine Frage auf: Wer wird dieses Heer kommandieren? Wie würde die Demokratie in diesem Heer aussehen, welcher Geist

würde in ihm walten, wenn ihm als Minister etwa ein Herr Graf vorsteht? Er, der Protektor der fragwürdigen Kameradschaftsbünde, hat uns schon verraten, wie er sich Österreichs neue Wehrmacht vorstellt: mit Deutschmeistertradition und Hitlerorden. Wir würden, wenn es, wie schon einmal, zu einer reaktionären Entwicklung im Bundesheer kommt, wahrscheinlich gar nichts dagegen unternehmen können.

Die Arbeiterjugend wird, von jeder Uniform abgestoßen, für den Offiziersberuf nicht zu gewinnen sein, gewisse Kreise des Bürgertums aber werden, weil sich ihnen eine Chance bietet, die alte Vorrangstellung wenigstens auf einem Gebiet zurückzugewinnen, mit beiden Händen danach greifen. Unsere Genossen werden in Reih und Glied stehen und die Schwarzen werden kommandieren — trotz allgemeiner Wehrpflicht. Der Sozialist, der Arbeiter ist nun einmal kein Soldat und wird es nie werden. Oscar Pollak hat in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 22. Mai in der Sorge um den demokratischen Charakter dieses Bundesheeres geschrieben: „Nicht widerwillig getragene Pflicht, gegen die wir uns auflehnen, sondern demokratische Aufgabe muß uns die Verteidigung unserer Unabhängigkeit und Neutralität, muß uns die Einrichtung der dazu dienenden Wehrmacht sein.“ Das „Einrücken“ wird uns Jungen, die wir schon einmal dabei waren, immer nur widerwillig getragene Pflicht sein! Die militärische Dienstzeit des Verfassers zum Beispiel endete in den russischen Kriegsgefangenenlagern von Karaganda. Man wird es ihm nicht verdenken können, daß er keine Uniform mehr anziehen möchte, nicht einmal die einer österreichischen Wehrmacht.

Um das österreichische Bundesheer

Die Aussicht, daß Österreich demnächst eine Armee aufstellen wird, ist derzeit ein beliebtes Gesprächsthema. Niemand zweifelt daran, daß es dazu kommen wird, aber nur wenige sind davon begeistert. Oft hört man Ansichten wie diese: „Die Volksvertreter werden ein Bundesheer beschließen, obwohl die Mehrheit des Volkes dagegen ist. Warum machen sie keine Volksabstimmung? Warum wird das Volk nicht gefragt?“ Nun, es ist durchaus möglich, daß eine Volksabstimmung eine Mehrheit gegen ein Heer ergeben würde — und dennoch wäre es ganz verfehlt und verderblich, diese Frage durch Volksabstimmung zu entscheiden. Sie ist dafür ebensowenig geeignet wie etwa die Frage der Höhe der Steuern. Oder zweifelt jemand daran, daß Volksabstimmungen sehr wahrscheinlich Mehrheiten für Steuerermäßigungen ergeben würden? Mit katastrophalen Folgen für Staat und Wirtschaft und schließlich für jeden einzelnen! Die späteren nachteiligen Folgen vergißt man eben allzu leicht, wenn es um einen unmittelbaren Vorteil geht, wenn es sich darum handelt, eine lästige Pflicht loszuwerden.

Es ist das Wesen der repräsentativen Demokratie, daß das Volk Vertreter wählt, die an seiner Statt über die Belange des Gemeinwesens entscheiden. Die besondere Pflicht dieser Vertreter ist es, nicht nur an den Augenblick, sondern auch an die Zukunft zu denken, nicht spontan, sondern nach gründlicher Überlegung zu entscheiden, nicht mit dem Gefühl, sondern mit dem Verstand — alles Dinge, die von einem Großteil der Bürger nicht erwartet werden können. Die Geschichte ebenso wie die logische Überlegung lehren, daß die repräsentative Demokratie die funktionsfähigste, haltbarste und auf längere Sicht demokratischste Staatsform ist. Jede plebiszitäre Demokratie droht, alsbald die skrupellosesten Demagogen an die Macht zu bringen und sich in eine Diktatur zu verwandeln¹⁾.

Es ist also ganz in Ordnung, wenn die Entscheidung über ein österreichisches Heer vom Parlament gefällt

wird, ohne Rücksicht darauf, ob sie populär oder unpopulär ist. Und es ist ebenso in Ordnung, die Frage öffentlich zu diskutieren und nicht erst, nachdem die Entscheidung gefallen ist.

Für und wider die demokratische Wehrhaftigkeit

Unter den gegebenen Verhältnissen bedarf jedes Gemeinwesen des militärischen Selbstschutzes. Unter den gegebenen Verhältnissen! Ja, wenn die Völker und Regierungen aller oder wenigstens der wichtigsten Länder seit einem Menschenalter Friedensliebe und Toleranz bewiesen hätten, dann könnten wir uns die Kosten und die persönlichen Opfer einer Armee ersparen. Doch die Verhältnisse sind nicht so! In einer Reihe von Staaten sind Menschen an der Macht, die von missionarischem Eifer erfüllt sind und andere Völker nach ihrer Fassung selig machen möchten, die sich um so sicherer fühlen, je mehr Länder sie beherrschen und die ihre Soldaten jeden Augenblick marschieren lassen können, ohne Rücksicht darauf, ob es ihren Völkern paßt oder nicht²⁾.

Das ist die Realität, vor der die Pazifisten ihre Augen verschließen. Sie sagen: „Die Menschen sollen sich nicht töten! Sie sollen brüderlich zusammenarbeiten!“ Wir stimmen ihnen aus ganzem Herzen bei, fügen jedoch hinzu: „Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt!“ Was wir an den Pazifisten auszusetzen haben, ist, daß sie die Gewaltlosigkeit jenen predigen, die zur Selbstverteidigung rüsten, statt jenen, die die Ursache dieser bitteren Notwendigkeit sind. Der Pazifist, der als neuer Marquis Posa vor den Diktator träte und spräche: „Herr Marschall, rüsten Sie ab und geben Sie Ihrem Volk demokratische Kontrolle dieser Abrüstung!“, könnte einem imponieren, nicht aber der, der uns predigt, daß wir das bißchen Wohlstand und Menschenwürde, das wir haben, kampfflos preisgeben sollen.

Es gibt eine Spielart des Pazifismus, die etwa so argumentiert: „Kriege sind Machtkämpfe von Herr-

¹⁾ In Ländern mit besonders alter und fester demokratischer Tradition können plebiszitäre Einrichtungen von Dauer sein, ohne die Demokratie zu sprengen. Diese Voraussetzung ist etwa in der Schweiz gegeben, aber gewiß nicht in Österreich.

²⁾ Das heißt nicht, daß wir mit einem solchen Ereignis in der näheren Zukunft rechnen. Im Gegenteil, wir glauben und hoffen, daß die Welt einer Periode der zunehmenden friedlichen Koexistenz entgegengeht.

schen den untereinander. Die Massen des Volkes sind an ihrem Ausgang völlig desinteressiert. Es kann den arbeitenden Menschen gleichgültig sein, von wem sie regiert, beherrscht und ausgebeutet werden.“ Dieser Standpunkt war in der Vergangenheit sehr oft berechtigt; er mag es auch heute noch in manchen Teilen der Erde sein — etwa bei einem Krieg zwischen zwei mittelamerikanischen Diktaturen. Er ist jedoch völlig unhaltbar für die gegenwärtige Lage in Europa. Der letzte Hilfsarbeiter ebenso wie der leitende Ingenieur hat mehr zu verlieren wie seine Ketten! Der erstere immerhin einen Lebensstandard und soziale Rechte, um die ihn seine Klassengenossen unter anderen Regimes beneiden,

der letztere immerhin die Sicherheit, daß ihn ein Pech höchstens den Posten, nicht aber Freiheit und Leben kostet.

Deshalb muß gerade der Demokrat, gerade der Anhänger des Wohlfahrtsstaates, gerade der demokratische Sozialist die wehrhafte Verteidigung dieser Errungenschaften bejahen — gegen die Angriffe von außen ebenso wie gegen Bedrohungen von innen. Wer nicht bereit ist, Opfer zu bringen für seine Rechte, wer nicht bereit ist, Wohlfahrt, Freiheit und Menschenwürde nötigenfalls unter Einsatz des Lebens zu verteidigen, der verdient nichts anderes als die Knute der Diktatur.

Der Defätist sagt: „Was können denn ein paar tausend Mann ausrichten — im Zeitalter der Atombomben?“

Und der Schwarzfahrer meint:

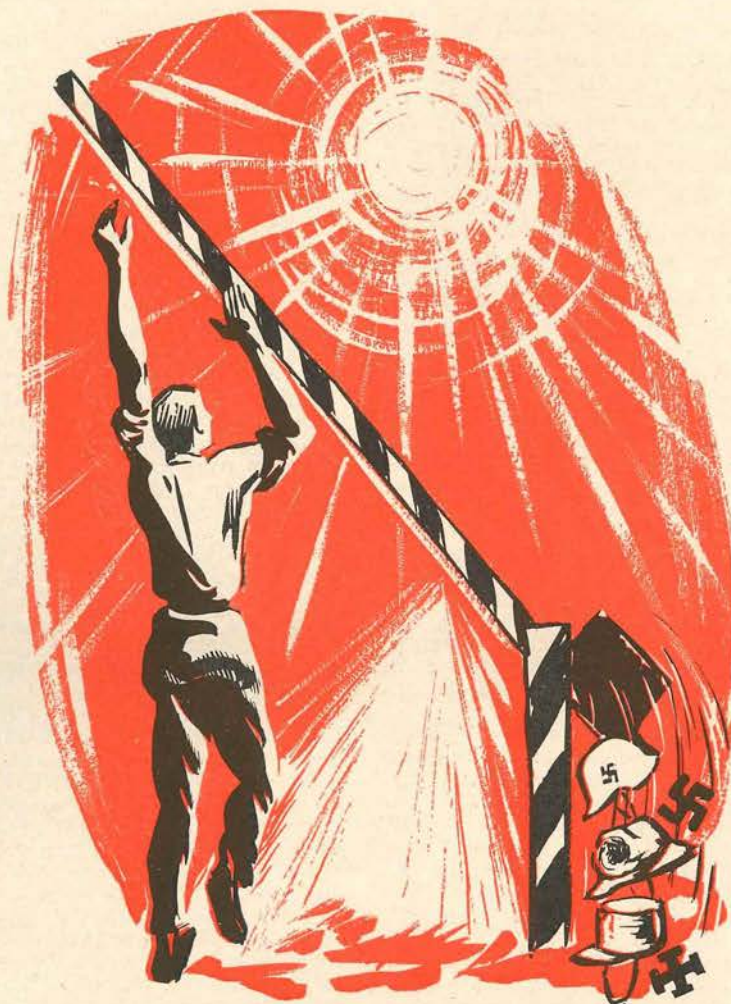
„Wenn etwa die Russen uns wieder besetzen wollen, werden uns die Westmächte schon helfen!“ Und beide schließen: „Also können wir uns eine bewaffnete Macht ersparen.“ Beide haben unrecht.

Seit es die Atombombe gibt, sind eine Reihe von Kriegen geführt worden, in die die Großmächte verwickelt waren — Griechenland, Korea, Vietnam —, alle ohne Atombomben, allein mit konventionellen Waffen. Es ist wenig wahrscheinlich, daß eine Großmacht daran interessiert ist, Österreich dem Erdboden gleichzumachen — das könnte sie mit Atombomben, und dagegen könnte uns in der Tat ein noch so tapferes Heer nicht schützen. Es ist viel eher denkbar, daß eine Großmacht Österreich unzerstört in die Hand bekommen will, als Aufmarschgebiet, als Durchmarschland oder nur zwecks Vergrößerung ihres „Glacis“ — und gegen derartige Absichten ist auch ein kleines Heer, wenn es wohl bewaffnet und ausgebildet und vor allem moralisch kampfbereit ist, ein wirkungsvoller Schutz. Es mag einer Großmacht verlockend erscheinen, ein kleines Land zu besetzen, wenn dies kampflös ge-

schehen und sie die Betriebe und Verkehrsmittel des Landes intakt in die Hand bekommen kann, sie wird es sich aber zehnmal überlegen, ob es dafürsteht, mit großen Opfern einen Trümmerhaufen zu erobern. Auch ein kleines Land wird von den Großmächten respektiert werden — siehe die Schweiz —, wenn seine Armee und sein Volk zu äußerstem Widerstand entschlossen sind, wenn sie bereit sind, die Werte zu vernichten, um derentwillen der Angriff erwogen wird. Dann ist es sehr wahrscheinlich, daß der Angriff unterlassen wird und dem Land der Frieden erhalten bleibt.

Die Haltung jener, die sich auf die Hilfe starker Freunde verlassen, ohne selbst etwas beitragen zu

wollen, gleicht der Haltung des unorganisierten Arbeiters: „Ich kann mir den Gewerkschaftsbeitrag ersparen! Wozu soll ich mich um Politik kümmern? Wozu soll ich mich exponieren? Die Gewerkschaften, die Partei sind ja ohnedies stark und mächtig, sie werden schon meine Interessen verteidigen.“ Solange sich einige wenige so verhalten, spielt das praktisch keine Rolle, wenn sich aber die Schwarzfahrgesinnung ausbreitet, ist die Katastrophe in nächste Nähe gerückt. Deshalb muß diese Argumentation immer und überall als zutiefst unmoralisch und gesellschaftsfeindlich zurückgewiesen werden. Diese Gesinnung ist aber nicht nur unmoralisch, sondern auch realpolitisch unhaltbar. Dem, der sich tapfer zur Wehr setzt, wird viel eher Hilfe zuteil als dem, der sich allein auf fremde Hilfe verläßt. Der



wird im Stich gelassen — und mit Recht.

Und vergessen wir nicht: Auch der verlorene Kampf ist nicht vergebens. Wer im Kampf mit fliegenden Fahnen geschlagen wird, hat mehr Hoffnung auf Wiedererstehung als der, der feige kapituliert. Der verlorene Kampf des Schutzbundes, die Blutopfer der österreichischen Arbeiterschaft sind die Grundlage ihrer heutigen Macht und Stärke, sind ein entscheidender Faktor für Österreichs Ansehen in der Welt. Die kampflose Kapitulation des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes vor Nazideutschland hat uns unermeßlichen Schaden zugefügt. Hätte Österreich sich damals zur Wehr gesetzt, so hätten wir nicht zehn Jahre auf das Ende der Besetzung warten müssen.

Aufgabe und Geist des österreichischen Heeres

Dem österreichischen Heer wird wohl kaum die Aufgabe zufallen, mit Singsang und Gloria, mit vor-schufweisem Eichenlaub und Lorbeerreisern in einen frisch-fröhlichen Eroberungskrieg zu ziehen. Es wird im Ernstfall die bittere Pflicht haben, eine Rückzugs-

schlacht mit nichts als Blut, Schweiß und Tränen zu liefern, noch in versprengten Gruppen weiterzukämpfen und den Kern eines Partisanenwiderstandes zu bilden. Nur wenn es für diese Aufgabe geschult und ausgerüstet, nur wenn es entschlossen ist, diese Aufgabe zu erfüllen, nur wenn die Bevölkerung bereit ist, diese Aufgabe zu unterstützen, kann das Heer

seinen eigentlichen Zweck erfüllen: den Angreifer abzuschrecken, dem Land den Frieden zu erhalten.

Für eine solche Aufgabe ist Ausrüstung und Schulung wichtiger als zahlenmäßige Stärke, ist der Geist und die Moral wichtiger als die Ausrüstung, und ist die Haltung der Volksmassen ebenso wichtig wie die der Armee selbst.

Die Armee in der Schweiz

Die Schweiz hat sich seit dem 16. Jahrhundert von den europäischen Kriegen ferngehalten, was aber nicht im geringsten bedeutet, daß sie eine entwaffnete Nation wäre. Im Gegenteil: Zum Willen zur Neutralität gehört untrennbar der Wille zur Abwehr gegen jeden, der an der Unabhängigkeit rühren möchte. Machiavelli, der sich eindringlich mit den Schweizern befaßte, nennt sie „liberissimi e armatissimi“. „Jeder Schweizer ist wehrpflichtig“, steht in der Bundesverfassung der Schweiz. An diesen Satz hielten sich auch die Altvordern. Ihre Siege waren nicht bloß Früchte ihrer Mannszucht, ihres Kampfgeistes, ihrer Bewaffnung und Kriegskunst; sie wurden oft auch errungen, weil die ganze männliche Bevölkerung — mitunter sogar auch die Frauen — in die Schlacht zog. So vermochte die Eidgenossenschaft trotz der kleinen Bevölkerungszahl eine starke Streitmacht aufzustellen.

Nach schweizerischer Überzeugung soll sich der Bürger seiner Freiheit dadurch würdig erweisen, daß er jederzeit bereit ist, sie mit den Waffen zu verteidigen. In diesem Sinne erscheinen zur Appenzeller Landsgemeinde die Stimmberechtigten auch heute noch mit dem Säbel in der Hand. Wie man mit dem Gewehr umgeht, wird landauf, landab fleißig geübt. Jedes Dorf hat einen Schießstand, an dem die wehrfähigen Männer, junge und ältere, zusammenkommen, um die vorgeschriebenen Serien von Schüssen auf die Scheibe abzugeben. Zu den großen kantonalen und eidgenössischen Schützenfesten strömen Schützen zu Tausenden zusammen. Sie sind auch heute noch von jenem traditionsbewußten, gemeinschaftsfreudigen Patriotismus durchdrungen, den Gottfried Keller im „Fähnlein der sieben Aufrechten“ unvergeßlich geschildert hat.

Jeder gesunde, diensttaugliche Schweizer wird als Wehrmann ausgebildet (die anderen bietet man im Notfall zu allerlei Hilfsdiensten auf) und bleibt vom 20. bis zum 60. Altersjahr dienstpflichtig. Nachdem er einmal die Rekrutenschule durchlaufen hat, verläßt er jedes Jahr für kurze Zeit seinen Zivilberuf und wird in sogenannten Wiederholungskursen in seiner Einheit militärisch weiter ausgebildet. Kehrt er ins gewohnte Leben zurück, so nimmt er Waffen, Taschenmunition und Uniform mit nach Hause. So ist in der Schweiz für eine rasche Mobilisation vorgesorgt, denn im modernen Krieg erfolgen Invasionen erfahrungsgemäß ohne Kriegserklärung. Für einen Kleinstaat kommt es dabei besonders viel darauf an, daß der Kampf gegen einen Eindringling unverzüglich eröffnet werden kann. Außer den Kommandanten großer Einheiten und einer kleinen Zahl von Berufs-offizieren üben die Mitglieder des Schweizer Offizierskorps durchwegs bürgerliche Berufe aus, die sie wie die Mannschaften zu gewissen Zeiten verlassen, wenn der Dienst sie ruft. Manche Männer, die als Industrielle, Richter, Lehrer usw. an führenden Stellen stehen, bekleiden auch in der Armee einen höheren Rang.

Die Schweiz ist uns der Inbegriff eines freiheitlichen demokratischen Staates geworden, der die Gleichheit aller vor dem Gesetz leidenschaftlich behütet. Sobald der Bürger sich aber im Dienst befindet, muß er sich der Befehlsgewalt seiner militärischen Vorgesetzten unterstellen; seine Freiheiten und Rechte werden beschränkt. Er kann zur Übernahme einer Funktion oder eines Grades angehalten werden. Die allgemeine Dienstpflicht zielt auf mehr als eine möglichst umfangreiche Heeresmacht ab: sie besiegelt den im Volk verwurzelten Grundsatz, daß die nationale Gemeinschaft Hingabe und persönliche Opfer fordert. Unter diesem System ist es ausgeschlossen, daß die Armee zu einer abgesonderten Kaste wird. Sie fußt im Gegenteil tief

im Leben des ganzen Staates und ist nichts Geringeres als „das Volk in Waffen“. Es erkennt sich in ihr selbst. Große erzieherische Wirkungen gehen von der Armee aus, denn sie verlangt Ordnungssinn, Zucht, Hingabe und sie führt in ihren Einheiten Menschen der verschiedensten Herkunft zusammen. In der Schweiz ist die Armee Fundament und Symbol des Gesamtbundes, denn sie verkörpert am eindrucksvollsten das historische Erbe, ihr Gesetz und ihre Fahne sind in sämtlichen Kantonen gleich.

Im Zweiten Weltkrieg, nach der Niederlage Frankreichs, war die Schweiz von den Achsenmächten rings umschlossen. Sie war das einzige noch freie mitteleuropäische Land und hatte dauernd mit der Gefahr einer Invasion zu rechnen — auch ihr blieb nichts anderes übrig, als ihre kühlen militärischen Überlegungen den ebenso kühn nach den besten Erfolgchancen handelnden Kriegführenden entgegenzusetzen. Je nach den Meldungen ihres gut funktionierenden Nachrichtendienstes verstärkte oder verringerte sie ihre Truppenaufgebote. Nach dem Kriege bestätigte sich, daß die Dispositionen im richtigen Augenblick getroffen worden waren.

In diesen fünf gefährlichen Jahren war die Armee in unablässiger Ausbildung begriffen; sie vermehrte und verbesserte ihre Ausrüstung und revidierte ihre Pläne und Methoden entsprechend den immer neuen Lehren des Krieges selbst. Da eine lückenlos der gesamten Landesgrenze entlang verlaufende Verteidigungsfront mit den vorhandenen Mannschafts- und Materialbeständen auf die Dauer nicht zu halten gewesen wäre, beschloß die Heeresleitung im Jahre 1940, im gebirgigen Landesinnern eine Reduktstellung auszubauen. Diese riesige natürliche Festung stützte sich auf Bunker und andere Fortifikationen in den Felsen und war mit unterirdischen Kasernen, Lazaretten, Werkstätten usw. ausgestattet. Noch heute kann der aufmerksame Wanderer einige Spuren davon auf seinen Wegen entdecken. Die großen Alpenpässe bildeten einen Teil dieses mächtigen Verteidigungssystems, und die ausländischen Regierungen hatte man keineswegs im unklaren darüber gelassen, daß bei einem Angriff auf die Schweiz Brücken und Tunnels dieser internationalen Verbindungswege gesprengt und damit wichtigste Ziele einer Invasion im voraus zerstört würden. General Henri Guisan, der populäre Oberbefehlshaber 1939 bis 1945, dessen Bild der Gast noch heute in vielen Wirtsstuben sieht, war durch seine feste Haltung und sein persönliches Beispiel ein lebendiges Symbol des Widerstandswillens im ganzen Volk. Unvergessen bleibt den Schweizern neben anderen Taten sein Tagesbefehl vom 11. Mai 1940, erlassen zur Zeit, als die Niederlage Frankreichs sich anbahnte und in der eingekreisten Schweiz in großer Sorge die zweite Generalmobilmachung befohlen wurde:

„Wenn durch Radio, Flugblätter und andere Mittel Nachrichten verbreitet werden sollten, die den Widerstandswillen von Bundesrat und General anzweifeln, so sind sie als Lügen der defätistischen Propaganda zu betrachten.“

Die Ausbildung der Milizen

Da für das Heer auch in der Schweiz nur beschränkte Mittel zur Verfügung stehen, muß die Ausbildung möglichst rationell durchgeführt werden. Es gibt kein ständiges Heer, also keine Berufssoldaten — mit Ausnahme einiger hoher Offiziere und mit Ausnahme der sogenannten Instruktoren, Offiziere und Unteroffiziere, die zu einem Jahresgehalt wie ein Beamter des Bundes als Spezialisten angestellt sind. Im übrigen wird darauf geachtet, daß die Wehr-

männer nur möglichst kurze Zeit aus dem Wirtschaftsprozess herausgenommen werden müssen. Während einer militärischen Dienstleistung darf dem Wehrmann sein Arbeitsplatz nicht gekündigt werden. Bei Dienstleistung erhält der Wehrmann einen bescheidenen Sold, zwei Franken (für Soldaten) pro Tag, die ihm gerade für Getränke, Zigaretten usw. reichen. Darüber hinaus erhält er den „Lohnausgleich“, der aber nicht ihm, sondern durch seinen Arbeitgeber der Familie ausbezahlt wird. Dieser Lohnausgleich entspricht allerdings nicht dem vorher bezogenen Lohn im Betrieb. Zahlreiche Arbeitgeber zahlen aber den vollen Lohn auch während der Dienstleistung aus und kassieren dafür den Lohnausgleich.

Die militärische Ausbildung beginnt im sogenannten „Vorunterricht“. In den oberen Klassen der Volksschule sind drei Stunden Leibesübungen pro Woche obligatorisch. Der „Vorunterricht“ ist freiwillig, wird aber von den meisten Jünglingen besucht, weil sie bei der Rekrutierung im 18. Altersjahr eine körperliche Eintrittsprüfung bestehen müssen. Jeder setzt seine Ehre daran, „tauglich“ erklärt zu werden. Der „Vorunterricht“ zwischen Schulentlassung und Rekrutierung umfaßt Turnen, Geländeübungen, Kartenlesen usw. Er wird in einem möglichst „zivilen“ Betrieb durchgeführt, und zwar von den zivilen Turnvereinen — so auch vom SATUS (Schweizerischer Arbeiter-Turn- und Sportverband). Die Vorunterrichtsleiter werden von den Sportverbänden ausgebildet, wobei der Bund die Kosten übernimmt. Der Bund überwacht lediglich die korrekte Verwendung der Subventionen und läßt im übrigen den Vereinen freie Hand. Die Turnvereine betreiben den Vorunterricht mit Eifer, denn aus den Vorunterrichtsteilnehmern rekrutieren sie zugleich ihren Vereinsnachwuchs.

Wer in eine Spezialwaffengattung eingeteilt zu werden wünscht, hat einen entsprechenden Spezialvorkurs zu besuchen. In den Motorfahrerkursen lernen die Burschen ein Fahrzeug lenken, in den Funkerkursen lernen sie morse, in den Segelfliegerlagern fliegen usw. Die Teilnehmer an solchen Kursen erhalten eine Ausweiskarte, die sie bei der Rekrutierung dem Aushebungsoffizier vorweisen können, um dann der entsprechenden Waffengattung zugeteilt zu werden.

Jeder Schweizer ist wehrpflichtig. Er wird, je nach seinen körperlichen und geistigen Fähigkeiten, zu einer kombattanten Einheit zugeteilt, zum Hilfsdienst, zum Luftschutz usw. Weruntauglich ist, muß Militärsteuer bezahlen und leistet auf diese Weise einen Beitrag an die Landesverteidigung. Die Aushebung erfolgt — da die Ausbildungszeit kurz ist — nach strengen Gesichtspunkten und weitestgehender Berücksichtigung der Vorkenntnisse. Radiomontureure und Elektriker kommen zu den Nachrichtentruppen, Bauarbeiter, Techniker und Bauingenieure zu den Genietruppen (Pionieren), Mechaniker zu den Waffenspezialisten, Hochfrequenztechniker (im Zeitpunkt der Rekrutierung ist die Studienrichtung maßgebend) zum Radar usw.

Die Rekrutenschulen dauern siebzehn Wochen. Lehrlinge werden, sofern sie das wünschen, bis zur Beendigung der Lehrzeit dispensiert. In diesen siebzehn Wochen erhalten die Rekruten ihre Ausbildung an den Waffen, an den Spezialgeräten usw. Die Schulen sind streng und es fehlt nicht an Drill. Wegen kleiner Vergehen gibt es harte Strafen. Aber es wird nie das Ziel vergessen: Die Rekruten müssen zu selbständig denkenden Menschen und nicht zum Kadavergehorsam erzogen werden. Wohl gibt es auch in der Schweiz sogenannte „Schlaucher“ (Schleifer). Aber das Dienstreglement gibt jedem Rekruten und Wehrmann auch Mittel, sich zu wehren. In der „dienstlichen Unterredung“, welche unter vier Augen mit dem Vorgesetzten geführt wird und der sich der Vorgesetzte nicht entziehen kann, können persönliche Differenzen bereinigt werden. Der nächste Schritt ist die Beschwerde an den Oberen, der sogenannte „Rapport“, und von diesem Recht wird ausgiebig Gebrauch gemacht. Wichtig ist schließlich, daß

Die Stellung der Sozialdemokratie Österreichs zur Wehrmacht

VICTOR ADLER

auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie im Jahre 1893: „Wenn ich sage: Jeder Schritt, der uns einer Volksbewaffnung näher bringt, zugleich mit einer Demokratisierung der Armee, liegt in unserem Interesse, dann bin ich mir bewußt, daß ich anknüpfe an die besten und ältesten Traditionen unserer Partei, direkt an Marx und Engels. Sie finden keine Stelle in Marx und Engels, wo der ewige Friede im bürgerlichen Sinne gepriesen wird, Sie finden keine Stelle, insbesondere gegen die Volksbewaffnung, wohl aber hunderte Stellen und ganze Plädoyers für die Ausbreitung der Volksbewaffnung.“

FRIEDRICH ADLER

in einer Rede am 21. November 1918: „Wir Sozialdemokraten haben niemals zu jenen gehört, die gesagt haben: »Die Waffen weg!«, sondern wir haben in unserem Programm als notwendigen Übergang zu der sozialistischen Gesellschaft, die keine Waffen nötig haben wird, die Forderung der allgemeinen Volksbewaffnung aufgestellt. Die Frage ist nur, wie die Bewaffnung am besten durchgeführt wird. Die beste Lösung wäre sicher, wenn wir zu einer Art Miliz nach Schweizer System kämen.“

OTTO BAUER

in einem Vortrag im Jahre 1921: „Die Volkswehr war eine Improvisation, sie war eine Episode. Es war uns allen klar, daß wir zu einer anderen Heeresverfassung kommen müssen. Wir haben gehofft, es könnte eine milizähnliche Organisation sein. Das hat uns der Friedensvertrag verwehrt. Wir mußten zu dem System der jetzigen Wehrmacht kommen. Aber die neue Wehrmacht ist nicht im luftleeren Raum entstanden; sie ist entstanden auf der Basis der Volkswehr. Alles, was in dieser ersten Phase notwendig gewesen war und die Entwicklung der Volkswehr bestimmt hat, wirkte natürlich beim Aufbau der neuen Wehrmacht nach. Deshalb hätte das Bürgertum aus Furcht vor der »Parteitruppe« am liebsten überhaupt keine Wehrmacht aufgestellt. Wir Sozialdemokraten haben es erzwingen müssen und haben es erzwungen in der Überzeugung, daß diese Republik mitten zwischen lauter bewaffneten Staaten, deren Freundschaft wir keineswegs sicher sind, eine Wehrmacht nicht entbehren kann. Und wenn wir auch keine starke Wehrmacht haben dürfen, so viel können wir doch haben, daß wir unsere Neutralität verteidigen können, wenn etwa Tschechen und Ungarn Krieg miteinander führen; so viel doch, daß die Wehrmacht im Notfall unsere Grenzen ein paar Tage halten kann, damit man inzwischen hinter ihr, unter ihrem Schutz, ein Volksaufgebot versucht.“

die Armee ständig unter der Kontrolle der öffentlichen Meinung steht. Die Presse kritisiert scharf alle Mißstände in der Armee, die ihr zu Ohren kommen. Oberste Instanz ist in Friedenszeiten nicht der Generalstab, sondern das Parlament. Der Oberkommandierende wird erst bei Kriegsgefahr durch das Bundesparlament gewählt. Es ist auch schon vorgekommen, daß Zivilisten, die einem „Schinder“ zuschauten, ein Pfeif-

konzert veranstalteten oder daß die Soldaten selbst ihre Vorgesetzten auspöfften — ohne daß sie bestraft wurden. Der militärische Strafvollzug ist im Dienstreglement genau umschrieben. Er darf nicht entwürdigend sein. Die Militärrichter sind meistens auch Richter im Zivilleben. Es ist diese Kontrolle der Armee durch die zivilen Instanzen, mit der eine „Demokratisierung des Heeres“ erreicht wird.

Österreich ist neutral

Mit dem Abschluß des Staatsvertrages und der Wiederherstellung der vollen Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs ist endlich dem Lebensinteresse unseres Volkes entsprochen worden. Die Neutralitätserklärung der österreichischen Republik wird einem alten Wunsch, einer tiefen Sehnsucht unseres Volkes Rechnung tragen. Als Sozialisten können wir mit Genugtuung feststellen, daß damit auch eine Forderung unserer Partei Erfüllung findet. „Internationale Garantie der Neutralität Österreichs zur Sicherung seiner bestehenden Grenzen, seiner Freiheit und Unabhängigkeit“ ist zuerst von der Sozialistischen Partei auf dem Parteitag des Jahres 1947 gefordert und allein im sozialistischen Parteiprogramm festgehalten worden. Die programmatischen Leitsätze der Österreichischen Volkspartei enthalten weder eine österreichische Neutralitätserklärung noch die Forderung nach einer Garantie durch die Großmächte. Nein, dem Wunsch der Menschen in Österreich nach Neutralität haben zuerst die Sozialisten Ausdruck gegeben, bis unsere Staatspolitik Gelegenheit fand, die österreichische Neutralität als Preis für die Wiederherstellung unserer Souveränität anzubieten.

Im Februar 1954 haben die Vertreter der österreichischen Regierung auf der Berliner Konferenz eine österreichische Neutralitätserklärung angeboten, die von den Westmächten begrüßt, von der Sowjetunion hingegen damals zurückgewiesen worden ist. Vor einem Jahr schien den Russen die österreichische Neutralität noch nicht genug. Vor einem Jahr verweigerten sie Österreich seine Freiheit und Unabhängigkeit, weil sie die österreichische Frage mit der deutschen verbanden. Erst nach der Ratifizierung der Pariser Verträge hat sich das Bild geändert. Nun begann die Sowjetunion plötzlich auf einen raschen Abschluß des Staatsvertrages zu drängen. Sie stellte bloß eine Bedingung, die Neutralität Österreichs. Nun war sie bereit, für die Neutralität Österreichs nicht nur die Wiederherstellung der Souveränität, sondern darüber hinaus auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu gewähren.

In der jüngeren Geschichte hat das österreichische Volk immer wieder die Zeche für die Untaten anderer zu zahlen gehabt: 1918 für die Verbrechen der Habsburger, 1934 und 1938 für die Verbrechen des österreichischen Faschismus, 1945 für die Verbrechen Hitlers. Seit dem Zerfall des großen Donaustaates, seit dem Ende der Habsburgermonarchie, ist Österreich nur noch ein Spielball der Großmächte. Ist es da verwunderlich, daß das österreichische Volk endlich Ruhe und Frieden will, daß es hofft, sich als neutraler Staat aus dem Streit der Großen draußen halten zu können, aus einem machtpolitischen und militärischen Ringen also, in dem es ohnehin nur eine passive Rolle spielen könnte? Nein, dem österreichischen Volk darf man nicht vorwerfen, daß es die Möglichkeit einer Existenz in einem freien und neutralen Staat mit beiden Händen ergriffen hat, daß es bereit war, für seine Freiheit den Preis der Neutralität zu bezahlen.

Es gibt freilich kritische Stimmen im Westen, die darüber ungehalten sind, daß Österreich mit beiden Händen nach der Neutralität greift. Wem die österreichische Neutralität nicht paßt, der möge nur daran denken, daß die Entscheidung über die Neutralisierung dieses kleinen Landes im Herzen Europas schon vorweg getroffen wurde, als die Alliierten im Kriege die Viermächtebesetzung Österreichs verein-

barten. Bei der Spaltung der Welt, der Teilung Europas, dem Kalten Krieg der beiden Blöcke, war es vom Anfang an klar, daß der Westen Österreich nicht in die Hände der Russen fallen lassen konnte, daß aber auch die Russen nicht daran dachten, ganz Österreich in eine westliche Verteidigungsgemeinschaft eingliedern zu lassen. Sollte überhaupt ein Staatsvertrag zustande kommen, Österreich von den Besatzungstruppen geräumt, seine Souveränität wiederhergestellt werden, dann mußte das Land in irgendeiner Form neutralisiert werden. Bei der Kleinheit des Landes war das für beide Seiten ohne militärisches Risiko durchaus möglich.

So ist es endlich zum Staatsvertrag gekommen. Man weiß in Österreich nur zu gut, daß die Republik ihre Freiheit nicht darum erhält, weil die Russen endlich das Recht anerkennen, sondern weil ihnen heute die Neutralität Österreichs ebenso in ihr machtpolitisches Konzept paßt wie bisher die Verweigerung seiner Freiheit. Man weiß nur zu gut, daß die Zustimmung der Russen zum Abschluß des Staatsvertrages eine Folge, die Frucht der westlichen Politik der Einheit und Stärke ist. Man weiß nur zu gut, daß erst der zehnjährige Widerstand des Volkes, die österreichische Politik der Stärke, die Voraussetzung für die Gewinnung der Freiheit geschaffen hat. Wären die österreichischen Arbeiter den russischen Drohungen und kommunistischen Verlockungen erlegen, dann wäre Österreich zum sowjetischen Satellitenstaat geworden, dann hätten wir den Tag der Freiheit nicht erlebt. Darum lasse man das österreichische Volk mit Vorwürfen in Ruhe!

Berlin gedachte der Toten des 17. Juni

Am zweiten Jahrestage des Volksaufstandes in der deutschen Ostzone fanden in Berlin und Westdeutschland Feiern zum Gedenken an die Opfer des 17. Juni statt. In Berlin wurde auf dem Friedhof, in dem die Toten der Revolte beigesetzt sind, in Anwesenheit der Angehörigen und vieler offizieller Persönlichkeiten, unten ihnen eine Abordnung des Westdeutschen Bundestages, ein Denkmal enthüllt.

Am Abend fand vor dem Schöneberger Rathaus eine große Kundgebung der Berliner Bevölkerung statt, auf der der regierende Oberbürgermeister von Berlin Suhr, der Präsident des Westdeutschen Bundestages Gerstenmaier, der Vorsitzende der SPD Ollenhauer und der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser sprachen.

200. Sitzung der Rentenkommission

Am 22. September fand die 200. Sitzung der Rentenkommission beim Amt der Wiener Landesregierung (Magistratsabteilung 12 — Opferfürsorgereferat) statt, die das Opferfürsorgengesetz in erster Instanz durchführt.

Vizebürgermeister Genosse Honay als der zuständige amtsführende Stadtrat für das Wohlfahrtswesen, der bei der Sitzung anwesend war, gab bekannt, daß das Opferfürsorgengesetz beziehungsweise die Rentenkommission im Verlauf von 199 Sitzungen insgesamt 22.000 Fälle behandelt und erledigt habe. „Welch große Summe von Leid ist in diesen 22.000 Akten enthalten“, sagte Genosse Honay. „In jedem einzelnen dieser Akten wird das unermeßliche Leid eines Menschen offenbar. Mit Befriedigung können wir feststellen, daß von diesem Amte aus und von der Rentenkommission all diesen Menschen, den Opfern von Faschismus und Nationalsozialismus, im Rahmen des Gesetzes und manchmal vielleicht darüber hinaus geholfen worden ist. Hier, in diesem Kreise, hat die Menschlichkeit und nicht nur der Paragraph des Gesetzes regiert.“

Bei dieser Sitzung der Rentenkommission war auch Genosse Mark als Gast anwesend.

Aus Dachau und Mauthausen

Von der bayrischen „ÖVP“

Zurückgezogen hat im Verfassungsausschuß des bayrischen Landtages am Dienstag, dem 20. September 1955, der CSU-Abgeordnete Junker, Landrat in Dachau (!), seinen Antrag, das Krematorium in Dachau zu schließen. Junker meinte, seinem Antrag sei die Grundlage dadurch entzogen worden, nachdem er darauf aufmerksam gemacht worden war, daß auf Grund vertraglicher Abmachungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik die Gedächtnisstätten und Friedhöfe der Opfer der Deportation in ihrem ursprünglichen Zustand erhalten bleiben sollen. Auch der freie Zugang zu diesen Gedächtnisstätten müsse gewährleistet bleiben.

Der Herr Landrat der CSU — die bayrische ÖVP — sagte zwar selbst, es denke in Dachau niemand daran, das Gedächtnis an die Opfer des Dritten Reiches verwischen zu wollen, aber man wolle in der Erinnerung an die damaligen Vorgänge gerade in Dachau eine Begrenzung auf „das Tatsächliche“. Der Name Dachau sei ohnedies in der ganzen Welt in Verruf gekommen, und es könne heute im Ausland nirgends ein Dachauer Autobus halten, ohne daß er verschmiert oder die Fenster eingeworfen würden. Staatssekretär Panholzer vom bayrischen Finanzministerium, dem die Betreuung der Gedächtnisstätten untersteht, bestätigte, daß irreführende Beschriftungen im Krematorium beseitigt worden seien; es könne nicht mehr von irgendwelchen tendenziösen Führungen gesprochen werden.



Genossen und Genossinnen, Kameraden aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen, Freiheitskämpfer!

„DER SOZIALISTISCHE KÄMPFER“ ist euer Organ. Er soll uns ermahnen, in unserem revolutionären Kampfgeist nicht zu erlahmen. Er soll für Demokratie und Freiheit, gegen Faschismus und Antisemitismus kämpfen. Er soll für eure wirtschaftlichen Rechte eintreten, für volle Wiedergutmachung an den Verfolgten.

„DER SOZIALISTISCHE KÄMPFER“ wird dieser Aufgabe in dem Maße gerecht werden können, als ihr selbst alle mitarbeitet: soll er doch das ausdrücken, das schreiben, was ihr denkt und fühlt, was ihr erstrebt und wofür ihr gekämpft habt und heute erst recht kämpft. Arbeitet daher mit, schickt Beiträge, schreibt unserer Redaktion und denkt immer daran:

**„Der sozialistische Kämpfer“
ist eure Zeitung!**

Mit Nachdruck wendete sich der SPD-Abgeordnete Genosse Stöhr, der selbst mehrere Jahre im KZ Dachau verbringen mußte, gegen diesen beschämenden Antrag. „Wenn Junker Dachau erlebt und dabei gesehen hätte“, sagte Genosse Stöhr, „was sich an diesen Stätten zugetragen hat, dann hätte er wohl diesen Antrag nie gestellt.“ — Sogar ein Fraktionskollege Junkers, Paul Nerreter, warnte davor, alles vergessen zu wollen, und sprach sich gegen den Antrag aus.

Also bleibt die Gedächtnisstätte im KZ Dachau weiterbestehen, trotz dieses gescheiterten Versuchs, mit dem „revolutionären Schutt“ aufzuräumen zu beginnen...

Die „Wienerteiche“

In den letzten Kriegsjahren reichte das Konzentrationslager Mauthausen für die Untaten der NS-Machthaber und ihrer Schergen nicht mehr aus. Es wurden daher auch außerhalb der Mauern des Konzentrationslagers, auf anschließenden Grundstücken, (Wienergraben, Wienerteiche), Massensexekutionen vorgenommen und die Opfer in Massengräbern verscharrt.

Der französischen Kommission, die die Geschichte der „Wienerteiche“ kennt, fiel das lustige Treiben an jener Stätte auf, wo hunderte Männer, Frauen und Kinder nach unvorstellbaren Folterungen ihr Leben lassen mußten. Jetzt ertönte dort Musik aus Kofferradios, Musik, zu der getanzt wird, und daneben entfaltete sich ein fröhliches Leben und Getriebe. Darüber empört, intervenierte die französische Kommission bei der Landesregierung. Diese ließ in anerkennenswerter Weise Tafeln mit nachfolgender Aufschrift anbringen:

An dieser Stelle starben Tausende. Sie werden gebeten, sich an diesem Orte entsprechend pietätvoll zu verhalten. Vor allem wolle es unterlassen werden, den Ort mit Abfällen zu verunreinigen.

Das Baden ist für jedermann verboten!

Es verlautet, daß die Mauthausener die Verordnung der Landesregierung beim Verwaltungsgerichtshof ankämpfen wollen.

Frankreichs Tote in Mauthausen

Der französische Botschafter in Wien, Seydoux de Clausonne, hat dieser Tage im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen die Enthüllung einer Gedenktafel am französischen Monument vorgenommen. Landeshauptmann Dr. Gleißner versicherte in seiner Ansprache dem Vertreter Frankreichs, daß die österreichischen Behörden diesen Österreich aufgezwungenen Ort der Leiden mit allem gebührenden Respekt in ihre Obhut genommen haben.

Botschafter Seydoux betonte, daß Frankreich Österreich keinen größeren Vertrauensbeweis liefern könne, als ihm die Überreste seiner Söhne anzuvertrauen, und er gab der Hoffnung Ausdruck, die Zukunft möge lehren, daß die Opfer vielleicht doch nicht umsonst gewesen waren. Er sehe in dieser Hinterlassenschaft eine geheiligte Bindung zwischen Frankreich und Österreich.

Unter den Klängen der Marseillaise wurde die Gedenktafel enthüllt, die in französischer Sprache folgende Aufschrift trägt: „Dem befreiten Österreich vertraut Frankreich seine Toten an. 27. Juli 1955.“

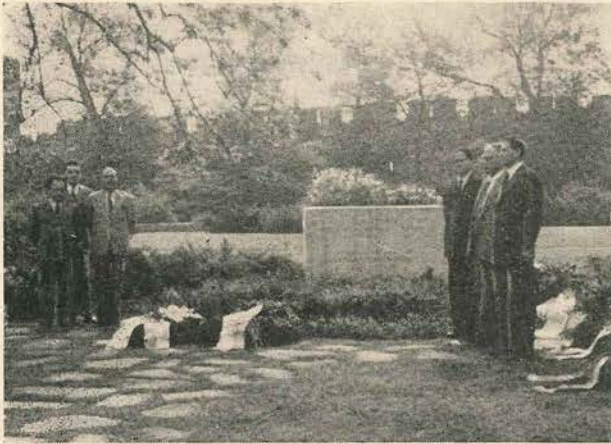
Exhumierungen in Mauthausen. Unter der Leitung eines Amtsarztes weilte eine französische Fachkommission in Mauthausen, die auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Exhumierungen von etwa zweihundert französischen KZ-Häftlingen durchführen wird. Nach einwandfreier Identifizierung werden die Gebeine der Häftlinge nach Frankreich übergeführt werden. Es handelt sich um solche Opfer, die in den letzten Tagen des Naziregimes ums Leben kamen oder verstorben sind und im Krematorium nicht mehr verbrannt werden konnten.

Mahnmal in Köln

Dieses Mal erinnere an Deutschlands schandvollste Zeit 1933 bis 1945

So lautet die Inschrift des Mahnmales am Hansaring in Köln, das in einer schönen Grünanlage an jener Stelle von der Stadt Köln errichtet wurde, an der sieben unbekannte Opfer der Gestapo begraben wurden; zur Erinnerung und Mahnung, die blutigen Greuel der Nazibarbaren niemals zu vergessen.

Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus war von der Arbeitsgemeinschaft politisch verfolgter Sozialdemokraten, Kreisverband Köln, und dem Landesausschuß Nordrhein-Westfalen mit dem Sitz in Düsseldorf eingeladen worden, eine



Delegation zu den Gedenkfeiern zu entsenden, die anlässlich der Wiederkehr des zehnten Jahrestages der Befreiung vom Naziregime in Köln und Düsseldorf stattfinden sollten. Die Einladung wurde angenommen und eine Delegation, bestehend aus den Bundesvorsitzenden Blau, Fleck, Flußmann, Mark, Mosel und Muhr, entsendet.

Die Aufnahme der österreichischen Delegation in Köln war überaus herzlich, und das gemeinsame Leid und die Erinnerungen des gemeinsamen Kampfes für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde bildeten vom ersten Zusammentreffen an die Brücke für eine innige Verbindung und für gegenseitiges Verstehen, wie es sonst kaum möglich ist.

Am Samstag, dem 7. Mai 1955, fand nachmittags im derzeitigen provisorischen Kölner Rathaus, das bis zur

Fertigstellung des Neubaus im Allianzgebäude untergebracht ist, ein Empfang der ausländischen Delegationen und der Vertreter der sozialdemokratischen Widerstandskämpfer des Kreises Nordrhein-Westfalen durch den Kölner Bürgermeister Burauen statt. Nach den offiziellen Ansprachen entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, die bewies, daß Genosse Burauen ein guter Kenner Österreichs ist und die Stadt Köln mit Interesse die Leistungen der Stadt Wien auf dem Gebiete des sozialen Wohnbaues, der Bäder und vor allem der Kindergärten und Horte verfolgt und das Wiener Beispiel nachahmt, soweit dies möglich ist. — Die Kölner Genossen benützten die Gelegenheit und dankten Genossen Burauen dafür, daß er den Wünschen der Naziopfer stets so großes Verständnis entgegenbringe und trotz des CDU-Oberbürgermeisters dafür sorgt, daß die Stadt Köln im Rahmen ihrer Zuständigkeit allen Notwendigkeiten weitestgehend nachkommt und vorbildlich für die Naziopfer sorgt.

Am Abend nahmen an einer schlichten Zusammenkunft der Kölner Widerstandskämpfer und der Delegationen aus Holland, Italien und Österreich auch eine Reihe von Funktionären der SPD teil. Nach der Begrüßung durch Vertreter der SPD und der Kölner sozialdemokratischen Widerstandskämpfer dankte namens der österreichischen Delegation Genosse Mark für die herzliche Aufnahme und wies darauf hin, daß der Freiheitskampf der deutschen Genossen gegen die braune Barbarei die österreichischen Genossen bestärkt hatte, Freiheit und Demokratie mit allen Mitteln zu verteidigen und der heldenmütige Kampf der österreichischen Arbeiter gegen eine militärische Übermacht nicht vergeblich gewesen ist, weil überall, wo immer in der Welt österreichische Genossen hinkommen, die ausländischen Freunde hervorheben, wie sehr sie das österreichische Beispiel angefeuert hat. Die österreichischen Sozialisten waren immer für eine internationale Zusammenarbeit, und so begrüßen sie es sehr, daß dieses Zusammentreffen der Beginn einer festen Zusammenarbeit der sozialistischen Freiheitskämpfer über die Landesgrenzen hinweg sein soll.

Als Vertreter des SPD-Vorstandes sprach Genosse Kukil. Er dankte seinerseits nochmals für die gute Aufnahme, die er anlässlich seines Aufenthaltes genossen hatte, und hob seine Eindrücke von der großen Gedenkfeier im Sofiensaal, der Bundeskonferenz und der Gedenkfeier in Mauthausen hervor. Auch er sprach



Zählappell — welch qualvolle Erinnerung verbirgt sich hinter diesem Wort für all die vielen, die ihn in seiner vollsten Bedeutung am eigenen Körper zu verspüren bekamen.

Zählappell im Dritten Reich — Zählappell im Konzentrationslager, die tägliche Registrierung schmachvollen Elends, die Bilanzführung der Söldlinge des Teufels über Millionen völlig entrechteter, versklavter Menschen, die nicht mehr als solche, sondern nur noch als namenlose Nummern geführt wurden.

Zählappell, das hieß für die in den langgestreckten Lagern Zusammengepferchten unverzüglich im grausam eingeblauten Drill sich zu Gliedern formieren und auf den für diesen Zweck bestimmten Platz des Lagers aufzumarschieren, schier endlose Reihen zusammengeballten Elends, beraubt jeglichen Eigenwillens, in banger Ohnmächtigkeit, haargenau ausgerichtet, auf Vorder- und Nebenmann.

Gnade dem Unglücklichen, der irgendwie unacht-

sam außer der Reihe zu stehen kam und dadurch die Aufmerksamkeit und zugleich auch den Unwillen der SS-Bewacher auf sich zog. Er hatte dieses Vergehen schwer zu büßen, aber nicht nur er allein, nein, der ganze Block bekam dann oft die brutale Faust der Sklavenhalter für den Verstoß des einzelnen gegen die selbstherrlichen Gesetze der SS zu verspüren.

Der Selbsterhaltungstrieb der gequälten und geknechteten Kreatur, nur nicht aufzufallen, nur nicht Anlaß zu sadistischen Exzessen zu geben, bewog die Masse der rechtlosen Gefangenen, sich dem Willen ihrer Peiniger zu unterwerfen.

Erleichtert konnte aufgetatmet werden, wenn wieder einmal alles glimpflich vorüberging, wenn es wieder einmal gelungen war, etwaigen Mißhandlungen zu entgehen. Wehe aber, wenn die Zählung nicht stimmte, wenn nicht alle, die im Stände geführt wurden, auch tatsächlich beim Zählappell anwesend waren. Selbst der Tod war da keine Entschuldigung, denn auch der in ein besseres Jenseits Entwichene mußte bis zur lakonisch verbuchten Abschreibung „Abgang durch Tod“, von seinen Leidensgefährten mitgeschleppt, am Zählappell teilnehmen.

Das Antreten zum Appell war ein unwiderruflicher Zwang, war die Demonstration der unerschütterlich scheinenden Macht des auf tausend Jahre hinaus proklamierten Reiches des braunen Faschismus.

War diese grausame, despotische Macht wirklich so unerschütterlich, diese Macht, die alles, was sich ihr

sich für eine innige internationale Verbindung und gemeinsame Arbeit aus. Anschließend wurden Abzeichen der SPD, der italienischen sozialistischen Antifaschisten und unseres Bundes ausgetauscht. Besonders Beifall fand unser Gedenkabzeichen. Während der nachfolgenden zwanglosen Aussprachen war es interessant zu vergleichen, wie die Wiedergutmachung und Betreuung der Naziopfer in den einzelnen Ländern geregelt ist, welche Schwierigkeiten zu überwinden waren oder noch bestehen. Welche Forderungen noch nicht erfüllt sind usw. Während es in Holland überhaupt keine Probleme der Wiedergutmachung mehr gibt und die einzelnen Verbände der Naziopfer und Widerstandskämpfer bereits aufgelöst worden sind, ist die Situation in der Deutschen Bundesrepublik vielfach ähnlich wie in Österreich. Auch in Deutschland gab es nach 1945 einen einheitlichen Verband der Widerstandskämpfer, der sich dann aufspaltete, und so gibt es jetzt neben der Arbeitsgemeinschaft politisch verfolgter Sozialdemokraten den Verband der Verfolgten des Naziregimes (VVN), der CDU nahestehend, und den Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN), den Kommunisten nahestehend. Auch in Deutschland lehnen die Genossen jede Tarnung ab und bezeichnen sich im Gegensatz zu den anderen Verbänden als das, was sie sind, als Sozialdemokraten. Auch in Deutschland haben die Genossen seit Jahren die Initiative übernommen, und es ist ihrem ständigen Drängen und der Unterstützung der SPD-Abgeordneten zu danken, daß Deutschland eine ausgezeichnete Entschädigungsgesetzgebung hat. Trotzdem sind die Genossen unzufrieden, weil das beste Gesetz nichts nützt, wenn es nur auf dem Papier steht und die Vollzugsbehörden alles verschleppen und sabotieren.

Nach dem deutschen Entschädigungsgesetz haben Geschädigte, die infolge der Haft oder sonstigen Verfolgungsmaßnahmen eine Einbuße der Erwerbsfähigkeit erlitten haben, Anspruch auf eine Rente. Für die Rentenbemessung wird der Rentenwerber auf Grund seiner Ausbildung und seines Berufes in eine Beamtenkategorie eingestuft und erhält dann dem Prozentsatz seiner Erwerbsverminderung entsprechend den prozentualen Teil dieser Bezugsklasse. Es erhält also der einfache Arbeiter bei demselben Ausmaße einer Erwerbsverminderung wesentlich weniger Rente als zum Beispiel ein Akademiker.

Wenn wir dieser Regelung unser OFG gegenüberstellen, so muß man zugeben, daß unsere Rentenfürsorge, die bei gleicher Schädigung der Gesundheit dieselbe Opferrente, ohne Ansehen der Person und deren Ausbildung oder gesellschaftlicher Stellung, zuerkennt, gerechter ist, um so mehr, als sozial Schwache zur

Opferrente eine Zusatzrente und eine Ernährungszulage oder die Unterhaltsrente beziehen können.

Sicherlich weist, wie wir in unserer Zeitung schon einmal ausgeführt haben, das deutsche Gesetz viele Entschädigungsmöglichkeiten auf, wie Entschädigungen für U-Boote, Sternträger, Verlust des Hausrates, des Vermögens usw., aber leider ist es in Deutschland in der Praxis so, daß viele Geschädigte ihre Entschädigung nicht mehr erleben. Wir werden in unserer Zeitung einige Reden sozialdemokratischer Abgeordneter im Bundestag in Bonn bringen, die eine flammende Anklage gegen die Verschleppungstaktik des Deutschen Bundestages mit seiner bürgerlichen Mehrheit beinhalten.

Wir wollen nur hoffen, daß die seit mehr als zwei Jahren in Österreich in Verhandlung stehende Frage der individuellen Wiedergutmachung für Schäden, die bisher nicht berücksichtigt oder befriedigt worden sind, bald und in der Weise gesetzlich geregelt wird, daß endlich jene Personengruppen, die trotz schwerster Schädigung bisher leer ausgegangen sind, ihr Recht erhalten.

„Machtübernahme“ in Niedersachsen

In Hannover, der Landeshauptstadt Niedersachsens, ist es nach dem Fall Schlüter zu einem neuen Skandal gekommen: international anerkannte Fachbeamte, die unter dem NS-Regime verfolgt wurden, werden durch prominente Nationalsozialisten ersetzt, weil Ministerpräsident Hellwege (Deutsche Partei) seine den Koalitionsparteien gegebenen Versprechungen jetzt erfüllen muß.

Folgendes hat sich in Hannover ereignet: Die beiden einzigen der SPD angehörenden Staatssekretäre sind in den Wartestand versetzt worden. Es sind dies der Staatssekretär Dr. Auerbach vom Sozialministerium und Dr. Harm vom Finanzministerium. Ihre Stellen werden besetzt durch den Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes Niedersachsen, Deetjen, und das BHE-Vorstandsmitglied Hunke.

Deetjen leitete im Reichsnährstand der NS-Zeit die Blut- und Boden-Propaganda in der Abteilung Presseaufklärung. Hunke war Ministerialdirektor im nationalsozialistischen Propagandaministerium.

Die beiden in den Wartestand versetzten Staatssekretäre hatten unter dem NS-Regime schwer zu leiden. Dr. Harm wurde 1933 als Bürgermeister für „untragbar“ erklärt. Doktor Auerbach mußte emigrieren. Beide waren unter der Koalitionsregierung des SPD-Ministerpräsidenten Kopf die einzigen von insgesamt zehn Staatssekretären, die der SPD angehören.

Dr. Auerbach gilt als einer der wenigen international anerkannten Kapazitäten auf dem Gebiet der Sozialpolitik. Bundesinnenminister Dr. Schröder bat ihn vor kurzem in den Ausschuß zur Ausarbeitung eines Sozialreformmemorandums für die Bundesregierung. Man glaubt in Hannover, daß Dr. Auerbach jetzt nach seiner Kaltstellung einer zu erwartenden Berufung in das Ausland folgen wird. Dr. Harm ist eine anerkannte Kapazität auf dem Gebiet des Finanzwesens.

hindernd in den Weg zu stellen suchte, unbarmherzig mit tödlicher Vernichtung bedrohte?

Fast schien es so.

Mit Fanfarenklängen aus den Lautsprechern wurden den Häftlingen die triumphalen Siegesnachrichten der deutschen Heere eingehämmert und damit die ständig wachsende Macht des Nationalsozialismus einprägsam verkündet, mit der Absicht, den Gefangenen jeglichen inneren Widerstandswillen und auch jede Hoffnung auf eine Erlösung zu nehmen.

Trotz des Terrors und der grausamsten Unterdrückung gelang ihnen das aber nicht, denn es gab gar viele unter den Gefangenen, die sich wohl beugen, aber nicht brechen ließen und die auch die Kraft aufbrachten, die weniger Starken und zur Verzweiflung Neigenden immer wieder aufzurichten.

Als dann immer häufiger am Himmel Schwärme von Flugzeugen auftauchten, welche nicht das deutsche Hoheitszeichen trugen, und die ohne den geringsten Respekt vor Führer und Reich dieses immer stärker einer ständig zunehmenden Belastungsprobe unterzogen, zeigte es sich alsbald, daß der so allmächtige deutsche Faschismus gar nicht auf so sicherem Fundament ruhte, als bisher stets mit hochtrabenden Worten behauptet wurde.

Die gegen den wehrlosen KZ-Häftling so forschen und schneidigen SS-Schergen zeigten nämlich, daß es mit ihrem Mut nicht so weit her sei, und so mancher

von den großen Helden entpuppte sich bei den immer schwerer werdenden Luftangriffen als schlotternder, erbärmlicher Feigling.

Dann kam auch die Front näher, immer näher an das einst so sicher scheinende Hinterland, und die Nervosität und Unsicherheit innerhalb der Sklavenhäuser nahm im gleichen Maße zu, je näher das Ende des Tausendjährigen Reiches heranrückte.

In dieser Zeit geschah, was keiner von ihnen für möglich gehalten hätte.

Zwei Häftlinge hatten es gewagt, dem Zählappell keine Folge zu leisten, ganz einfach nicht anzutreten, obwohl es die SS befohlen hatte. Die Herrenmenschen, die den Häftling noch immer als rechtlosen Leibeigenen ansahen und von diesem bedingungslosen Gehorsam voraussetzten, konnten daher diese ungeheuerliche Vermessenheit nicht fassen. Ihre Fassungslosigkeit wurde nicht geringer, als der zur Herbeischaffung der beiden Aufsässigen beauftragte Blockführer unverrichteter Dinge zurückkam und melden mußte, daß sich die beiden in einem abseits stehenden Blockhaus eingeschlossen und verbarrikadiert hätten. Die Schockwirkung, welche dieser Meldung folgte, war eine dementsprechende. Ein Häftling, der dem Befehl der SS keine Folge leistete, das konnte und durfte es ja gar nicht geben, das verstieß ja gegen alle „Regeln“. Oder war es schon so weit, daß ein rechtloser Gefangener einen eigenen Willen zeigen durfte?

(Fortsetzung folgt)

DIE DEPORTIERTENPATHOLOGIE

Wir haben in der ersten Nummer unserer Zeitschrift dieses Jahres einen Artikel über die Deportiertenpathologie gebracht und schließen das Thema heute mit den Äußerungen von Prof. Gilbert Dreyfus ab, die dieser auf einer Pressekonferenz in Paris gemacht hat, die anlässlich des zehnten Jahrestages der Befreiung vom Verband der ehemaligen Auschwitz-Häftlinge veranstaltet worden ist. Prof. Dreyfus sprach über die sozialen und medizinischen Probleme, die sich heute aus dem Gesundheitszustand der Überlebenden ergeben, und wiederholte teilweise die kürzlich von Dr. Segelle gemachten Feststellungen der Medizinischen Akademie; darüber hinaus aber gab er einige genauere Zahlen bekannt, die Aufmerksamkeit verdienen.

„Was alle Welt weiß oder gewußt hat“, sagte Dr. Dreyfus, „ist die Tatsache, daß von 240.000 französischen Deportierten nur 38.000 ihre Heimat wiedersahen. Was man aber nicht gehört hat, ist, daß von den 38.000 Heimkehrern 12.000 in ihrer Heimat gestorben sind. Was man ebenfalls nicht weiß, ist die Tatsache, daß die Sterbefälle im selben Rhythmus fortgehen.“

Welches sind nun die Ursachen dieser alarmierenden Situation? Prof. Gilbert Dreyfus hat besonders unterstrichen, daß die Überlebenden auch heute noch nicht einen ausgeglichenen Gesundheitszustand aufweisen. Man hat festgestellt, daß jeder ehemalige Häftling an einer mehr oder minder großen vorzeitigen Alterung leidet, und zwar vor allem jener Organe, die infolge seiner besonderen körperlichen Konstitution besonders empfindlich sind. Diese Krankheit, genannt chronische Häftlings-Asthenie, macht sich durch Energiemangel, durch körperliche Schwäche, durch geistiges und gefühlsmäßiges Nachlassen bemerkbar. Das heißt also, daß ehemalige Häftlinge, im Vergleich zu anderen Arbeitskräften, zur Erreichung einer gewissen Leistung eine ungleich höhere Kraftanstrengung benötigen als diese. Ebenso brauchen sie eine viel längere Erholungszeit nach einer körperlichen Anstrengung. Dazu kommt meist noch eine Übererregbarkeit, die sich in zahlreichen Störungen äußert, unter anderem auch in einer Unstabilität des Charakters, wodurch ebenfalls wieder ein zusätzlicher Nervenkraftaufwand nötig ist, um das Normale zu erreichen.

Kann man nun diese chronische Asthenie heilen? „Es ist natürlich unmöglich, das kranke Nervensystem durch ein gesundes zu ersetzen“,

sagte Dr. Dreyfus. Darüber hinaus sind diese Störungen schwer zu verstehen und zu erklären durch Ärzte, die die Deportation nicht gekannt haben. Es wären dringend Spezialheilanstalten und -behandlungsstätten notwendig. Aber es besteht leider nur eine solche Spezialanstalt in Frankreich¹⁾.

„Es wären ja auch spezielle und besondere Arbeitsgesetze und Arbeitsvorschriften für ehemalige Häftlinge notwendig“, fügte Doktor Dreyfus hinzu. „Man müßte zusätzliche Erholungsstunden und zusätzlichen Urlaub vorsehen, denn der ehemalige Häftling ist unter seinen Zeitgenossen ein leicht zerbrechlicher Gegenstand. Es ist ganz klar“, schloß der Professor, „daß gesetzliche Reformen und die Renten, die nach einer mehr oder minder langen Zeit gewährt werden, auch wenn sie noch so großzügig sind, nur Notbehelfe sein können, die natürlich nicht im geringsten am Problem selbst rühren.“

Durch Nazibrillen gesehen

Bei den in der letzten Zeit durch den Städtebund durchgeführten Jungbürgerfeiern wurde den Jugendlichen ein im Verlag für Jugend und Volk herausgegebenes Buch, „Der Österreicher hat ein Vaterland“, als Geschenk überreicht.

Mit vereinten Kräften laufen die VdU-Presse und der „Wiener Montag“ gegen dieses Buch Sturm, denn in diesem Buche sind, um die Worte der „Neuen Front“ zu zitieren, „deutschfeindliche, einseitig geschichtlich falsche Darstellungen“ enthalten. Sowohl der „Wiener Montag“ als auch die VdU-Zeitungen kreiden nachstehende Auszüge aus dem Buche als geschichtlich falsch an:

„Österreich wurde von den Deutschen ausgeplündert wie ein erobertes Land. Als Hitlers Krieg ausbrach, mußte unser Land für fremden Imperialismus, für deutsche Interessen bluten...“

„...Wir sind ein leidgeprüftes Volk, das Hunnen, Avari, Magyaren, Türken, Franzosen, Preußen und die braunen Faschisten erleiden mußte.“

Sowohl der VdU als auch die Kreise des „Wiener Montags“ scheinen zu vergessen, daß sie hiemit die Basis des österreichischen Staatsvertrages angreifen und sich indirekt für die Beibehaltung der am 14. Mai gestrichenen Präambel zum österreichischen Staatsvertrag über die Mitschuld am Kriege einsetzen.

Die VdU-Abgeordneten Zeilinger, Dr. Reimann, Dr. Pfeiffer und Genossen brachten im Parlament eine Anfrage ein, die sich mit diesem Buch befaßt, und verlangen, daß dieses Buch nicht mehr erscheinen dürfe und daß die zitierten Stellen aus dem Buch entfernt werden sollten.

Es ist daher zu erwarten, daß es bei der Beantwortung dieser Anfrage zu einer Stunde österreichischer Geschichte im Parlament kommen wird, indem den VdU-Parlamentariern die Fragen beantwortet werden, ob Österreich durch die Nazi ausgeplündert wurde und ob die Teilnahme am Kriege zur Wahrung österreichischer Interessen erfolgt sei.

* Vgl. „Der sozialistische Kämpfer“ Nr. 1/2/3, Jänner/März 1955, S. 3.

¹⁾ 10, Rue Leroux, Paris.

Mein Besuch in Wien*)

Mein Besuch in Wien galt vornehmlich der Einladung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, an seiner Bundeshauptversammlung teilzunehmen. Die Einladung galt nicht nur dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, sondern auch der „Arbeitsgemeinschaft politisch verfolgter Sozialdemokraten“. In Österreich sowie der westdeutschen Bundesrepublik haben beide sozialistischen Parteien ihre Verfolgten selbst erfaßt und sie nicht sogenannten „überparteilichen“ Organisationen überlassen. In Österreich im Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus und in der Bundesrepublik in Form einer eigenen Arbeitsgemeinschaft der Partei. In beiden Ländern hat sich diese Form als richtig erwiesen, da in der Frage der Wiedergutmachung die Auffassungen der Sozialisten erheblich abweichen von den Forderungen der anderen Parteien und weitergehend und sozialer gedacht sind. Letzten Endes ist die politische Wiedergutmachung eine politische Machtfrage, was besonders in der westdeutschen Bundesrepublik deutlich zutage tritt. Wir ehren alle Opfer des Widerstandes gegen den Faschismus, wir können aber nicht an der Tatsache vorübergehen, daß es die Angehörigen und Vertreter der Arbeiterbewegung waren, die als erste vom faschistischen Gewaltregime verfolgt wurden, und zwar zu einer Zeit, als weite Kreise des Bürgertums noch glaubten, mit dem Nationalsozialismus in Frieden leben zu können. Der schwere Leidensweg, den die Anhänger der sozialistischen Bewegung gehen mußten, legt uns deshalb die Verpflichtung auf, mehr zu tun, als nur die Opfer zu ehren. Das liegt auch im Geiste unserer verstorbenen Genossen. Wir haben den Geist des Widerstandes wach zu halten, um zu verhindern, daß die Demokratie erneut unterhöhlt und untergraben wird.

Die am Freitag, dem 29. April 1955, in den Sofienälen stattgefundene Gedenkfeier für alle Opfer des Faschismus, des Nationalsozialismus und des Krieges, die mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale geschlossen wurde, hinterließ einen gewaltigen Eindruck bei mir. Sehr erfreut war ich über die starke Beteiligung der Delegierten aus allen Teilen Österreichs auf der am nächsten Tage stattgefundenen Bundeshauptversammlung des Bundes der Freiheitskämpfer. Der sowohl von der Vorsitzenden, der Genossin Jochmann, als auch von mir in meiner Begrüßungsrede als notwendig bezeichnete gemeinsame Kampf gegen jeden Neofaschismus, ja gegen den Totalitarismus überhaupt, und die Sicherung und

stärkere Verankerung des demokratischen Gedankens, fand deshalb auch stürmische Zustimmung bei den Delegierten. Es wäre zu begrüßen, wenn künftig nicht nur die österreichischen sozialistischen Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus und wir aus der Bundesrepublik Gedanken austauschen und stärker zusammenarbeiteten, sondern wenn diese notwendige Zusammenarbeit auch bei den Widerstandskämpfern der übrigen sozialistischen Parteien Europas bestände.

Die österreichischen Genossinnen waren es, die mir dankenswerterweise durch eine Rundfahrt durch Wien einen für mich außerordentlich wichtigen Einblick in die nach 1945 durch die Stadt Wien mit ihrer sozialistischen Mehrheit neu geschaffenen Wohnungsbauten in allen Stadtteilen ermöglichten. Schon vor 1933 haben wir in Deutschland immer wieder auf den großzügigen und zweckmäßigen Wohnungsbau unserer österreichischen Genossen in Wien hingewiesen. Auch unsere Städte haben besonders nach 1945 vieles geschaffen, aber was ich in Wien gesehen habe, hat alle Erwartungen übertroffen. Der Besuch der Siedlungen erfolgte am Tage vor dem 1. Mai. Mit Freude konnte ich sehen, daß es in den neubauten großen Wohnblocks selten ein Fenster einer Wohnung gab, aus dem nicht die rote Fahne mit den drei Pfeilen hing.

Bei den in den letzten eineinhalb Jahren stattgefundenen Landtagswahlen in der Bundesrepublik wurde festgestellt, daß die jugendlichen Wähler im Alter von 21 bis 30 Jahren in weit größerer Zahl ihre Stimmen für die Sozialdemokratische Partei abgeben als für die anderen Parteien. Der am Vorabend zum 1. Mai stattgefundene Fackelzug der Jugend Wiens, der eineinhalb Stunden dauerte, zeigte mir die Stärke und auch die Aktivität der sozialistischen Jugend Wiens.

Besonders bewegt war ich jedoch durch den imposanten Aufmarsch der Wiener Bevölkerung am 1. Mai. In Wien und auch bei der Fahrt nach dem KZ Mauthausen und zurück ist mir deutlich zum Bewußtsein gekommen, daß in Österreich in größerem Umfange als in der Bundesrepublik, besonders bei der Arbeitnehmerschaft, ein starker Wille zu einer aktiven Politik im Sinne des Ausbaues und der Festigung der Demokratie vorhanden ist. Zahlreiche Gespräche mit Menschen aus den verschiedensten Bevölkerungskreisen bestätigten mir dies. Der Drang der österreichischen Bevölkerung geht dahin, der Sozialistischen Partei Österreichs die Mehrheit zu schaffen. Als eine erfreu-

*) Vgl. a. a. O. S. 16.

Gedenkfeier im Kölner Rathaus

Am Samstag, dem 8. Mai 1955, vormittags fand die große Gedenkfeier für die Opfer der Widerstandsbewegung des Kreises Köln statt. Neben den Vertretern der sozialdemokratischen Widerstandskämpfer und der SPD sowie den Delegierten aus Österreich, Italien und Holland nahmen zahl-



reiche Vertreter der Behörden teil. Darunter war Regierungspräsident Dr. Warsch, der Landrat des Landkreises Köln Nagel, der israelische Minister Dr. Shinnar, eine Abordnung der Kölner Synagogengemeinde mit Rabbiner Dr. Assaria und als Vertreter der Stadt Köln Bürgermeister Burauen. Der

schöne Saal war voll von Kränzen. Nach dem feierlichen Einzug der Fahnen, darunter die alte Ottakringer Schutzbandfahne und die Fahne, die der Parteivorstand unserem Bund anlässlich der zehnten Wiederkehr der Befreiung unseres Landes gewidmet hatte, begrüßte der Vorsitzende des Kölner Kreisverbandes, Sally Keßler, die Festversammlung. Er sagte, es sei eine Ehrenpflicht, alljährlich der Opfer des Naziterrors zu gedenken und dabei zu mahnen, daß nie wieder geschehen darf, was damals in Deutschland geschehen ist. Man wolle bei dieser Kundgebung, die in Köln schon Tradition geworden ist, all jener Menschen gedenken, die wegen ihres Glaubens oder ihrer Weltanschauung leiden mußten.

Bürgermeister Burauen überbrachte die Grüße der Stadt Köln und erinnerte noch einmal an die furchtbaren Schrecken der Nazijahre. Es sei erschütternd, daß heute, zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des Regimes, die Schatten der Vergangenheit wieder auftauchen und zu neuem Leben erwachen. Jeder müsse wachsam sein, damit die Freiheit nicht angetastet werde. „Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben.“ Mit diesem Schillerwort schloß Burauen seine Ansprache.

Genosse Mark überbrachte die Grüße der sozialistischen Freiheitskämpfer Österreichs und verwies auf das Gemeinsame, daß Österreichs Sozialisten mit den deutschen Genossen verbindet.

Der holländische Abgeordnete Piter Scheps führte aus, man habe in Holland während der Besatzungszeit nicht geglaubt, daß das Deutschland von Luther, Heine, Goethe, Schiller und Kant noch existiere. „Aber jetzt haben wir den Weg zu diesem anderen, besseren Deutschland zurückgefunden.“ Der Geist des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Herrschaft habe viel dazu beigetragen.

Die Festrede hielt der Polizeipräsident von Bochum, Fritz Runge, der Hauptangeklagte des großen Hochverratsprozesses gegen achtzehn Sozialdemokraten vor dem Volksgericht in Düsseldorf, wo er am 13. Dezember 1936 zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt wurde.

liche Entwicklung muß die überaus große Zahl der weiblichen Mitglieder in der österreichischen Partei, besonders in Wien, betrachtet werden. Daraus ergibt sich auch, daß in Österreich die weiblichen Wähler sich in weitaus stärkerem Maße für die Sozialisten entscheiden, als es in der deutschen Bundesrepublik der Fall ist.

Glückliches Österreich! Diese Worte konnte man in den letzten Wochen nicht nur in der Presse der Bundesrepublik lesen, sondern bei Gesprächen mit Menschen der verschiedensten politischen Auffassungen hören. Man versteht darunter die jüngste günstige außenpolitische Entwicklung für Österreich. In Österreich gab es schon bisher keine solche Teilung, wie es in Deutschland der Fall ist; es gab keinen Eisernen Vorhang wie bei uns an der Elbe. Die Fahrt von Wien zu der Feier von Mauthausen, das im russischen Besatzungsgebiet liegt, erfolgte, ohne daß auf der ge-

samten Strecke eine Kontrolle vorgenommen wurde oder ein Soldat der russischen Besatzungsmacht zu sehen war. Hier gibt es auch keine sogenannte Einheitspartei wie die SED in der Sowjetzone Deutschlands, ebenso wie Wien die Hauptstadt Österreichs geblieben ist. In Österreich brauchte man sich nicht mit den unerquicklichen Vorgängen der Schaffung einer provisorischen Hauptstadt zu befassen. Hoffentlich ist die Wiedergewinnung der Freiheit und die Verständigung in der Frage Österreich der Anfang für die Beseitigung der bestehenden Spannungen und für eine Verständigung in ganz Europa und der Welt. Die Menschen warten darauf!

Der Besuch in Österreich, besonders in Wien, hat mir für meine politische Arbeit außerordentlich viel gegeben, und persönlich habe ich viele Anregungen erhalten, für die ich den Genossinnen und Genossen der SPÖ in Freundschaft danke.

Wie Otto Glöckel begraben wurde

Ein Dokument der Schande für Dollfuß-Österreich

Otto Glöckels sterbliche Hülle wurde am 26. Juli 1935 im Wiener Krematorium eingeschert. Unter welchen Umständen die Trauerfeier abgehalten werden mußte, das schilderte einige Tage später ein Schweizer Zeuge in der Basler „Arbeiter-Zeitung“ vom 31. Juli 1935, und der Bericht, den wir hier wiedergeben, ist ein Dokument der Zustände unter dem austrofaschistischen Regime.

Die Polizei hatte nur eine „stille“ Feier um 16 Uhr genehmigt und den Zeitungen besonders eingeschärft, keine vorherige Anzeige zu bringen. Trotzdem war das Krematorium samt allen Zugängen und Korridoren schon gegen 13 Uhr von Wiener Arbeitern überfüllt. Als gegen 15.30 Uhr Frau Glöckel und ihr Sohn mit den nächsten Freunden erschienen, standen trotz der sommerlichen Schwüle schon Tausende da und weitere Tausende wurden draußen von der Polizei, die mit 150 Mann zur Aufrechterhaltung der „Ordnung“ ausgerückt war, mit Mühe zurückgedrängt. Männer, Frauen und Kinder grüßten die Witwe und die bekannten Trauergäste stumm durch Winken der Taschentücher. Der Zutritt zum Krematorium war von der Polizei nur den mit der Traueranzeige versehenen Trauergästen gestattet worden. Sehr viele der Berechtigten konnten aber keinen Einlaß mehr finden, weil im Krematorium längst kein Platz mehr war. Bei den unvermeidlichen Auseinandersetzungen, die sich darob entspannten, ging die Polizei bereits scharf und rücksichtslos vor.

Genosse Runge erklärte, daß die Widerstandskämpfer Richter und Nachrichter in dem Augenblick sein würden, in dem noch einmal der Versuch unternommen werden sollte, die persönliche Freiheit zu beeinträchtigen. Leider werde bei den alljährlichen Totenfeiern das Gedenken an die Widerstandskämpfer aller Parteien und Bekenntnisse geflissentlich vergessen. Terror und Elendszüge der nationalsozialistischen

Als wir das Krematorium betraten, wurden wir auch von der drinnen versammelten Menge stumm mit den Taschentüchern begrüßt. Der Sarg mit den sterblichen Überresten Otto Glöckels war zunächst in der Vorhalle aufgebahrt und mit zahlreichen Kränzen geschmückt. Unaufhörlich legten auch die Wiener Arbeiter, Frauen und Kinder aus ihrem armseligen Verdienst angeschaffte Blumensträuße und einzelne Blumen am Fuße des Sarges nieder. Diese rührenden Beweise der Anhänglichkeit erschütterten jeden, der den Vorgang sah. Rote Kranzschleifen hatte die Polizei verboten. Die meisten Kränze waren deshalb mit schwarzen Schleifen versehen, die Aufschriften darauf in Gold gewirkt. Die Verwendung der Worte „Partei“ und „Sozialdemokratie“ war dabei aufs strengste untersagt. Aus diesem Grund erregte der mit roten Rosen und blauweißen Schleifen geschmückte Lorbeerkranz der Schweizer und der Züricher mit der Aufschrift „Die Sozialdemokratischen Parteien der Stadt und des Kantons Zürich ihrem geschätzten Mitkämpfer und Freund Otto Glöckel“ besonderes Aufsehen. Die Polizei hat diese Aufschrift entweder übersehen oder nicht zu entfernen gewagt.

Gegen 16 Uhr wurden wir in das Innere des Krematoriums eingelassen. In dem Raume hatten aber nur einige hundert Personen Platz. Draußen warteten viele Tausende stundenlang und grüßten jedesmal stumm

Vorkämpfer für ein neues gerechtes Staatsleben und hätten tatkräftig am Wiederaufbau des neuen Staates mitgewirkt. Die Feier wurde von Musik und Rezitationen würdig umrahmt. Im Anschluß daran formierte sich ein Trauerzug, der sich mit den Fahnen der sozialistischen Organisationen und vielen Kranzspenden zum Mahnmahl am Hansaring bewegte. Zur gleichen Zeit wurden Kränze auf dem jüdischen Friedhof im Bocklemünd am Ehrenmal der Verfolgten niedergelegt.

Feierstunde in Düsseldorf

Am Sonntag nachmittag fand im Robert-Schumann-Saal in Düsseldorf mit 1500 Teilnehmern eine Feierstunde der Gemeinschaft politisch verfolgter Sozialdemokraten von Nordrhein-Westfalen statt, an der die ausländischen Delegationen gleichfalls teilnahmen.

Die Feier wurde mit Orgelmusik, Rezitationen einer Sprecherin des NWD-Rundfunks und Liedern des Volkschors „Freiheit“ festlich gestaltet. Nach der Begrüßung des Vorsitzenden des Landesausschusses, Ewald Sprawe, sprachen Vertreter der einzelnen Delegationen. Die Gedenkrede hielt Genosse Kukil. Er faßte in kurzen Worten zusammen, was an Leid, Blut und Tränen über die Verteidiger der Freiheit hinwegbrauste. Er erinnerte daran, daß die Sozialdemokraten als erste im Jahre 1933 Zuchthäuser und KZ füllten. Er erinnerte an die vielen tausend Menschen, die wegen ihres Glaubens, ihrer Idee oder ihrer Rasse hingemordet worden sind. In der heutigen Zeit werden ihre Leistungen nicht überall so anerkannt, wie sie es verdient hätten. Man müsse sich in Ehrfurcht neigen vor den Toten, aber auch vor den politisch Verfolgten, die nach 1945 den demokratischen Staat mit aufgebaut haben. Er wies darauf hin, daß die gesetzliche Regelung der Entschädigungen unbefriedigend sei und daß vor allem die Handhabung des Entschädigungsgesetzes viel zu wünschen übriglasse. Er forderte alle auf, mitzuwirken, damit den Geschädigten endlich ihr Recht werde.

Die Feier wurde mit dem Lied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit...“ beendet. Alle Teilnehmer hatten sich von ihren



Zeit dürften nicht vergessen werden, sondern mußten Bundesparlament und Bundesregierung zur ständigen Besinnung auf jene Kräfte führen, die das Unterpfand für den gerechten sozialen Staat bildeten. Die Widerstandskämpfer hätten für Gerechtigkeit, Frieden und Solidarität gekämpft, seien die

mit den Taschentüchern, wenn ein bekannter Führer sich zur Trauerfeier begab. Jetzt tauchte der Sarg aus einer Versenkung empor; da geschah unter den Augen der erschütterten Trauergemeinde eine ungeheure Pietätlosigkeit und Brutalität. Zehn Polizisten, mit Gummiknütteln bewehrt, stellten sich samt ihrem Oberstleutnant zu beiden Seiten des Sarges auf. Die Trauerversammlung brach empört in lautes Schluchzen aus, das noch hemmungslos anhielt, als das Orgelspiel vorüber war und die Gedächtnisreden gehalten wurden.

Es sprachen der Reihe nach Genosse Stadtrat Jean Briner, Vorstand des Schulwesens der Stadt Zürich, für die ausländischen Schulfreunde und besonders für die Züricher Genossen, De Witte aus Karlsbad für die Arbeiter und Freunde in Böhmen, Hofrat Washuber für die Lehrer und der vormalige Wiener Stadtrat Speiser für die Bekannten aus Wien und Österreich. Der Wortlaut der Reden hatte vorher der Polizei zur Genehmigung vorgelegt werden müssen.

Genosse Briner, der an das Sterbelager des Freundes geeilt war und ihm noch die fieberigen Hände zum Abschied gedrückt hatte, hob in seiner Gedächtnisrede die nationale und internationale Bedeutung des großen Schulmannes Otto Glöckel hervor und verlieh den schmerzlichen Empfindungen Ausdruck, die durch die Trauerbotschaft auch im Ausland hervorgerufen wurden. Mit warmen Worten gedachte er auch des Menschen und Freundes Otto Glöckel, seiner Uneigennützigkeit, Selbstlosigkeit und Gastfreundschaft, seines rührenden Optimismus und seines unerschütterlichen Glaubens an die Zukunft noch in seinen letzten Erdenstunden.

Während der Rede des Genossen Briner ereignete sich durch die Schuld der Polizei abermals ein aufreizender Zwischenfall. Als der Redner die Worte sprach: „Der Name Otto Glöckel wird in der Schweiz unvergänglich bleiben“, fiel der harmlose Zwischenruf: „In Österreich auch!“ Sofort unterbrach der Polizeioffizier die Trauerrede und erklärte brüsk, beim nächsten Zwischenruf würde die Trauerfeier von ihm abgebrochen werden. Unter den Trauergästen entstand darauf eine so schmerzliche Bewegung und berechtigte Aufregung, daß die bekannten Wiener Freunde des Verstorbenen alle Mühe hatten, zu beschwichtigen. Nach den Reden setzte wieder Orgelspiel ein, und der Sarg verschwand langsam in der Versenkung. In diesem Augenblick erhob ein junger Mann den Arm und warf dem Toten eine Nelke nach. Sofort brüllte der Oberstleutnant: „Wache heraus!“ und schon stürzten Polizisten mit geschwungenen Gummiknütteln auf den jungen Mann zu, rissen ihn nach vorn, durchsuchten ihm alle Taschen und fesselten ihn. Jäh brach das Orgelspiel ab, und neuerdings erhob sich wildes

Weinen und Schluchzen in der Trauerversammlung. Die „Amtshandlung“ spielte sich in unmittelbarer Nähe des verschwindenden Sarges ab. Alles schrie vor Entsetzen.

Die Witwe und der Sohn Glöckels begaben sich zum Polizeioffizier und setzten sich für den jungen Mann ein und baten insbesondere, daß er nicht geschlagen werde (!). Gerade diese Bitte zeigte den anwesenden Ausländern blitzartig, wie es mit dem Menschenrecht in Österreich bestellt ist. Die Trauerfeier mußte vorzeitig abgebrochen werden. Wir wurden von der Polizei zum raschen Verlassen des Krematoriums gedrängt. Draußen hörten wir, daß noch weitere sechzehn Verhaftungen vorgenommen worden seien. Auf der Rückfahrt in die Stadt erblickten wir noch immer Tausende, die uns stumm mit Winken der Taschentücher begrüßten. Diese Treue des „stummen Österreichs“ zu seinem sozialistischen Ideal hat auf uns einen tiefen Eindruck gemacht.

Wir hörten später noch, daß sich die Angehörigen Glöckels wegen der bei der Trauerfeier Verhafteten an das Polizeipräsidium gewendet haben und daß die Erfüllung der Bitte zugesagt worden ist. Ob das Versprechen auch eingehalten wurde, konnte man nicht erfahren. Das herausfordernde und brutale Verhalten der Polizei bei der Trauerfeier war unter den Ausländern das allgemeine Gespräch und ein Anschauungsunterricht, der zweifellos wirkungsvoller und überzeugender war als die schönsten Reden der frommen Staatsmänner des heutigen Österreich... Es ist aber die besondere Schande des frommen österreichischen Faschismus, daß er seine Gegner nicht einmal ihre Toten in Ruhe begraben läßt, den Grabesfriede durch Polizeiatacken stört und eine schmerz erfüllte Trauergemeinde mit dem Gummiknüttel bedroht. Wir haben uns das praktische Christentum und die päpstliche soziale Ordnung, die in Österreich verwirklicht sein sollen, allerdings nicht gerade als Friedhofschändung vorgestellt.

Wie wir erfahren, haben die Rentenanstalten bereits die Vorarbeiten für die 13. Monatsrente abgeschlossen. Dadurch ist gesichert, daß alle Anspruchsberechtigten, das sind ungefähr 570.000 Personen — oder drei Viertel aller Rentner — ihren 13. Bezug Anfang Oktober bekommen.

Für die Auszahlung der 13. Rente wird heuer ein Betrag von mehr als 256 Millionen Schilling erforderlich sein.

Unsere anderen Forderungen werden in der 11. Novelle zum OFG ihren Niederschlag finden.

Sitzen erhoben. Sie faßten einander bei den Händen, und brausend stieg das Lied empor. Es war für alle nicht nur ein Lied, es war vielmehr ein gemeinsames Gelöbnis, die Freiheit zu verteidigen; wenn nötig, wiederum für die Freiheit zu leiden oder zu sterben.

Besuch in der SPD-Zentrale

Am Montag besuchte die österreichische Delegation die SPD-Zentrale in Bonn. In der Bonner „Löwelstraße“ herrscht ein reges Leben, man sieht als Mitarbeiter hauptsächlich junge Männer und Frauen und fühlt den starken Pulsschlag dieser großen Bewegung. Die Organisation ist in einem weitverzweigten ebenerdigen Komplex untergebracht. Alle Räume sind hell, freundlich, einfach und zweckmäßig eingerichtet. Die Anordnung der Räume ist bis in das kleinste Detail durchdacht und praktisch. In der großen Empfangshalle steht die Büste von Kurt Schuhmacher, dem leider allzu früh verstorbenen 1. Vorsitzenden der SPD. Eine große Tafel an der Wand mit unzähligen Lämpchen zeigt an, wie viele Druckereien die deutschen Sozialisten früher für ihre Presse hatten und wie bescheiden deren Anzahl jetzt ist. In einer großen Übersicht wird aufgezeigt, welche sozialistischen Zeitungen es in den einzelnen Ländern Europas gibt und wie hoch deren Auflage ist. Innerhalb des Komplexes ist auch die Redaktion der offiziellen Parteizeitung untergebracht. Die SPD hat dieses Gebäude derart errichtet, daß sie jederzeit im Falle einer Wiedervereinigung von Deutschland und der dadurch bedingten Verlegung der Regierung und Ministerien nach Berlin das Gebäude einfach nach Berlin transferieren kann. Es beweist dies, wie ernst man die Forderung der Wiedervereinigung Deutschlands nimmt und wie zuversichtlich die Partei letzten Endes auf diesen Erfolg hofft. Demgegenüber wurden und werden in Bonn außer dem riesigen Bundestagsgebäude, das wir gleichfalls besichtigen konnten, große und modernste Bauten für die Unterbringung der einzelnen Ministerien errichtet. Man schätzt, daß bisher für derartige Bauten bereits 450 Mill. DM ausgegeben worden sind.

Dazu kommen noch viele Wohnbauten für die öffentlich Angestellten, da diese sonst in Bonn keine Unterkunft finden könnten.

Neben dem Komplex der Parteiorganisation ist ein Gebäude, in dem die Arbeiterwohlfahrt (AWO) untergebracht ist. Auch diese Organisation ist hervorragend aufgezogen. Man beschäftigt sich mit jeder Art von Fürsorge, von der Betreuung der Kriegs- oder Zivilgefangenen, der Erholungsfürsorge bis zur Beratung bei Auswanderung. Wir hatten Gelegenheit, mit einzelnen der zumeist jungen Mitarbeiter zu sprechen, und waren tief davon beeindruckt, wie jeder mit wenigen Worten seine Tätigkeit scharf umreißen, auf die diversen Gesichtspunkte hinweisen und das angestrebte Ziel genau angeben konnte. Wir hatten alle ein Gefühl: Hier sind nicht bloß Angestellte am Werk, sondern Menschen, die ihre Arbeit mit Hingebung und Freude machen.

Sehr beeindruckt waren wir vom Studio der SPD, das mit allen neuen technischen Mitteln ausgestattet ist. Es werden Rundfunkreden aufgenommen, Magnetophontexte für Lichtbildvorträge hergestellt, Filme gemacht, Lichtbildvorträge zusammengestellt, Reportagen vorbereitet, Bänder für Lautsprecherwagen angefertigt, kurz alles, was die moderne Propaganda kennt und verlangt, wird gemacht. Es besteht bereits ein großes Archiv, so daß auch die kleinste Lokalorganisation bei Bedarf jede Unterstützung erhalten kann.

Es könnte noch viel über die Eindrücke und Erfahrungen unseres Besuches bei den deutschen Genossen gesagt werden. Als wir Abschied nahmen, waren wir uns schon ganz nah gekommen und wirkliche Freunde geworden. Wir haben dieselben Sorgen und dieselben Wünsche. Uns eint auch der unbändige Wille, die Freiheit, für die wir so gelitten haben, mit allen Kräften zu verteidigen. Wir haben beschlossen, zusammenzuhalten und das nunmehr geknüpfte Band nicht mehr abreißen zu lassen. Wir hoffen, daß wir uns für die erwiesene Gastfreundschaft im kommenden Jahr revanchieren können. Bis dahin bleiben wir Schuldner unserer deutschen Freunde. Wir sagen ihnen nochmals, seid herzlich bedankt.

Unsere Bundeshaup

Am 30. April 1955 wurde in Wien XVIII, Gentzgasse 62, im Währinger Arbeiterheim, unsere Bundeshauptversammlung abgehalten.

Genossin Jochmann eröffnete um 9 Uhr die Tagung und begrüßte alle Delegierten, ganz besonders den aus Deutschland gekommenen Genossen Kukil sowie den Zentralsekretär der Partei, Genossen Otto Probst, auf das herzlichste.

Sie gedachte der im Laufe des Jahres verstorbenen Mitglieder des Bundes. Die Versammlung ehrte die Toten durch eine Gedenkminute. Anschließend brachte Genosse Hans Jochmann zwei Gedichte zum Vortrag, und zwar „Gewißheit“, das von dem am 27. Juni 1943 in Brandenburg hingerichteten Genossen Richard Zach stammt, und das Gedicht „Zukunft“ von Genossen Max Borzig. Dann begrüßte Genosse Sigmund im Namen der Währinger Sozialisten die Tagung und wünschte den Delegierten angenehmen Aufenthalt in der Heimstätte der Währinger Sozialisten. Genossin Jochmann dankte der SPÖ Währing für die Einladung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch in den anderen Bezirken so schöne Arbeiterheime erstehen mögen.

Genossin Jochmann erteilte dem Genossen Kukil das Wort und brachte die Verbundenheit der deutschen mit den österreichischen Widerstandskämpfern zum Ausdruck. Sie erinnerte an eine gemeinsame Weihnachtsfeier mit den deutschen Genossen in der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“, bei welcher unter anderem Genosse Otto Bauer, Genosse Danneberg und Genosse Seitz anwesend waren. Genossin Probst hielt eine denkwürdige Weihnachtsrede, bei der sie die unvergeßlichen Worte prägte: daß es keine Weihnachten der guten Menschen, keine Weihnachten des Friedens sind, wo 1933 mit dem Schiff in Bremerhaven viele Hunderte von Genossen aus den Gefängnissen, KZ und Zuchthäusern zugrunde gegangen sind.

Genosse Kukil übermittelte die Grüße der Bruderorganisation und überreichte der Genossin Jochmann einen Strauß herrlicher roter Nelken als Dank und Gruß. Er sagte unter anderem:

„Vor zwanzig und dreißig Jahren verloren die deutschen Sozialisten zahlreiche ihrer besten Freunde. Sie wußten, was Hitler bedeutete, und auch, was durch seine Machtergreifung kommen mußte. Doch die begeisterten Anhänger Hitlers und die mit ihm Sympathisierenden wollten es nicht wahrhaben, daß Hitler Krieg bedeutet: wer Hitler wählt, wählt Krieg. Am Ende stand der Krieg und die Vernichtung vieler Millionen Menschen. Nach Hitlers Machtergreifung richtete sich zuerst der Ansturm gegen die deutsche Arbeiterbewegung und Zerschlagung der Organisationen. Trotz der Mahnungen Erich Kutterers, Ernst Teichmanns und anderer führender Genossen der Bewegung gelangte Hitler immer mehr zur Macht. Wir haben damals die Worte geprägt: »Immer daran denken, wir kommen wieder!« Der Kampf war schwer und die Opfer groß, doch nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Wir haben es abgelehnt, von einer kollektiven Schuld zu sprechen, aber es überkommt uns eine kollektive Scham. Daß es jedoch ein anderes Deutschland gab, das zeigten die Opfer. Wir müssen allen jenen, die für die Freiheit Europas gestorben sind, den Dank aussprechen. Wer sich um das Wohl des deutschen Volkes im Kampf gegen Hitler stellte, der hat recht gehandelt.“

Genosse Mark übernahm den Vorsitz und erteilte der Genossin Jochmann das Wort zum Bericht über die Tätigkeit des Bundes. Genossin Jochmann sagte unter anderem:

„Es wird viel zu wenig über die Arbeit des Bundes berichtet. Der Bund ist in vielen hunderten Kundgebungen das ganze Jahr hindurch seiner Aufgabe gerecht geworden. Wir haben zum allergrößten Teil gemeinsam mit unserer Partei Kundgebungen veranstaltet. Es ist auch sehr wünschenswert, wenn wir nicht gesonderte Kundgebungen unseres Bundes machen, sondern wir wollen, soweit es möglich ist, gemeinsam mit unserer Partei gehen. Am 12. Februar, 15. Juli, zu Allerseelen und am 12. November wurden Kränze bei den Gräbern niedergelegt, große und kleine Kundgebungen in den verschiedenen Orten abgehalten. Wir haben die Absicht, einen Lichtbildervortrag ausarbeiten zu lassen, in dem all das festgehalten werden soll, was wir in Erinnerung haben und an Material aus der Zeit von 1934 bis 1945 besitzen. Diese Arbeit wird lange dauern, wenn die Bundesländer und Bezirke nicht mithelfen. Was wir brauchen, ist ein Bericht, kurz und gedrängt, darüber, was in den Jahren 1933 bis 1945 geschehen ist. Der Bund der Sozialistischen Freiheitskämpfer ist auch einer Bitte der Genossen in Israel nachgekommen. In Israel wird ein Märtyrerwald geschaffen. Es wird dort ein Hain erstehen, und die Bäume werden die Namen der Spender tragen. Der Bund hat nun beschlossen, hundert Bäume in Israel pflanzen zu lassen. Aber es sollen dort tausende Bäume stehen als Symbol unserer Verbundenheit. Auch die Bundesländer mögen daran denken, was besonders unsere jüdische Bevölkerung zu erleiden und welche Opfer von 1933 bis 1945 sie zu tragen hatte. Daher geht unsere Bitte nun dahin, sich dieser Aktion wenn möglich anzuschließen.“

Der Bundesvorstand hat im abgelaufenen Berichtsjahr regelmäßig Sitzungen abgehalten. Im übrigen haben wir alle zusammengeholfen, und sehr oft unter schweren Umständen, da nicht einer unter uns sitzt, der nicht auch Parteifunktionär ist. In unserem Sekretariat laufen auch Beschwerden ein, daß die Korrespondenz nicht gleich beantwortet wird. Wenn es notwendig ist, erfolgt die Antwort gleich, doch können wir bei der Unmenge einlaufender Briefe nicht alle gleich beantworten.

Eine unserer wichtigsten Aufgaben ist der Kampf gegen den Faschismus. Auch bei uns gibt es Wiederbelebungsversuche, die zwar heute noch keine Gefahr bedeuten, aber es

ist besser, schon die Keime einer faschistischen Bewegung zu vernichten. Unsere Funktionäre und unsere Partei haben es oft schwer, die richtigen Mittel anzuwenden. Die Österreichische Volkspartei buhlt mit den ehemaligen Nationalsozialisten und versucht, sie zu gewinnen. Auch wir können nicht darauf verzichten und müssen versuchen, einen gewissen Personenkreis für unsere Idee zu gewinnen, das sind vor allem die Arbeiter und Angestellten, also kleine Leute, die klassenmäßig zu uns gehören. Aber wir werden niemanden zu gewinnen versuchen, der sich der Demokratie nicht würdig erweist. Jeder von uns muß das richtige Gefühl haben, wie er sich zu dieser Frage stellt. Vom politischen Standpunkt müssen wir unser Verhältnis zu Nationalsozialisten so betrachten, inwieweit unsere Bewegung einen echten Nutzen daraus ziehen kann. Zu uns kommt kein Kriegsverbrecher und Kapitalist. Wenn jedoch der kleine Angestellte und Bauer bereit ist, den Weg zu uns zurückzufinden, wollen wir ihm kein Hindernis entgegenstellen. Je weiter die Partei nach vorwärts schreitet — und dies ist mit einem Berg vergleichbar, dessen Gipfel wir jedoch erklimmen müssen —, desto näher kommen wir unserem Ziele. Die Mehrheit der Stimmen müssen wir bekommen, wenn jeder, der in unsere Reihen gehört, zu uns kommt. Wir sind die Repräsentanten einer herrlichen und wunderbaren Idee, wir müssen den Faschismus schlagen und unsere Partei stärken mit dem Stimmzettel in der Hand, und wir müssen immer daran denken, daß wir unserer Idee am besten helfen, wenn es uns gelingt, den Faschismus in Österreich nicht mehr aufkommen zu lassen.“

Genosse Flußmann erstattete den Kassenbericht, worauf Genosse Blei berichtete, daß die Kontrolle mehrmals im Jahre die Kassa, Belege und den Markenstand überprüft und alles in Ordnung gefunden hat. Genosse Blei stellte namens der Kontrolle den Antrag, dem scheidenden Vorstand die Entlastung zu erteilen.

Genosse Trimmel brachte dann den Bericht über die Zeitung und klagte darüber, daß die Berichte für die Zeitung sehr mangelhaft sind und nur spärlich einlangen. Mit viel Mühe müssen die Berichte von den Genossen geholt werden. Die Zeitung soll unsere Zeitung sein, unser Sprachrohr. Wenn jemand etwas zu sagen hat, dann soll er es auch tun. Die Zeitung wird derzeit praktisch nur von zwei bis drei Genossen in mühevoller, zum Teil Nacharbeit, gemacht. Die Zeitung hat weit über den Bund hinaus Beifall gefunden, ist jedoch in allererster Linie an die Mitglieder unseres Bundes gerichtet; doch kann sie wegen mangelnder Berichterstattung nicht weiter ausgebaut werden. Genosse Trimmel dankte im Namen der Genossen für die Anerkennung, die die Zeitung bei den Mitgliedern des Bundes gefunden hat. Außerdem betonte er, daß eine Zeitung, die nur sechsmal im Jahr erscheint, keine aktuellen Tagesfragen bringen kann. Die Zei-

Genossinnen u

Wir sind zu dem Entschluß gekommen, daß wir alle Feiern und staltet werden, gemeinsam mit dem Parteivorstand abhalten. Solite und Genossinnen jeweils davon verständigen. Selbstverständlich sind verschiedenen Gedenktagen zu den Mahnmalen und auf die Gräber allem wenigstens eine kleine Gruppe zu den Gedenkstätten geht, nicht vergessen werden. Wir bitten euch aber sehr, uns über alle

Wir haben den Beschluß gefaßt, daß uns bis zur nächsten welche Mahnmale es in ihrem Lande gibt, wo sie sich befinden und weisen hat. Auch die Friedhöfe, in denen es Gräber der Opfer des möglichst genaue Angaben über die Gräber.

Da wir die Geschichte des illegalen Kampfes festhalten und Material, das es in den verschiedenen Landes- und Bezirksorganisationen ersuchen, uns einen kurzen Bericht über diese Zeit zu senden. den illegalen Zeitungen, Flugblättern, Streuzetteln und Bildern, die wird das Material sichten und es euch dann wieder zurücksenden,

Wir haben außerdem beschlossen, daß wir den Bezirks- und errichtet wird, einige Bäume zu spenden. Ein Baum stellt sich auf sicht haben, solche Spenden zu geben, uns dies mitzuteilen, damit

Denkt daran, daß wir Freiheitskämpfer überall und immer und immer unter Beweis zu stellen! Auch in der politischen Diskussion aber wir, die Freiheitskämpfer, sind ebenso verpflichtet, nicht und Meinung zu bekunden. Wir haben weder Schuschnigg noch Hitler bewußt eine gefährliche Propaganda verbreiten, uns fürchten? es unseren Opfern, uns selbst und der morgigen Generation

Parteiversammlung 1955

tung ist auf die Mitarbeit aller Genossen angewiesen. Viele Dinge sind nicht behandelt worden, doch nur aus dem Grunde, weil keine Briefe und keine Artikel einlangten. Wenn berechtigte Kritik wegen des seltenen Erscheinens unserer Zeitung geübt wird, dann müsse auf diesen Grund Rücksicht genommen werden.

Nunmehr wird die Diskussion über die Berichte eröffnet. Als erster meldete sich Genosse Mosel (Steiermark), der im Namen der Bundesländer für die herrliche 10-Jahr-Feier des Bundes dankte. Er übte daran Kritik, daß ein Herr Hartleb mit dem Ehrenzeichen der Republik ausgezeichnet wurde, jener Herr Hartleb, der in Amt und Würden saß, als das Todesurteil über Koloman Wallisch gefällt wurde. (Lebhafter Protest der Anwesenden gegen die Auszeichnung.) Genosse Mosel fragte weiter an, warum die Novellierung zum Opferfürsorgegesetz notwendig sei, wo die Nazigutmachung im Weg der Umbuchung bereits geschehen ist. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Opfer nicht umsonst gebracht wurden. Genosse Wolken sagte, eine der Säulen unserer Arbeit soll auch die Wahrnehmung der Rechte der Opfer des Faschismus sein; wir müssen darauf achten, daß kein Unrecht geschieht. Genosse Widmayer (Niederösterreich) besprach die Unzufriedenheit des Bundes über die mangelnde Mitarbeit der Niederösterreicher, doch konnte wegen der Gemeinderatswahlen keine Landeskonferenz abgehalten werden. Der Faschismus wäre in jeder Form zu bekämpfen, denn es sind Kräfte am Werk, die mit den demokratischen Grundsätzen nichts mehr gemeinsam haben. Genosse Himsl (Hietzing) ersuchte den Vorstand, eine ähnliche Präambel wie sie die Deutschen in ihren Gesetzen anstreben, in unsere Gesetzesnovelle hineinzunehmen. Genossin Obermayer (Tirol) beklagte sich über die schwache Mitgliederzahl in Tirol. Der größte Teil unserer Mitglieder meint, daß die Partei ohnehin die Interessen der Opfer vertritt. Sie bittet, daß der Tagung mitgeteilt werde, was bei der Novellierung des Opferfürsorgegesetzes geändert werden soll. Zu dem Begräbnis des Erzherzogs Eugen sagte sie: „Das Begräbnis ging wohl äußerst ruhig vor sich, doch sei zu bemängeln, daß ein Bürgermeister, der doch den Eid auf die Verfassung ablegte, unter anderem sagte: »Melden Sie Otto von Habsburg, die ganze Gemeinde stehe hinter ihm. Sie werden sehen, in sechs Jahren haben wir die Habsburgermonarchie.«“ Genosse Kubicek (Währing) regte an, in die Aktivität zurückzukehren. Genosse Labek (Oberösterreich) überbrachte die herzlichsten Grüße der Mitglieder der oberösterreichischen Landesorganisation des Bundes. Er verwies auf den schwierigen Kampf unserer Partei in Oberösterreich, wo die Reaktion viel stärker ist als in Wien. Genosse Labek sprach auch zur Frage der ehemaligen Nationalsozialisten: „Sozialist zu sein, heißt in erster Linie Mensch zu sein. Wir kennen keinen Haß. Es

sind viele Genossen nach dem 12. Februar 1934 Mitglieder der Nationalsozialisten geworden und zum Teil auch der SA beigetreten. Manche sind wieder zu uns zurückgekommen, manche wurden selbst Opfer des braunen Faschismus. Auf der Landeskonferenz haben wir eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß eine zweimalige Wiedergutmachung nicht in Betracht kommt. Es gibt Leute, die sich als Opfer beider Faschismen bezeichnen, die aber in Wirklichkeit einer der beiden faschistischen Richtungen angehört haben und daraus einen doppelten Anspruch ableiten wollen. Im übrigen, wenn wir sagen, wir kennen keinen Haß, so werden wir doch niemals vergessen, was uns angetan wurde. Die Partei wird darauf zu achten haben, daß weder SA- noch SS-Leute mit der roten Nelke bei uns einziehen. Die politische Reinheit in der Partei ist unerlässlich, die ehrliche Überzeugung und der ehrliche Wille zur Idee ist das höchste Gut. Wir dürfen nie wieder die Freiheit verlieren.“ Genosse Richter (Kärnten) gab bekannt, daß es in Kärnten ehemalige Angehörige der NS gibt, die auf Grund der Versehrtenstufe III und IV in den öffentlichen Dienst gestellt wurden. Die Untersuchung erfolgte durch ehemalige NS-Ärzte, die die Invalidität weitestgehend zugunsten der Bewerber auslegten. Hingegen wird die Untersuchung von KZlern und politischen Häftlingen recht mangelhaft durchgeführt. Haftfolgen werden zum Beispiel nicht als solche bezeichnet, sondern als Alterserscheinungen usw. Ähnliche Tatsachen lassen sich in der Privatwirtschaft beobachten. Auch hier werden ehemalige Nationalsozialisten angestellt.

Genossin Jochmann antwortete allen Debattenrednern. Dann wurden folgende Genossen für das Wahlkomitee vorgeschlagen: Miksch, Litafsky, Leodolter, Bubenik und Pavlik. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Sodann ergriff Genosse Otto Probst das Wort zu seinem Referat. Er übermittelte die Grüße des Parteivorstandes und führte unter anderem aus:

„Wir haben seit der Wiederaufnahme der Verhandlungen in Moskau das Gefühl, daß vieles in Bewegung geraten ist. Heute sehen wir, daß es im Jahre 1945 eine kluge Entscheidung war, unser Mitspracherecht in der Regierung zu sichern. Nach dem guten Wahlergebnis im Jahre 1953 haben wir durch die Einsetzung unseres Genossen Kreisky als Staatssekretär unsere Position gefestigt. Die Erfolge in Moskau bei den Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag sind in erster Linie auf die geänderte weltpolitische Lage zurückzuführen. Es ist nicht das Verdienst des »großen Freiheitskanzlers« Raab, wenn wir in Moskau Erfolg gehabt haben. Die Wendung kam aus Moskau. Bulganin brachte dem Genossen Schärf gegenüber zum Ausdruck, daß die Zusammenkunft Rußlands mit den Vertretern Österreichs »keine Liebesaffäre« bedeute. Der Abschluß des Staatsvertrages wurde fünf Jahre hindurch hinausgeschoben, da die Russen in der Deutschlandfrage einen gewissen Druck ausüben wollten. Zuletzt bereiteten sie Schwierigkeiten, um doch irgendwie die Ratifizierung der Pariser Verträge zu erschweren oder zu verhindern. Das ist natürlich nicht die einzige Erklärung, vielleicht bedeutet diese Wendung auch eine grundsätzliche Änderung der russischen Politik. Nun beginne ein Rätselraten über die Zukunft Österreichs. Um unsere Neutralität zu sichern, benötigen wir ein bewaffnetes Heer. Rußland verlangt auch Garantien gegenüber einem Anschluß an Deutschland, aber auch gegen einen Zusammenschluß einer Donauföderation. Die Sozialisten haben weder das eine noch das andere angestrebt. In dieser Frage rennt man bei uns offene Türen ein. Was wir wollen, das ist die politische Freiheit und Unabhängigkeit, aber auch die restlose wirtschaftliche Selbstständigkeit. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit, die wir durch den österreichischen Staatsvertrag erhalten sollen, wird uns große Vorteile, aber auch manche Belastung bringen. Möglicherweise werden auch Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Österreich angebahnt werden. Eine andere Frage ist, ob die Unterzeichnung des Staatsvertrages unsere innenpolitische und wirtschaftliche Situation verschärfen oder erweitern wird. Bis jetzt kündigt die ÖVP an, was sie wirtschaftspolitisch will. Sie ist gegen die Verstaatlichung jener Betriebe, die unter die Verstaatlichungsgesetze fallen, und sähe es lieber, wenn die Betriebe in private Hände zurückkommen würden. Genosse Koref hat im Parlament im Namen der Sozialistischen Partei zum Ausdruck gebracht, daß wir die Reprivatisierung ablehnen und dafür eintreten, daß sie in das Eigentum der Allgemeinheit übergehen. Wir werden aber trotz der kommenden Schwierigkeiten, die wir mit der ÖVP haben werden, in der Koalition bleiben und die Dinge so beeinflussen, weil es uns das gesamte staatliche Interesse so gebietet. Alle Wahlen nach 1953 zeigen den weiteren Vormarsch der Sozialisten, während der Einfluß der ÖVP zurückgeht. Auch die extremen Parteien wurden geschlagen. Dem VdU ist die Sammlung mißglückt, die Industrie stellte die Zahlungen ein. Die KPO kommt neuerlich mit der Walze »Mit der Einheit der Arbeiter«, aber die Volksopposition ist in eine Ecke gestellt worden. Selbst die Russen wollen von den österreichischen Kommunisten nichts wissen. Manche suchen bereits Anschluß an uns, doch sind es nicht die Besten. Wir hoffen, daß der Staatsvertrag in den kommenden Tagen unterzeichnet wird und daß damit Österreich in den Besitz seiner vollen Souveränität kommt. Die starke Haltung der Sozialistischen Partei und die Beharrlichkeit der österreichischen Arbeiterschaft in den zehn abgelaufenen Jahren haben wesentlich dazu beigetragen, daß Österreich endlich seine Freiheit erhält. Wir haben niemals so wie die ÖVP den Staatsvertrag um jeden Preis gewollt. Daß das so gut war, zeigt sich schon im Augenblick und wird auf die künftige

und Genossen!

Kundgebungen, die für die Opfer einer vergangenen Zeit veranstaltet werden, eine eigene Feier handeln, so werden wir die Genossen bitten, jede Landesorganisation darüber zu wachen, daß an den verstorbenen Opfer des Faschismus Kränze gelegt werden und daß vor allem dadurch zu zeigen, daß die Kämpfer für ein freies Österreich diese Kundgebungen zu informieren.

Bundeshauptversammlung alle Landesorganisationen mitteilen, welche Gedenkstätten außer diesen Mahnmalen das Land aufzuweisen hat. Faschismus gibt, möchten wir wissen, und wir bitten, hier um

einen Lichtbildervortrag herstellen lassen wollen, benötigen wir alle Informationen über jene Zeit gibt. Dort wo es möglich ist, würden wir außerdem sind wir an allen literarischen Erzeugnissen, also an Büchern von jener Zeit künden, sehr interessiert. Einer unserer Genossen, wenn wir es bearbeitet haben.

Landesgruppen nahelegen, für den Märtyrerwald, der in Israel liegt, 50 S., und wir bitten jene Landesorganisationen, die noch die Absicht haben, diese Aktion abschließen können.

wachsam sein müssen. Wir sind Sozialisten und haben dies überall, wo immer sie sich ergibt, müssen wir unsere Würde wahren; nirgends auszuweichen, sondern dort, wo es notwendig ist, unsere Haltung zu zeigen — sollten wir heute vor Unwissenden oder jenen, die unsere Zivilcourage, wo immer es notwendig ist! — Wir sind schuldig.

Entwicklung von großer Bedeutung sein. Österreich ist lebensfähig, und wir werden alle Chancen des Vertrages nützen, um im Interesse des Volkes und des Staates zu arbeiten. Die Sozialistischen Freiheitskämpfer sind dazu da, als erste der Partei bei den kommenden Aufgaben behilflich zu sein."

An der anschließenden Debatte beteiligten sich die Genossen Passauer, Hims, Richter und Trimmel.

In seinem Schlußwort sagte Genosse Probst, daß die Entscheidung über wichtige Fragen, wie die Aufstellung der Wehrmacht, Verstaatlichung der Betriebe und andere, beim Parlament liege. Es ist unser Wille, vor allem die Betriebe zu verstaatlichen, und wir werden den Kampf gegen die ÖVP aufnehmen. Genosse Trimmel stellte den Antrag, anläßlich der Gedenkfeier in Mauthausen ein Telegramm an die Botschafterkonferenz der vier Mächte von Mauthausen aus zu senden. Nachstehende Resolution, mit deren Abfassung die Genossen Fleck und Trimmel beauftragt wurden, wird von der Versammlung einstimmig angenommen.

Elf Jahre lang haben die im Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus zusammengeschlossenen österreichischen Sozialisten gegen den Faschismus in unserem Lande gekämpft. Als Schutzbündler, revolutionäre Sozialisten und Widerstandskämpfer haben sie aktiv den Kampf um ein freies, unabhängiges, demokratisches Österreich geführt, sind sie für dieses hohe Ziel in die Kerker und Konzentrationslager gegangen und zu Tausenden an den Galgen, in den Hinrichtungsstätten und Gaskammern der Faschisten eines grausamen Todes gestorben.

Heute, am Ende eines Jahrzehntes, am Beginn des elften Jahres nach der Befreiung unseres Landes, treten die Vertreter der vier Besatzungsmächte in Wien zu einer Konferenz zusammen, um über die endgültige Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages zu beraten.

Der Bund der Sozialistischen Freiheitskämpfer begrüßt die Konferenz der Botschafter und richtet an sie den eindringlichen Appell, alles daranzusetzen, um den Abschluß des Staatsvertrages in kürzester Zeit zu ermöglichen. Er erinnert daran, daß der Freiheitskampf der österreichischen Sozialisten einen wesentlichen Beitrag zu den Zielen der Alliierten darstellt, aus dem sich nach unserer Meinung die Verpflichtung ergibt, unserem Lande die so lange vorenthaltene politische und wirtschaftliche Freiheit und Unabhängigkeit zu geben, die uns nach der Moskauer Deklaration zusteht. An dem Tage, wo sich die Sozialistischen Freiheitskämpfer an der Gedenkstätte der Opfer in Mauthausen versammelt haben, um derer zu gedenken, die für die Freiheit Europas ihr Leben lassen mußten, glauben wir einen besonderen Anlaß zu haben, diesen Appell an die Konferenz zu richten.

Der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer hofft, daß die in Moskau so verheißungsvoll wiederaufgenommenen Verhandlungen in Wien erfolgreich beendet werden.

Dann übernahm Genossin Jochmann den Vorsitz und erteilte Genossen Mark das Wort.

Der zehnte Jahrestag des Wiederauflebens unserer Unabhängigkeit läßt es geboten erscheinen, einen Rückblick auf die Gesetzgebung im Interesse der Opfer des Faschismus über diese Zeit zu geben. Schon am 10. Mai 1945 wurde ein Gesetz zur Erfassung arisierten Eigentums erlassen, am 17. Juli das Opferfürsorgegesetz 1945. Dann wurde am 6. März 1946 die Befreiungsmannstiege erlassen und am 26. Juli das 1. Rückstellungsgesetz beschlossen. Damit beginnt die Rückstellungsgesetzgebung, die abgrenzt zwischen der Zeit 1934 bis 1938 und 1938 bis 1945. Die Gesetze, die zur Wiedergutmachung der in der austrofaschistischen Zeit entwendeten Vermögenswerte bestimmt sind, werden als Rückgabegesetze bezeichnet, die für die Zeit von 1938 bis 1945 bestimmten als Rückstellungsgesetze. Dieser Unterschied soll die Gleichartigkeit in der Behandlung im Ausdruck verwischen. Am 6. Februar 1947 wird das 2. und 3. Rückstellungsgesetz (letzteres das entscheidende für die Rückgabe arisierten Vermögenswerte) und das 1. Rückgabegesetz beschlossen. Dieses bezieht sich vor allem auf die der Partei vor 1934 gehörigen Heime und Liegenschaften. Am 12. Juni wird das Sozialversicherungsüberleitungsgesetz mit seinen für die Opfer besonders bedeutsamen Bestimmungen beschlossen.

Am 21. Mai folgt das 4. Rückstellungsgesetz, am 3. Juli das Gesetz über die Privilegierung des Bundes der politisch Verfolgten, am 4. Juli das Wiedereinstellungsgesetz und das neue, weitgehend reformierte Opferfürsorgegesetz 1947, das allerdings schon am 18. Dezember zum erstenmal novelliert werden mußte. 1948 folgt das Gräbergesetz, das die Gräber von Opfern der staatlichen Obsorge überstellt, am 13. November 2. Opferfürsorgegesetznovelle, am 9. Februar 3. OFG-Novelle, am 23. Februar das Gesetz über die Liquidierung des Bundes der politisch Verfolgten, das durch die 1948 erfolgte Auflösung des Bundes notwendig wurde. Am 22. Juni folgt das 5. Rückstellungsgesetz und am 30. Juni das 6., am 14. Juli das 7. Rückstellungsgesetz, bedeutsam vor allem für die in der NS-Zeit geschädigten Dienstnehmer. Am selben Tag wird das 3. Rückgabegesetz für die aus der austrofaschistischen Zeit geschädigten Dienstnehmer und die 4. Opferfürsorgegesetznovelle beschlossen. Am 25. Oktober 1950 folgt die 5., am 25. Juli 1951 die 6. und am 18. Juli 1952 die 7. OFG-Novelle. Letztere bringt uns die Haftentschädigung. Am selben Tag wird auch das Gesetz über die Beamtenentschädigung beschlossen. 1953 wird am 8. Juli in der 8. OFG-Novelle die Haftentschädigung auf die im Ausland befindlichen Opfer erweitert. Am 16. Dezember regelt ein Gesetz die Anerkennung von Ehen, die in der NS-Zeit aus politischen oder rassistischen Gründen gestört wurden oder nicht zustande kamen. Am 19. August 1954 haben wir schließlich die 9. OFG-Novelle. Daneben gibt es eine Reihe von Rückstellungsanspruchsgesetzen, die besonders für die Wiedergutmachung des Verbänden und Organisationen zugefügten Unrechts in Betracht kommen.

Wenn Genosse Kukil von dem Kampf unserer deutschen Genossen um die Präambel des deutschen Entschädigungsgesetzes gesprochen und verlangt hat, daß die Feststellung »Wer Widerstand geleistet hat, hat rechtens gehandelt« im Gesetz selbst verankert werde, so steht unsere Gesetzgebung auf diesen Gebieten von vornherein auf dem Standpunkt, daß der Staat den Opfern gegenüber Verpflichtungen hat.

Die Liste der Gesetze zeigt den Umfang der auf diesem Gebiete bisher vorhandenen Gesetzgebung, aber trotzdem müssen wir feststellen, daß noch nicht alle Notwendigkeiten erfüllt sind. Seit Jahren verlangt das Parlament, daß in einer abschließenden Novelle alle vorhandenen Härten beseitigt und allen Notwendigkeiten Rechnung getragen wird. Die zuständige Abteilung des Sozialministeriums war bisher nicht imstande, dieses Verlangen zu erfüllen. Wir wollen heute feststellen, daß eine Reihe von Veränderungen im OFG vorgenommen werden müssen.

Im § 1 muß der Termin 9. Mai 1954 und die Frage der Kausalität des Todes fallen. Die Differenzierung zwischen Kämpfern und Opfern muß einer einheitlichen Definition weichen. Die Minderung der Erwerbsfähigkeit soll in Übereinstimmung mit anderen Gesetzen mit 50 Prozent abgegrenzt werden. In der Frage der Minderung des Einkommens soll neben die Minderung und die Hälfte einer Minderung unter einen Mindestsatz von 130 RM gestellt werden. Volksdeutsche Kämpfer und Opfer müssen den Inländern (200 S) gleichgestellt werden.

Im § 3 soll festgestellt werden, wie der Kreis der Amtsbescheinigungsträger abgegrenzt werden soll, beim Opferausweis muß es möglich sein, daß die Kumulierung verschiedener, nicht zur Gänze erfüllter Erfordernisse eingebaut wird.

Im § 4 muß die Einreichungsfrist nicht nur wieder eröffnet werden, sondern sie soll ganz fallen. Von besonderer Bedeutung wäre die Neugestaltung des § 11 über den Rentenbezug, der das Rentenwesen auf eine neue Grundlage stellen soll. Neben die Opferrente, die sich auf die Grundrente der Kriegsopferversorgung stützt, sollte eine Unterhaltsrente treten, die die heute bestehenden Zusatzrenten und Unterhaltsrenten zusammenfaßt. Schließlich sollen im Gesetz auch die Rechte jener Opfer, die eine ausländische Staatsbürgerschaft annehmen mußten, geregelt und auch die Stellung der OFS-Kommission und der Rentenkommission den Bestimmungen der Verfassung angepaßt werden.

Über alle diese Fragen und auch über die Forderungen der Beamten auf der einen Seite, über die Fragen des Partei- und des Gewerkschaftsvermögens und des Vermögens der DAF auf der anderen Seite wurden seit Jänner Verhandlungen zwischen einem Komitee unseres und einem Komitee des ÖVP-Klubs geführt, die praktisch zu einer weitgehenden Annäherung geführt haben. Bei einer Berichterstattung darüber im ÖVP-Klub hat Raab die ganze Sache geworfen. Das dürfte auf eine Differenz zwischen Maleta und Raab zurückzuführen sein, weil Maleta diese Verhandlungen als Obmann des ÖVP-Klubs ohne vorherige Genehmigung Raabs geführt hat. Wir Sozialisten werden alles daransetzen, trotz allem den ganzen Fragenkomplex noch in der Frühjahrssession zur Diskussion zu stellen."

In der Diskussion zu dem Referat des Genossen Mark meldeten sich die Genossen Schlesinger, Krell, Bernstein, Blau, Labek und Wolken.

Genosse Mark führte in seinem Schlußwort aus, daß die geäußerten Wünsche und Anregungen aufgegriffen werden und bei der Novellierung berücksichtigt werden sollen, soweit sie durchsetzbar sind.

Genosse Bubenik brachte im Namen des Wahlkomitees folgenden Vorschlag für den Bundesvorstand: Franz Adelpoller, Robert Blau, Karl Blei, Franz Fleck, Friedrich Flußmann, Franz Heigelmayer, Ernst Hein, Ludwig Heinemann, August Jaroschik, Rosa Jochmann, Wilhelm Krell, Karl Mark, Rudolfne Muhr, Helene Potetz, Hans Schiller, Rudolf Trimmel, Dr. Otto Wolken, Fritz Robak, Eisenstadt, Hans Richter, Kärnten, Ziegelwanger, Niederösterreich, Franz Labek, Oberösterreich, Josef Voithofer, Salzburg, Emanuel Mosel, Steiermark, Hermann Lackner, Steiermark, Walter Gerstenbräun, Tirol.

Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Genossin Jochmann dankte im Namen des Bundesvorstandes für die Wiederwahl.

Dem ausscheidenden Genossen Miksch wurde für seine erspriessliche Arbeit im Bundesvorstand herzlichst gedankt.

Dann folgte das Schlußwort der Genossin Jochmann: »Wir haben eine schöne und würdige Feier abgehalten. In dem Bericht ist die Vielfältigkeit unserer Aufgaben über geleistete Arbeit zum Ausdruck gekommen. Wir haben im abgelaufenen Jahr viel Erspriessliches durchsetzen können und den Geschädigten geholfen. Wir werden auch im kommenden Jahr unsere ganze Kraft dafür einsetzen, den Opfern des Faschismus zu helfen, und es ist unsere Absicht, die gesetzlichen Grundlagen, insbesondere mit der geplanten Novelle, zu schaffen. Ich glaube auch sagen zu können, daß wir sozialistischen Freiheitskämpfer mit besonderem Nachdruck für die Freiheit Österreichs gekämpft haben und unseren Lohn gemeinsam mit unserer Partei ernten: die Befreiung Österreichs von den Besatzungsmächten! Wir grüßen die Widerstandskämpfer der anderen Länder, die gleich uns Opfer des Faschismus geworden sind, und wir grüßen alle Sozialisten, die heute für die Sache des Rechts unter den Diktaturen ihrer Freiheit beraubt sind. Möge auch für sie die Stunde der Freiheit wieder schlagen!«

Die Tagung wurde um 17.50 Uhr mit dem »Lied der Arbeit« geschlossen.

Nach der Hauptversammlung fand die konstituierende Sitzung des Bundesvorstandes statt. Es wurden gewählt: Obmann: Genossin Rosa Jochmann, Obmannstellvertreter: die Genossen Karl Mark, Rudolf Trimmel und Hans Richter, Schriftführer: Genosse Franz Fleck, Schriftführerstellvertreter: Genosse Wilhelm Krell, Kassier: Genosse Friedrich Flußmann, Kassierstellvertreter: Genossin Rudolfine Muhr.

Verantwortlich für die Verbrechen in Auschwitz

Auschwitz ist jenes Konzentrationslager des Hitlerfaschismus, das die meisten Opfer gefordert hat. Nach vorsichtigen Schätzungen wurden im Laufe der etwa viereinhalb Jahre des Bestehens dieses Lagers dort rund vier Millionen Menschen ermordet. Es gibt keinen Ort auf der ganzen Welt, an dem in einer so kurzen Zeit eine solche Fülle von Verbrechen begangen worden ist.

Wenn man von den Schuldigen an diesen Verbrechen spricht, so denkt man gewöhnlich neben den Hauptverantwortlichen der Politik des Dritten Reiches vor allem an die SS-Offiziere und SS-Leute, die dort in furchtbarer Weise gewütet haben. Darüber darf aber nicht vergessen werden, daß es Männer gibt, die persönlich vielleicht niemals einen Häftling geschlagen haben — manche von ihnen haben oft überhaupt keinen einzigen aus der Nähe gesehen —, die aber trotzdem eine Hauptverantwortung an den unsäglichen Verbrechen in Auschwitz tragen — und die durch diese Verbrechen in unerhörtem Ausmaß profitierten. Es handelt sich vor allem um die leitenden Direktoren und Funktionäre der großen Industriekonzerne des Dritten Reiches, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem KZ Auschwitz Industrieunternehmungen gründeten und sie durch Sklavenarbeiter betrieben haben.

In erster Linie ist hier die IG-Farben zu nennen. Sie hat in Monowitz eine moderne Buna-Fabrik errichtet, bei deren Planung schon die billigen Arbeitskräfte des nahegelegenen Auschwitz eine entscheidende Rolle spielten. Und die IG-Farben hat schließlich auch das Giftgas „Cyklon B“ nach Auschwitz geliefert und daraus gewaltige Gewinne erzielt.

Da ist zum Beispiel Otto Ambros, geboren am 19. Mai 1901 zu Weiden in Bayern, von Beruf Professor der Chemie, von 1938 bis 1945 Mitglied des Vorstandes und verschiedener Ausschüsse der IG-Farben, ferner Betriebsführer der Bunawerke in Auschwitz und anderer Betriebe der IG-Farben, Mitglied der Nationalsozialistischen Partei, Wehrwirtschaftsführer, Leiter des Sonderausschusses für chemische Kampfmittel und der Hauptausschüsse für Pulver und Sprengstoffe beim Rüstungsamt. Ihm wurde das Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz verliehen.

In einem vertraulichen Schreiben stellt dieser Dr. Ambros am 3. April 1941 fest, daß der Auftrag erteilt worden ist, zwischen Auschwitz und Monowitz ein Werk zur Erzeugung von Buna zu errichten.

„Sämtliche staatlichen und SS-Dienststellen, die in dem Gebiete um Auschwitz eine bestimmte Aufgabe zu erfüllen haben, haben Anweisung erhalten, das Bauvorhaben in jeder erdenklichen Weise zu fördern“.

heißt es wörtlich in diesem Brief.

Bei der Gründungssitzung des Werkes Auschwitz am 7. April 1941 in Kattowitz teilte Dr. Ambros bei der Schilderung des Aufbaues des Werkes mit, daß für die Bauzeit auf Grund eines Befehles des Reichsführers-SS eine weitgehende Unterstützung durch das KZ Auschwitz in Aussicht gestellt würde. Er stellte ausdrücklich fest, daß die IG-Farben mit dem Aufbau dieses Werkes eine hohe Pflicht erfülle, auf ihre Weise mitzuwirken und alle Kräfte einzusetzen, damit diese Industrie-Gründung zu einem festen Eckpfeiler für ein kräftiges, gesundes Deutschland im Osten werde.

Es ist den damaligen Häftlingen von Auschwitz und

besonders von Buna sehr wohl bekannt, daß sich die Leitung der IG-Farben mehrmals dafür eingesetzt hat, im Lager häufigere Selektionen durchzuführen und die körperlich schwachen Häftlinge zur Vergasung zu schicken, damit sich die Arbeitsleistung im Werk durch noch kräftige Neuzugänge steigern.

Vor den Militärgerichten der Vereinigten Staaten fand in Nürnberg ein Prozeß gegen die IG-Farben statt. In diesem Prozeß wurde unter anderem Doktor Otto Ambros zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil wurde 1948 auf Grund mehrerer Delikte ausgesprochen, vor allem wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Heute ist Herr Dr. Otto Ambros nicht nur frei, sondern Aufsichtsratsmitglied bei der Bergwerksgesellschaft Hibernia AG, Herne, bei den Süddeutschen Kalkstickstoffwerken AG, Trostberg, und bei Grünzweig & Hartmann AG, Ludwigshafen. Er lebt derzeit in Mannheim.

Als Direktor und Bauleiter des Werkes Auschwitz war ihm Walter Dürfeld unterstellt, der am 24. Juni 1899 in Saarbrücken geboren ist. Dürfeld, von Beruf Ingenieur, war von 1932 bis 1941 Chefingenieur bei den Leuna-Werken, wurde später Bauleiter für das IG-Werk Auschwitz und ab 1944 auch Direktor dieses Betriebes. In dem vertraulichen Rundschreiben des Dr. Otto Ambros vom 3. April 1941, das wir bereits zitiert haben, ist ausdrücklich festgestellt worden, daß die Zusammenfassung der Gesamtplanung der „IG-Farben-Industrie AG, Werk Auschwitz“ — wie der offizielle Titel des Bunawerkes in Monowitz lautete — durch Herrn Oberingenieur Dr. Dürfeld erfolge. In dieser Funktion war er mit einer ungeheuren Macht ausgestattet, was sowohl aus zahlreichen Dokumenten als auch aus Beobachtungen vieler ehemaliger Häftlinge hervorgeht.

Auch stellt Dr. Ambros in einem Brief, den er am 12. April 1941 an den Direktor der IG-Farben Ter Meer richtet, fest, daß sich — im Zusammenhang mit dem Aufbau des Bunawerkes

„...unsere neue Freundschaft mit der SS sehr segensreich auswirkt. Anlässlich eines Abendessens, das uns die Leitung des Konzentrationslagers gab, haben wir weiterhin alle Maßnahmen festgelegt, welche die Einschaltung des wirklich hervorragenden Betriebes des KZ-Lagers zugunsten der Bunawerke betreffen.“

Dürfeld war nicht nur über alle Vorgänge und den Massenmord im Lager Monowitz genau orientiert, sondern er hat entscheidend mit dazu beigetragen, daß die Zahl der in diesem Lager Ermordeten so groß wurde. Mehrfach liegen schriftliche Anweisungen an die Meister der IG vor, in denen aufgefordert wird, im Falle des mangelnden Arbeitseifers eines Häftlings sofort Meldung an die SS-Kommandantur zu erstatten. Selbstverständlich mußte Dürfeld im Bilde darüber sein, daß eine solche Meldung in der Regel einem Todesurteil gleichkam. Auch das mehrfache Drängen, das erreichen sollte, daß die SS-Kommandantur noch häufiger als üblich Selektionen durchführte und die körperlich schwachen Häftlinge durch noch kräftige Neuzugänge austausche, ist nur von Dürfeld selbst ausgegangen oder mit seinem Wissen und Einverständnis möglich gewesen. Auch hier kann kein Zweifel bestehen, daß Dürfeld völlig im klaren darüber sein mußte, daß die körperlich schwachen Häftlinge,

**Verteidigung allein
hat noch nie zu einem Erfolg geführt**

die bei diesen Selektionen abgesondert worden sind, in die Gaskammer von Birkenau transportiert wurden.

Aus all diesen Gründen, wenn auch nicht nur aus diesen, wurde Walter Dürfeld vom Militärgericht der Vereinigten Staaten im IG-Farben-Prozeß in Nürnberg schuldig befunden und zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde besonders hervorgehoben, daß Dürfeld gemeinsam mit Ambros und Bütefisch in erster Linie unmittelbar für die Errichtung des Auschwitzer Betriebes verantwortlich war. Dürfeld führte die allgemeine Oberaufsicht über die Arbeit in diesem Lager, machte häufig Besichtigungsreisen, bei denen er die Häftlinge bei ihrer Arbeit beobachten konnte, und erledigte auch im Zuge von direkten Verhandlungen mit dem SS-Lagerkommandanten Hoess die Frage des Arbeitseinsatzes von Häftlingen.

Heute ist Walter Dürfeld, der in Gelsenkirchen-Buer wohnt, Vorstandsmitglied der Scholven-Chemie AG in Gelsenkirchen-Buer.

Auch Heinrich Bütefisch, am 24. Februar 1894 in Hannover geboren, Ingenieur mit dem Spezialfach der physikalischen Chemie, wurde von dem amerikanischen Militärgericht als direkter Verantwortlicher an den Verbrechen bezeichnet, die im IG-Farben-Lager Buna ausgeführt wurden. Seit 1930 ist Bütefisch Vorstandsmitglied der IG-Farben und Mitglied zahlreicher Ausschüsse, wobei er besonders auf dem Gebiete der Chemikalien und Sprengstoffe spezialisiert ist. Bütefisch war nicht nur Mitglied der NSDAP, sondern auch SS-Obersturmbannführer und zählte zum Freundeskreis Himmlers.

Bütefisch war Sachverständiger für die Brennstoff-erzeugung und hat nach eigener Aussage Auschwitz etwa zweimal jährlich besucht, um sich über den Fortschritt des Bauprojektes der IG-Werke zu orientieren. Als enger Mitarbeiter von Dürfeld und direkter Untergebener von Ambros hat er nicht nur volle Kenntnis von den Verbrechen gehabt, die oben geschildert wurden, sondern er ist auch als leitender Funktionär der IG-Farben für diese mitverantwortlich. Außerdem war er es, der den Erwerb des Kohlenbergwerkes in Fürstengrube betrieb und Vorsitzender des Aufsichtsrates einer neuen, von der IG-Farben geleiteten Gesellschaft mit dem Namen „Fürstengrube GmbH“ wurde. In Fürstengrube wurden ebenfalls Häftlinge des KZ Auschwitz bei der Arbeit verwendet. Dabei stellte das amerikanische Militärgericht fest, daß Fürstengrube ebenso wie Buna ein vollkommen privates Unternehmen der IG-Farben war. Die dort tätigen Organe der IG-Farben hatten weitgehende Handlungsfreiheit und Gelegenheit zu eigener Initiative. Heinrich Bütefisch wurde in dem Prozeß vor dem amerikanischen Militärgericht zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt.

Heute ist aber Heinrich Bütefisch Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Gasolin AG, Berlin, und der Feldmühle, Papier- und Zellstoffwerke AG, Düsseldorf, und Leiter des technischen Expertenausschusses der internationalen Konvention der Stickstoffindustrie. Er lebt derzeit in Essen.

Fritz Ter Meer, am 4. Juli 1884 in Ürdingen am Niederrhein geboren, von Beruf Chemiker, ist seit dem Jahre 1926 Vorstandsmitglied der IG-Farben gewesen. Gleichzeitig war er Mitglied und auch Vorsitzender mehrerer Ausschüsse. Er war auch Mitglied der NSDAP und Wehrwirtschaftsführer.

Vom amerikanischen Militärgericht wurde er als der hervorragendste technische Sachverständige der IG-Farben bezeichnet, der beträchtlichen Einfluß auf die allgemeine Geschäftsführung hatte. Im November 1940 beauftragte das Reichswirtschaftsministerium Ter Meer, gemeinsam mit Ambros, dessen unmittelbarer Vorgesetzter Ter Meer war, ein geeignetes Gelände für die Errichtung einer neuen Buna-Fabrik auszusuchen. Ambros legte ihm daraufhin den Plan zur Errichtung dieses Werkes in unmittelbarer Nähe des KZ Auschwitz vor, wobei für diese Ortswahl die faktisch unerschöpflich große Zahl der Sklavenarbeiter des KZ ausschlaggebend war, was aus zahlreichen Dokumenten hervorgeht. Ter Meer, der mehrmals das Lager besichtigte,

erklärte selbst, daß Hoess ursprünglich nicht geneigt war, ihm so viele Häftlinge zur Verfügung zu stellen, als er anforderte. Ter Meer war, wie das amerikanische Militärgericht feststellte, an „höchster Stelle“ tätig, um die erforderliche Anzahl von Häftlingen für die Arbeit in den IG-Werken zu bekommen. Weiter stellte dieses Gericht fest: „Wir haben keinen Zweifel daran, daß die in der Bauleitung tätigen Angestellten der IG über das hinausgegangen sind, was wegen des von Regierungsbeamten ausgeübten Druckes getan werden mußte, und daher mit Recht beschuldigt werden können, aus eigenem Antrieb die Verwendung von Arbeitskräften geplant und durchgeführt zu haben.“ Unter diesen Angestellten hatte Ter Meer die höchste Stellung inne. Ter Meer wurde daraufhin vom amerikanischen Militärgericht zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt.

Heute ist Fritz Ter Meer Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrates der TG Goldschmidt AG, Essen, und Aufsichtsratsmitglied des Bankverein Westdeutschland AG, Düsseldorf, der Düsseldorfer Waggonfabrik AG und der Waggonfabrik AG. Er wohnt in Krefeld.

Hermann Schmitz, am 1. Jänner 1881 in Essen geboren, Diplomkaufmann, war seit 1925 im Vorstand der IG und seit 1935 Vorsitzender dieses Vorstandes, seit 1933 Mitglied der Reichsbank und Inhaber zahlreicher anderer hoher Funktionen sowohl in Deutschland als auch im Ausland. Gleichzeitig Wehrwirtschaftsführer, wird ebenfalls vom amerikanischen Militärgericht als Hauptverantwortlicher an den unmenschlichen Verbrechen in Auschwitz bezeichnet. Häufig wird er in den Akten infolge seiner hohen Stellung als „Primus inter pares“ bezeichnet.

In seiner leitenden Funktion hat er zumindest zweimal dem Aufsichtsrat der IG Bericht über Probleme der Arbeitsbeschaffung erstattet und dabei ausgeführt, daß es notwendig wurde, dem Arbeitermangel durch Einstellung nicht nur von Ausländern und Kriegsgefangenen, sondern auch von Häftlingen des KZ abzuweichen. Schmitz wurde vom amerikanischen Militärgericht zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Heute ist Hermann Schmitz Vorsitzender des Aufsichtsrates der Rheinischen Stahlwerke.

Es ist verständlich, daß im Laufe der Untersuchungen und des Prozesses gegen die führenden Funktionäre der IG-Farben die Beschuldigten ihre Verantwortlichkeit zu leugnen oder zumindest gewaltig abzuschwächen versuchten. Trotzdem sei aus den damaligen Einvernahmen folgende kurze Stelle zitiert:

Der Angeklagte Georg von Schnitzler, der ebenfalls leitender Beamter der IG-Farben war, wurde gefragt,

Die jüdischen Forderungen an Österreich

Der Vereinigte Exekutivausschuß für Jüdische Forderungen an Österreich (Joint Executive Board for Jewish Claims on Austria) hielt am 17. Juli 1955 unter dem Vorsitz von Dr. Nahum Goldmann in Zürich eine Vollsitzung ab, bei welcher der Bericht der Verhandlungsdelegation vorlag, die vom Board im Juni nach Wien entsendet worden war.

Die Delegation berichtete über den Vorschlag der österreichischen Bundesregierung, einen auf gesetzlicher Grundlage zu bildenden Hilfsfonds für Opfer der politischen Verfolgung in Österreich zu etablieren, die sich im Ausland befinden. Das diesbezügliche Bundesfinanzgesetz, welches eine Dotierung des Fonds mit einer auf zehn Jahre verteilten Summe von 550 Millionen Schilling vorsieht, wird im Parlament zu Beginn der Herbstsession 1955 eingebracht werden.

Der genannte Fonds soll allen Auswanderern, die Opfer der politischen Verfolgung in Österreich waren und einer gewissen Hilfe bedürfen, durch einmalige Zuwendungen eine effektive Hilfe zuteil werden lassen. Rangklassen und Prioritäten werden dabei nach gerechten und sozialen Erwägungen festgelegt werden. Der Fonds wird von einem Kuratorium verwaltet werden, und die Statuten wurden bereits in Verhandlungen mit einem Beamtenkomitee der Regierung im wesentlichen ausgearbeitet.

Der Board hat diesen Vorschlag angenommen und beschlossen, davon Bundeskanzler Ing. Raab zu unterrichten. Bei dieser Besprechung mit Bundeskanzler Raab, die am 18. Juli 1955 stattfand, waren Vizeminister Dr. Schärf und Finanzminister Dr. Kamitz anwesend. Dr. Maurer gab hierbei der Erwartung Ausdruck, daß auch die Forderungen der Juden in Österreich eine zufriedenstellende Regelung finden werden.

ob er seine Angestellten nicht befragt habe, wozu das Giftgas, das nach Auschwitz und nach anderen Konzentrationslagern in so großen Mengen geliefert wurde, verwendet wird. Schnitzler antwortete darauf, daß die Angestellten sagten, sie wissen, daß dieses Gas zur Ermordung von Menschen verwendet werde, die in den Konzentrationslagern gehalten wurden. Ein Direktor der IG-Farben in Auschwitz bestätigte ihm direkt, daß sowohl er wie alle anderen Direktoren dort völlig über den Zweck des Giftgases unterrichtet waren.

Daß sich die leitenden Direktoren der IG-Farben während des Dritten Reiches nicht so behutsam und vorsichtig ausdrückten wie zur Zeit des IG-Farben-Prozesses, mögen folgende kurze Zitate aus einem Briefwechsel, der von der IG-Farbenindustrie mit der Kommandantur Auschwitz geführt und dort bei der Befreiung des Lagers vorgefunden wurde, beweisen:

„In Hinblick auf Experimente mit einem neuen Schlafmittel wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns eine Anzahl von Frauen besorgen wollten“,

schrrieben die Herren der IG-Farben an den Kommandanten des KZ Auschwitz. Und später schrieben sie diesbezüglich:

„Wir erhielten Ihre Antwort, sehen jedoch den Preis von 200 RM pro Frau als übersetzt an. Wenn Sie damit einverstanden sind, werden wir die Frauen kommen lassen. Wir benötigen annähernd 150.“

Diese nüchterne Geschäftskorrespondenz wird folgendermaßen fortgesetzt:

„Die bestellten 150 Frauen erhalten. Trotz ihres kümmerlichen Zustandes werden sie als genügend erachtet...“

Und schließlich kann man folgendes Zitat diesem Briefwechsel entnehmen:

„Die Versuche sind vorgenommen worden. Die Versuchsobjekte sind gestorben. Wir werden Sie in Kürze betreffend einer neuen Lieferung benachrichtigen.“

Das ist das wahre Gesicht dieser „Herren“, die persönlich keinen Häftling ermordet oder auch nur geschlagen haben, von denen manche vielleicht niemals ein KZ sahen.

In seinem Schlußplädoyer im IG-Farben-Prozess sagte der amerikanische General Taylor:

„Sollte die Schuld dieser Angeklagten nicht ans Tageslicht gezogen und sie nicht entsprechend bestraft werden, so werden sie für den künftigen Frieden der Welt eine größere Gefahr darstellen als seinerzeit Hitler.“

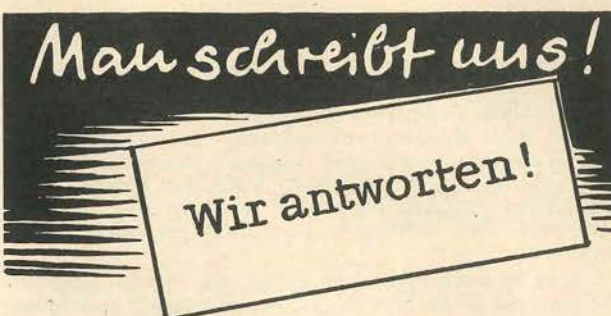
Italiens Juden ehren ihre Retter

Es ist viel zu wenig bekannt geworden, mit welchem Elan der Hilfsbereitschaft weiteste Kreise der italienischen Bevölkerung und insbesondere der katholische Klerus Italiens während des Krieges alles daransetzten, den durch die deutsche Ausrottungspolitik am Leben bedrohten Juden zu helfen. Wenn gerade die jüdischen Gemeinden Italiens verhältnismäßig weniger von den Verfolgungsmaßnahmen der Nationalsozialisten getroffen worden sind als die Juden anderer europäischer Länder, so war dies in erster Linie der brüderlichen Hilfsbereitschaft der ganzen Bevölkerung zu danken, die den Verfolgten Schutz und Asyl bot, wo dies nur immer möglich war.

In diesen Tagen hat die italienische Judenschaft ihren Rettern von damals in symbolischer Weise ihren Dank abzustatten versucht, indem einer Anzahl von Italienern, die sich in jenen Schreckenstagen besondere humanitäre Verdienste erworben, goldene Ehrenmedaillen verliehen wurden. Es war eine ergreifende Zeremonie, die aus diesem Anlaß in Mailand stattfand.

Nicht alle von den dreißig Goldmedaillen konnten an noch Lebende verliehen werden. So mußte die Witwe Cyril Kotniks die Auszeichnung an Stelle ihres dahingegangenen Gatten entgegennehmen, von dem man aus der Begründung der Verleihung erst erfuhr, wie heldenhaft dieser junge slawische Diplomat sich für die italienischen Juden eingesetzt hat. Als Attaché der jugoslawischen Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl verwendete sich Kotnik unermüdlich für die Rettung der bedrohten Juden jeglicher Nationalität, so lange, bis die Deutschen ihn selbst — ungeachtet seiner diplomatischen Immunität — ins Gefängnis warfen. Kotnik erlitt während seiner Haft so schwere Mißhandlungen, daß er einige Zeit nach der Befreiung Roms durch die Alliierten starb.

Persönlich konnte hingegen General Giuseppe Pieche die ihm zugedachte Ehrung entgegennehmen. Pieche kommandierte die italienischen Karabinieri in dem damals noch italienischen Abbazia. Ihm gelang es dank seiner außerordentlichen Tatkraft und Entschlossenheit, die Auslieferung von 3000 kroatischen Juden an die Ustascha zu verhindern



Ein Brief aus Deutschland

Der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hat an den Parteivorstand der SPD das nachfolgende Schreiben gerichtet:

„Wir haben aus der Presse entnommen, daß Bundeskanzler Adenauer im Bundestag die Behauptung aufstellte, Hitler sei nirgends mit einem solchen Jubel empfangen worden als gerade bei uns in Österreich.“

Wir bedauern diese Feststellung nicht nur deshalb, weil sie die tatsächliche Situation entstellt, sondern auch deshalb, weil sie ganz sicher nicht dazu beiträgt, daß die freundschaftlichen Beziehungen in der Welt gefördert werden.

Wir können und wollen nicht abstreiten, daß tatsächlich Hitler und sein Gefolge in Wien und überall dort, wo sie sich zur Schau stellten, mit Jubel empfangen worden sind. Aber ebenso richtig ist es, daß dies nur ein ganz kleiner Teil der österreichischen Bevölkerung war, der glaubte, Ursache zum Jubel zu haben. Ein weitaus größerer Teil aber saß — soweit er sich nicht bereits in den Händen der Gestapo befand — zu Hause in den Wohnungen und bedauerte zutiefst, daß solches geschehen konnte. Man möge es uns nicht als Sentimentalität auslegen, wenn wir sagen, daß damals Männer und Frauen — und unter ihnen viele, die vorher und nachher bewiesen haben, daß sie um der Freiheit willen bereit waren, alles aufs Spiel zu setzen — zu Hause darüber weinten, daß diese Schmach über unsere Heimat gekommen war.

Dies sind Tatsachen. Es ist daher eine Behauptung, die bei Unwissenden oder bei der Jugend den Anschein

und diese 3000 Menschen dadurch vor dem sicheren Tod zu retten. Entgegen allen Widerständen von kroatischer und von deutscher Seite setzte Pieche durch, daß diese Unglücklichen in ein Lager nach Italien abgeschoben wurden, wo ihnen niemand ein Haar krümmte und wo sie völlig ungefährdet das Ende des Krieges abwarten konnten.

Besonders interessant ist der Fall des Kapuzinerpaters Benedetto Maria, der ebenfalls zu den von den jüdischen Gemeinden mit einer Goldmedaille Ausgezeichneten zählt. Padre Benedetto war von 1940 bis 1942 in den Klöstern der französischen Riviera tätig und arbeitete in dieser seiner Eigenschaft aktiv mit den jüdischen Hilfskomitees in Marseille, Cannes und Nizza zusammen, wobei es ihm gelang, zahllose Juden in Sicherheit zu bringen. Als er dann im Herbst 1943 seine Tätigkeit nach Rom verlegte, machte er aus seinem Kloster eine Zentralstelle des illegalen jüdischen Hilfswerkes, und er setzte sich mit solchem Eifer für die Verfolgten ein, daß er sich bald den Ehrennamen eines „Vaters der Juden“ erwarb.

Als die Alliierten in Rom einzogen, ereignete sich eine Szene, die wohl ohne Beispiel in der Geschichte dastehen dürfte: Bei der feierlichen Wiedereröffnung der römischen Synagoge betrat Pater Benedetto Maria die Kanzel und stimmte vor der gesamten jüdischen Gemeinde einen Dankgesang zu dem gemeinsamen Gott beider Bekenntnisse an.

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen mitgearbeitet:

Robert Blau, Karl Czernetz, Franz Fleck, Paul Grabatsch, Martel Gerteis, Peter Griebichler, Max Kukil, Walter Mayer, Hermann Mörrth, M. T. Normann, Rudolf Trimmel, Ernst Zipperer.

erweckt, als ob alle oder auch nur ein größerer Teil zu Hitler und der furchtbaren Zeit „ja“ gesagt hätten, ebenso unwahr als etwa die Meinung, das deutsche Volk habe die nationalsozialistische Machtergreifung durch Hitler in seiner Gesamtheit bejaht.

In den Konzentrationslagern und Gefängnissen saßen tausende und aber tausende deutsche Männer und Frauen, und es bleibt ewig wahr, daß gerade unsere deutschen Freunde die ersten gewesen sind, die den Ansturm der Barbaren über sich ergehen lassen mußten.

Mag es auch Menschen geben, die bewußt oder unbewußt die furchtbare Vergangenheit falsch beurteilen; wenn die Geschichte dieser Zeit einmal geschrieben wird, dann wird sie davon künden, daß Menschen verschiedener Weltanschauung und aus allen Schichten der Bevölkerung, allen Glaubensbekenntnissen, allen Rassen und Nationen einen heroischen Kampf gegen die grausamste aller Zeiten geführt haben.

Unsere tiefe Verbundenheit, die die Gefangenen Hitlers aus allen Ländern in den Konzentrationslagern und Kerkern umschloß, hat sich, da wir frei sind, nur gefestigt. Und auch heute gilt unser Kampf jenen Elementen, die Demokratie und Freiheit neuerdings bedrohen. Unsere Verbundenheit aber erfährt ihre Weihe durch die Tatsache, daß wir gemeinsam unzählige Opfer zu beklagen haben, die uns für immer mahnen und verpflichten!

Gerade in dieser Stunde ist es uns ein Bedürfnis, unsere Einladung an Euch — wir werden sie auch an die Freunde der anderen Länder ergehen lassen — zu wiederholen. Wir haben keinen anderen Wunsch, als daß im Jahre 1956 wirkliche Widerstandskämpfer in großer Zahl zu uns als Gäste kommen mögen.

Wir bitten Euch, unsere freundschaftlichsten Grüße zu empfangen und wir sind heute schon davon überzeugt, daß eine gewaltige Kundgebung mit dazu beitragen wird, dem Frieden der Welt zu dienen.

Mit Freundschaftsgruß!

Der Obmannstellvertreter:	Der Obmann:
Karl Mark	Rosa Jochmann

*

Unsere deutschen Genossen haben auf dieses Schreiben mit einem Brief vom 11. August 1955 geantwortet, den wir im ganzen Wortlaut ebenfalls veröffentlichen.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir bestätigen dankend den Empfang Eures Schreibens vom 28. Juni d. J. — Die Darstellung in Eurer Presse über die Ausführungen des Bundeskanzlers Dr. Adenauer im Deutschen Bundestag entspricht den Tatsachen. Er hat in der 89. Sitzung vom 21. Juni 1955, nachdem unser Genosse Prof. Dr. Carlo Schmid die Haltung der Bundesregierung beziehungsweise des Außenministers in der Frage des österreichischen Staatsvertrages kritisiert hat, nach dem Wortprotokoll des Bundestages, Seite 4993, unter anderem erklärt:

„Nirgendwo ist ja Hitler so begeistert aufgenommen worden wie in Wien!“

Das amtliche Protokoll verzeichnet nach diesen Ausführungen:

Beifall rechts — Unruhe bei der SPD — Abgeordneter Mellies (SPD): „Wissen Sie eigentlich, was Sie anrichten?“ — Weiterer Zuruf von der SPD: „Das war eine staatsmännische Leistung!“

Ihr wollt aus diesen Tatsachen entnehmen, wie die Mitglieder unserer Bundestagsfraktion reagiert haben. Wir sind mit Euch der Meinung, daß hier die tatsächliche Situation entstellt wiedergegeben wird. Zehntausende von Menschen in Deutschland haben ebenso wie Ihr die Schmach empfunden, die Hitler mit seinem Einmarsch in Österreich angerichtet hat. Ebenso, wie man von keiner Kollektivschuld Deutschlands sprechen kann, kann man auch nicht von einer Kollektivbegeisterung Wiens reden.

Mit tiefer Anteilnahme denke ich noch an die Feierstunde, die Ihr am 29. April 1955 im Sofiensaal

in Wien für die Opfer der Hitler-Tyrannie veranstaltet habt. Ich habe es angenehm empfunden, daß Ihr sowohl auf dieser Feierstunde als auch auf Eurer Bundeshauptversammlung am nächsten Tag der Opfer gedacht habt, die die sozialistische Arbeiterbewegung in Deutschland bereits vom Jahre 1933 an hat bringen müssen. Wir fühlen uns hier solidarisch mit all den Menschen der europäischen Staaten, die unter dem Hitler-System gelitten haben. Der Gedanke des sozialistischen Widerstandes darf nicht vergessen werden. Wir, die Überlebenden, haben die Verpflichtung, im Sinne unserer Freunde zu wirken, die für die Freiheit starben, um ihr Vermächtnis hochzuhalten.

Mit Dankbarkeit haben wir Kenntnis genommen von Eurer Einladung zu dem internationalen Treffen der Widerstandskämpfer im Jahre 1956, das von Euch veranstaltet wird. Die Einladung werden wir rechtzeitig an unsere Parteibezirke und an die Bezirksobleute der Arbeitsgemeinschaft ehemals politisch verfolgter Sozialdemokraten weitergeben, damit eine Beteiligung durch uns gewährleistet ist. Wir werden gern zu Euch kommen, um gemeinsam mit Euch und Vertretern der anderen europäischen Staaten für Frieden, Freiheit und den demokratischen Sozialismus zu demonstrieren.

Mit sozialistischem Gruß!

M. Kukil

Von Ravensbrück nicht gehört

Wir haben in der vorliegenden Nummer unserer Zeitung*) eine Suchnotiz veröffentlicht und erhalten knapp vor der Fertigstellung noch einen Brief des Genossen Müller-Jabusch an die Genossin Jochmann, den wir noch abdrucken, weil er viele Hinweise enthält, die für die Suche sehr wertvoll sein können.

Liebe Genossin Jochmann!

Meine liebe Frau, die übrigens der Rasse nach Jüdin, aber Katholikin war, wurde am 8. September 1944 in Timmenrode am Harz verhaftet, weil sie angeblich ihre jüdische Abkunft verheimlicht hatte. Sie kam zunächst in das Arbeitserziehungslager Halendorf bei den sogenannten Göring-Werken.

Im November 1944 bekam ich von ihr die Nachricht, daß sie nach Auschwitz gebracht werden solle. Wie mir jedoch eine Kameradin aus dem Arbeitserziehungslager später erzählte, ist sie von dort wieder zurückgekommen und später nach Ravensbrück gebracht worden.

Ich selbst kam als jüdisch Versippter in ein Arbeitslager. Am 25. Februar 1945 wurde ich zum Leiter des Lagers befohlen, der mir im Auftrage der Braunschweiger Gestapo mitteilte, daß meine Frau am 23. Februar 1945 an Darmkatarrh und Herzschwäche gestorben sei. Damit verband er die Mitteilung, daß ich nun ja nicht mehr jüdisch versippt sei und nach Hause gehen könnte. Wenige Tage darauf bin ich dann körperlich und seelisch zusammengebrochen.

Den Namen Ravensbrück habe ich zum erstenmal aus dem Munde dieses Mannes gehört. Vorher hatte ich von der Existenz dieses Konzentrationslagers überhaupt keine Ahnung. Ich habe damals sofort nach Ravensbrück geschrieben, um schriftliche Unterlagen zu bekommen, habe sie aber nie erhalten. Ich weiß also über die letzte Lebenszeit meiner Frau überhaupt nichts. Alle meine bisherigen Bemühungen, jemanden ausfindig zu machen, der mit ihr dort gewesen ist, sind vergeblich gewesen. Frau Hanne Heuß, die Schwiegertochter des Bundespräsidenten, die ebenfalls in Ravensbrück war, schrieb mir in einem wunderschönen Brief, daß es durchaus wahrscheinlich sei, daß die angegebene Todesursache stimme.

Wenn Sie glauben, daß die Daten, die ich Ihnen in diesem Brief gebe, mithelfen können, so bitte ich Sie, sie zu verwerten. Vor allem aber danke ich Ihnen für Ihre Bemühungen.

Maximilian Müller-Jabusch (Berlin)

* Vgl. a. a. O., S. 23: „Wir bitten um Nachricht.“



Meine Meinung zum Bundesheer

Von den vielen Briefen, die der Redaktion zugegangen sind, und die zusammen mit den Aufsätzen in der vorliegenden Nummer unserer Zeitung von der lebhaften Diskussion Zeugnis ablegen sollen, die auch in den Kreisen der Freiheitskämpfer geführt worden ist, veröffentlichen wir einen Auszug aus dem Schreiben eines Genossen, der selbst Soldat des ersten Weltkrieges gewesen ist.

Werte Genossen!

Ich würde es sehr begrüßen, wenn unser Bund eine einheitliche Stellungenahme bezöge. Als ehemaliger Soldat des ersten Krieges, dann Schutzbündler und Volkswehrfunktionär möchte ich folgende Meinung abgeben. Wir sollen die Verteidigung der Republik als Pflicht für alle Männer bejahen, nicht bloß weil wir die Neutralität, sondern weil wir auch die Republik zu verteidigen haben.

Ein parlamentarischer Verteidigungsrat, der aus den Vertretern der Parteien des Parlaments besteht, soweit jene sich als einwandfreie Republikaner und Österreicher bewährt haben, könnte die oberste Leitung der Wehrmacht sein, dem ein einziger General, als Kommandierender der Wehrmacht, direkt unterstellt ist.

Zum Schutz der bürgerlichen Rechte der im Aktivstand stehenden Soldaten und Offiziere sind Rechtskommissionen in jeder Garnisonsstadt zu errichten, die nur für militärische Dienstangelegenheiten zuständig sind, während alles übrige den bürgerlichen Gerichten unterliegt.

Der Hinweis auf die neuen und geänderten Aufgaben sowie die Ächtung des Krieges müßten beibehalten werden; nur die Verteidigung der Republik sowie der Neutralität bringt uns an das Schweizer Muster.

Auch halte ich es nicht für gut, die Soldatenräte oder Vertrauensmänner der Soldaten einzuführen, das würde nur die Gegenseite stärken; dagegen soll die Wahl eines Verteidigers oder Vertreters bei Gericht oder den Dienststellen der Wehrmacht garantiert sein.

Die Offizierswürde soll nicht nur Akademikern offen sein, sondern allen Soldaten. Ferner sollen den Offizieren von einem bestimmten Grad aufwärts besondere staatsbürgerliche Verpflichtungen auferlegt werden, damit der Ständedünkel nicht so aufkommen kann und die Zusammengehörigkeit mit dem Volke nicht verloren wird. Die Wehrmacht soll dem ganzen Volke dienen, damit sie sich dann eines Tages nicht als Kader der Feinde der Republik und des Volkes entpuppt.

Dies wäre meine Meinung; ob dabei etwas Brauchbares geformt werden kann, überlasse ich Ihnen.

Mit herzlichen Freundschaftsgrüßen

J. H. (Steyr)

WIR BITTEN

um Nachricht

Wer kennt Erna Müller-Jabusch?

Wer vermag etwas mitzuteilen über Erna Müller-Jabusch geb. Wolf aus Berlin, die in Ravensbrück angeblich am 23. Februar 1945 an Darmkatarrh und Herzschwäche starb. Wir bitten um Nachrichten entweder an das Sekretariat unseres Bundes, Wien I, Löwelstraße 18, oder direkt an Maximilian Müller-Jabusch, Berlin-Schöneberg, Hewaldstraße 10.

Schutzbündler werden gesucht

Wir veröffentlichen hiemit Namen von Schutzbündlern, die nach 1934 nach Sowjetrußland gegangen sind und von denen rückkehrende Kriegsgefangene immer wieder berichtet haben, daß jene Genossen am Leben sind.

Da aber im Polizeipräsidium im Jahre 1945 das ganze Meldeamtarchiv verlorengegangen ist, können wir nicht feststellen, in welchen Bezirken die betreffenden Genossen gewohnt haben.

Wir bitten daher alle Genossen, die sich des einen oder anderen der betreffenden Schutzbündler erinnern, uns zu schreiben oder uns ihre Adresse mitzuteilen. Wir geben neben dem Namen auch das vermutliche Geburtsjahr an.

Coufall Bruno, 1895
Kernteier Ernst, 1925
Klein Josef, 1890 (1895)
Kratochwill Rudolf, 1910
Maul Herbert, 1900 (1905)
Zöger Franz, 1900 (1905)

Wir verweisen noch auf den uns bekannten Umstand, daß Genosse Kernteier schon als Kind in die UdSSR gekommen ist, und zwar im Rahmen einer Erholungsaktion.

Wer hat Olga Welisch gekannt?

Frau Olga Welisch geb. Weiß, geboren am 16. Juli 1879 in Wien, zuletzt wohnhaft in Wien I, Lazenhof 2, wurde am 20. Mai 1942 aus rassischen Gründen nach Minsk (Rußland) deportiert. Sie ist nicht mehr zurückgekehrt und seither fehlt jede Nachricht von ihr.

Es werden Zeugen dafür gesucht, daß Frau Olga Welisch unter Berücksichtigung der Umstände im Lager selbst oder auf dem Transport den 8. Mai 1945 nicht hat erleben können.

Wir bitten alle Genossinnen und Genossen, die Olga Welisch gekannt haben oder über die Zustände in Minsk Bescheid wissen, uns zu schreiben.

Arbeiter! Angestellte!

Entlehnt Bücher der Betriebsbüchereien!

Betriebsrat!

Sorge für den Ausbau der Betriebsbücherei!

Die Betriebsbüchereien
werden betreut durch die

Reise- u. Versandbuchhandlung
des
Österreichischen
Gewerkschaftsbundes

Wien I, Hohenstaufengasse 10

und durch die

Kammern für Arbeiter und Angestellte

Aus dem Wiener Landesverband

Zwei Gedenktage

Ein Zufall will es, daß auf den 23. Juli zwei für die österreichischen Sozialisten wichtige Erinnerungstage fallen: der zwanzigste Todestag Otto Glöckels und der siebzigste Geburtstag Robert Dannebergs. Beide Genossen, unserer Erinnerung gleich teuer, waren Persönlichkeiten, die der österreichischen Arbeiterbewegung den Stempel ihres Wirkens aufgedrückt haben. Vieles von dem, was sie geschaffen haben, dauert bis in unsere Tage fort.

Mit dem Namen Otto Glöckels ist für immer die Schulreform verknüpft, die einzige, die Österreich seit

Käthe Leichter zum Gedenken

Genossin Käthe Leichter hätte am 20. August 1955 ihren 60. Geburtstag gefeiert. Wir haben aus diesem Anlaß an Genossen Otto Leichter ein Schreiben gerichtet, das wir hier im Auszug veröffentlichen.

Wien, den 12. August 1955

Sehr geehrter Genosse Leichter!

Lieber Freund!

Voll tiefer Trauer bringen wir Dir und Deinen beiden Kindern im Namen des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus anlässlich des 60. Geburtstages Deiner lieben Frau, unserer teuren unvergesslichen Genossin Dr. Käthe Leichter, unser wärmstes Mitgefühl und unsere unvergängliche Verbundenheit zum Ausdruck.

Niemals werden wir vergessen, daß Käthe Leichter lange vor der Zeit ihres Todes sterben mußte — weil sie Sozialistin gewesen ist und ihr Leben den Unterdrückten und Rechtlosen gewidmet hat. Das leidenschaftliche Herz der unermüdeten tapferen Kämpferin für den demokratischen Sozialismus wurde gewaltsam zum Stehen gebracht, trauernd und weinend haben wir 1942 zur Kenntnis nehmen müssen, daß Käthe Leichter nicht mehr ist.

Ihr Sterben war ein schwerer Schlag für die österreichische Arbeiterbewegung, und uns ist bewußt, daß wir nicht imstande sind, die Lücke auszufüllen, die ihr Tod hinterlassen hat. Aber eines wissen wir auch: Ihr Wirken und ihr Sterben gibt uns immer wieder aufs neue die Kraft, den Kampf um Freiheit und Demokratie zu führen. Ihr Beispiel spornt uns an, alles in diesem Kampfe einzusetzen, niemals wankend zu werden, was immer auch kommen mag! Der Name Leichter wird unvergesslich sein und wir betrachten es als unsere heilige Pflicht, wenn wir von der furchtbaren Zeit ohne Gnade zur Jugend sprechen, diesen Namen zu nennen und zu sagen, wer Käthe Leichter gewesen ist.

Sie war eine glückliche Gattin, eine ihre Kinder über alles liebende Mutter, eine wunderbare, alles verstehende Freundin, ein guter Mensch, eine Sozialistin, die über das eigene Glück das Wohl aller setzte. Die Jugend soll wissen, daß diese mutige Frau mit unermesslicher Würde das Leiden getragen hat, die ihr durch die furchtbare Zeit von 1934 bis zu ihrem im Jahre 1942 erfolgten Märtyrertod auferlegt wurden. Ihre Worte beim Abschied von ihren Kameradinnen im KZ Ravensbrück, als sie zum Transport geholt wurde:

„... ich glaube, man wird uns vielleicht in eine unterirdische Fabrik schicken, vielleicht werden wir schwer arbeiten müssen, aber ich glaube nicht, daß uns sonst etwas geschehen wird. Sollte es aber anders bestimmt sein, dann sagt den Genossen: So gerne ich die andere Zeit erlebt hätte, ich würde mein Leben doch nicht anders leben, wenn ich es noch einmal von vorne beginnen könnte...“

sollen unserer Jugend kunden, von der Hingabe eines Menschen, der sein Leben der großen und herrlichen Idee des Sozialismus geweiht hat. Und Käthe war es bewußt, was es heißt, im illegalen Kampf um die Freiheit zu ringen. Ihr Grundsatz und ihre innerste Überzeugung waren, daß dieser Kampf ausgefochten werden muß, trotz der Gefahren und Folgen, die dieser Kampf mit sich brachte. Sie wußte, daß „der Mensch, der Kämpfer ist, auch fallen kann!“

Wir wissen, daß wir nicht imstande sind, Dir und Deiner Familie mit Worten auch nur einen Teil der Leiden, die Ihr durch diese Zeit zu tragen hattet, nehmen zu können. Aber vielleicht liegt in der Tatsache ein bescheidener Trost, daß Euer großes Leid, das Leid aller Sozialisten ist. Was sterblich war an Käthe, konnte getötet werden; ihr Geist, ihr Wirken aber bleibt lebendig in der Arbeit der vielen sozialistischen Vertrauensleute. So lebt unsere große unvergessliche Tote ewig!

Wir werden an ihrem Geburtstag die roten Fahnen über das uns so teure Grab senken, und wir werden nie aufhören, an Käthe in Freundschaft und Dankbarkeit zu denken.

Dir und Deinen beiden Söhnen — den Kindern Käthes — aber auch Else drücken wir in dieser Stunde die Hände, und wir haben das Bedürfnis, Euch zu sagen, daß wir über alle Entfernungen hinweg uns mit Euch in unwandelbarer Freundschaft verbunden fühlen. Käthes Leben und Wirken aber ist für uns ein Vermächtnis, das wir erfüllen wollen.

Mit Freundschaftsgruß

Der Obmannstellvertreter:
Karl Mark e. h.

Der Obmann:
Rosa Jochmann e. h.

der Schaffung des Reichsvolksschulgesetzes von 1869 erlebt hat. Um dieses Werkes willen, das die Schule den Ideen einer neuen Zeit öffnete, wurde er von allen fortschrittlichen Menschen geliebt und von allen Dunkelmännern und Finsterlingen gehaßt. Glöckel war aber mehr als ein Schulmann: er war ein Volks-erzieher im besten Sinne des Wortes. Für ihn gehörten Schule und Volk zusammen: zusammen bilden sie den großen Quell, in dem die reichen und unverdorbenen Begabungen zu finden sind, die ein Volk braucht, um sich immer wieder zu erneuern.

Deshalb setzte er sich mit aller Leidenschaft, mit seiner ganzen Schaffenskraft und mit dem herrlichen Pathos seiner Rede für die Erneuerung des Schulwesens ein. Er, der einst von Lueger gemäßregelter Unterlehrer — gemäßregelt, weil er sich frühzeitig der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen hatte, weil er gegen das Privileg des Geldsackes im Bildungswesen aufgetreten war —, begann damit als Unterstaatssekretär in der Provisorischen Regierung der Ersten Republik; und er setzte dieses Werk als Geschäftsführender Präsident des Wiener Stadtschulrates fort. Dieses Wien, das er so maßgebend mitgestaltete, wurde ein Mekka für die Schulfachleute aus der ganzen Welt: sie kamen hierher, um die Erfolge der „Glöckelschule“ zu studieren.

Der grünweiße Faschismus vertrieb ihn von der Stätte seines Wirkens. Er holte ihn am 13. Februar 1934 aus seinem Arbeitszimmer heraus und sperrte ihn ein. Der Weisheit letzter Schluß der Diktatur. Allerdings nicht, ohne zuvor die Verleumdung ausgestreut zu haben, daß Glöckel „auf der Flucht“ verhaftet worden sei. In der Haft holte sich Glöckel den Keim zu jener Krankheit, der er im Jahre 1935, erst einundsechzig Jahre alt, erlag.

Robert Danneberg, mit Glöckel in Freundschaft verbunden, war eine der größten Begabungen der an Talenten so reichen Sozialdemokratischen Partei Österreichs und dabei ein Mann von einer Vielseitigkeit, die heute, in einer Zeit, die die Menschen zum einseitigen Spezialistentum zwingt, erstaunlich ist. Danneberg kam aus bürgerlichem Haus, aber er wurde früh einer der Führer, der Lehrer der sozialistischen Jugendbewegung. Auch in der Sozialdemokratischen Partei war er zuerst Leiter des Bildungswesens, ehe er Parteisekretär und dann Abgeordneter mit glänzender Beherrschung der parlamentarischen Technik wurde. Seine Schrift, „Das sozialdemokratische Programm“, war jahrzehntelang ein unentbehrliches Lehrbuch für die Mitarbeiter der Arbeiterbewegung weit über Österreich hinaus.

Später wurde er der Schöpfer der Wiener Gemeindeverfassung, die noch heute in Kraft ist, und der Vertreter der Partei bei den langwierigen Verhandlungen über die Verfassungsreform des Jahres 1929, aus denen die österreichische Verfassung hervorging, die gleichfalls noch heute besteht. Danneberg war auch ein gründlicher Kenner des öffentlichen Finanzwesens. Nur wenige, die heute noch an vielen Wiener Gemeindehäusern die Aufschrift lesen: „Errichtet aus den Mitteln der Wohnbausteuer“, wissen, daß diese soziale Steuer von ihm ersonnen wurde. Im Wiener Rathaus war Robert Danneberg der Obmann des Klubs der sozialdemokratischen Gemeinderäte und Landtagspräsident. Später, als sich Hugo Breitner von der Verwaltung der Gemeindefinanzen zurückzog, übernahm Danneberg dieses Amt neben seinen vielen Funktionen in der Partei und im öffentlichen Leben. Er verwaltete es ebenso gewissenhaft wie sein Vorgänger. Österreich dankt dieser großen Begabung auch das Mietenrecht, das in seinen Grundzügen, trotz manchen Veränderungen, noch immer gilt.

Auch ihn vertrieben die Faschisten am 12. Februar 1934 aus dem Rathaus. Sie haßten ihn nicht weniger

Unsere Gedenkfeier

Das Frauen-Zentralkomitee, das Wiener Frauenkomitee der Sozialistischen Partei und unser Bund haben am Freitag, dem 19. August 1955, beim Grabe der im Konzentrationslager ermordeten Genossin Käthe Leichter eine Feier abgehalten.

als Seitz, Breitner, Glöckel und alle anderen, die aus dem 1918 verfallenden, scheinbar dem Tode geweihten Wien ein modernes, dem Volke dienendes demokratisches Gemeinwesen gemacht hatten. Sie warfen ihn ebenfalls in den Kerker. Nicht lange war er frei, dann verhafteten ihn die braunen Faschisten wieder, am ersten Tag ihrer Schreckensherrschaft in Österreich. Sie schleiften ihn von Konzentrationslager zu Konzentrationslager, und in den letzten Dezembertagen 1942 vollendete sich in der Gaskammer in Auschwitz sein Schicksal.

Glöckel und Danneberg haben der Arbeiterbewegung viel gegeben und dem Volke treu gedient. Und die österreichische Arbeiterbewegung wird sie nie vergessen.

Zur Erinnerung an Otto Glöckel und Robert Danneberg legten Samstag, den 23. Juli, Vizebürgermeister Genosse Honay und Genosse Dr. Stemmer vor dem Grab Otto Glöckels im Meidlinger Friedhof und vor dem Gedenkstein für Danneberg im Urnenhain des Wiener Krematoriums Kränze nieder.

*

Die Bezirke berichten:

Innere Stadt

Jahresversammlung. Am 30. März 1955 wurde die Jahresversammlung der Bezirksgruppe Innere Stadt des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus unter dem Vorsitz des Genossen Heinrich Fischer abgehalten. Des verstorbenen Genossen Abraham Steinbach wurde durch Erheben von den Sitzen gedacht.

Es folgte der Bericht des Genossen Heinrich Fischer über die Tätigkeit der Bezirksgruppe, dann der Bericht des Kassiers. Den Bericht der Kontrolle brachte Genosse Moser. Er teilte mit, daß die Gebarung der Bezirksgruppe überprüft wurde, und beantragte die Entlastung des Ausschusses. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Das provisorische Wahlkomitee wurde einstimmig bestätigt. Von Genossen Diebold als Obmann des Wahlkomitees wurde vorgeschlagen, die ersten fünf Genossen namentlich, die anderen en bloc zu wählen, was einstimmig angenommen wurde.

Es erscheinen als gewählt:

1. Obmann: Genosse Heinrich Fischer;
2. Obmann: Genosse Emil Osterseher;
- Kassier: Genosse Leo Weiß;

Kontrolle: die Genossen Jonny Moser und Josef Diebold;

Schriftführer: Genosse Franz Bartak;

Opferfürsorgereferent: Genosse Heinrich Fischer;

Delegierte zur Bundeshauptversammlung: die Genossen Heinrich Fischer und Leo Weiß.

Delegierte zur Landeshauptversammlung: Genossin Hermine Krell und Genosse Jonny Moser.

Genosse Fischer dankte für das abermalige Vertrauen.

Nun folgte das sehr interessante Referat des Genossen Hein, an das sich eine lebhafte Diskussion anschloß. Nach dem Schlußwort des Genossen Hein wurde die Jahresversammlung geschlossen.

*

Wir gratulieren. Genosse Heinrich Fischer, ein langjähriger Funktionär, ist 75 Jahre alt geworden, wozu wir ihn herzlich beglückwünschen.

Genosse Fischer gehört der Sozialistischen Partei seit seinem achtzehnten Lebensjahr an, hat zuerst bei den Jugendlichen und später in der Partei selbst mitgearbeitet. Ab 1921 war er Sektionsobmann und Mitglied des Bezirksvorstandes, 1932 kandidierte er für den Gemeinderat. Auch ihm blieben die Verfolgungen durch den Faschismus beider Couleures nicht erspart. Als selbständiger Geschäftsmann konnte er aber trotz seiner illegalen Tätigkeit vielen Bedrängten helfen.

In der Emigration war Genosse Fischer einer der Mitbegründer der dortigen österreichischen Widerstandsvereinigung und nach seiner Heimkehr stellte er sich sofort wieder für die aktive Parteiarbeit zur Verfügung. Er führt seither das Referat für die Opferfürsorge in unserem Bezirk und ist stellvertretender Fürsorgeamtsvorstand.

Für 40jährige Tätigkeit im Fürsorgewesen wurde ihm vor einiger Zeit die Ehrenmedaille der Gemeinde Wien verliehen, während ihn die Partei durch Verleihung der Victor-Adler-Plakette ehrte. Er ist in unseren Reihen immer noch aktiv, und so wieder, wie schon vor Jahren, als Sektionsobmann und Mitglied des Bezirksvorstandes tätig.

Wir hoffen, daß es unserem Jubilar vergönnt sein möge, noch recht lange in gewohnter Weise in unseren Reihen erfolgreich mitzuarbeiten.

Leopoldstadt

Versammlung. Die Bezirksgruppe hielt am 28. Juni um 19.30 Uhr im Parteihaus der SPÖ, II, Praterstraße 25a, eine Versammlung ab, die sehr gut besucht war. Genosse Coudek begrüßte die Anwesenden und teilte folgende Tagesordnung mit, die einhellig zur Kenntnis genommen wurde:

1. Referat des Landtagsabgeordneten Genossen Dr. Jackl: „Nach dem Staatsvertrag“;
2. Eventuelles.

Genosse Dr. Jackl berichtete, daß der Staatsvertrag vieles für uns Günstiges enthalte; unter anderem die Feststellung, daß Österreich im Jahre 1938 annektiert worden sei. Dadurch ist zum Beispiel die Frage des Konkordates und der Habsburger eindeutig festgelegt. Allerdings sind noch viele andere sehr wichtige Probleme infolge des Staatsvertrages zu lösen. Die Wehrmachtsfrage erregt die Gemüter, die Schulfrage ist sehr umstritten. Die USIA-Betriebe werden sehr lebhaft diskutiert. Wir werden alle diese strittigen Fragen innerhalb der Koalition lösen, und das wird viele Kämpfe kosten. Denn die ÖVP hofft alles in ihrem Sinne zu lösen, während wir trachten werden, so viel als möglich für die Arbeiter und Angestellten zu erreichen. Wir werden jetzt aktiver in die Kämpfe eingreifen.

Die Anwesenden dankten dem Referenten für seine klaren Ausführungen durch lebhaften Beifall.

Einige Anfragen über das „Deutsche Eigentum“ und die Sozialversicherungsgesetze beantwortete Genosse Dr. Jackl sehr ausführlich.

An das Referat schloß sich ein Filmvortrag aus der Sowjetzone Deutschlands. Man konnte manche Ähnlichkeit mit den Aufmärschen aus der Hitlerzeit deutlich feststellen.

*

Jahresversammlung. Die Jahresversammlung fand am 14. Februar 1955 um 19.30 Uhr im Parteihaus der SPÖ statt.

Genosse Hikker begrüßte die Anwesenden, insbesondere die Referentin Fini Muhr, und hielt für die vier verstorbenen Mitglieder einen tiefempfundenen Nachruf. Die Anwesenden erhoben sich von ihren Sitzen und ehrten damit die Toten. Er gab hierauf folgende Tagesordnung bekannt:

1. Bestätigung des Wahlkomitees;
2. Berichte:
 - a) des Obmannes,
 - b) des Kassiers,
 - c) der Kontrolle;
3. Allfälliges.

Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen. Für das Wahlkomitee wurden folgende Genossen vorgeschlagen: Hirsch, Staubmann, Weiger und Zimmer. Das Wahlkomitee wurde einstimmig genehmigt. Genosse Hikker erteilte dann dem Genossen Coudek das Wort zum Bericht.

Genosse Coudek berichtete, daß im abgelaufenen Jahr zwei Versammlungen stattfanden: die Jahresversammlung am 12. März 1954 und eine Wahlversammlung, gemeinsam mit dem Demokratischen Bund werktätiger Juden, im „Bayrischen Hof“. Beide Versammlungen waren sehr gut besucht, 51 Sprechtag wurden zur Beratung der Mitglieder abgehalten, die durchschnittlich von 6 Personen besucht wurden; 24 Berufungen sowie viele Interventionen bei Behörden wurden durchgeführt. Leider hat sich gezeigt, daß viele Genossen, die sonst begründete Ansprüche auf Amtsbescheinigungen oder Opferausweise hätten, die Einreichungstermine versäumt haben.



Zentral-sparkasse
DER GEMEINDE WIEN
WIEN I. WIPLINGERSTR. 8
33 ZWEIGSTELLEN

*Unter Haftung
der
Stadt Wien*

Genosse Coudek dankte den Mitarbeitern, insbesondere dem Genossen Müller, der durch wichtige Arbeiten in seiner Sektion als Kassier leider ausscheiden muß.

Genosse Müller erstattete den Kassenbericht. Genossin Erber berichtete für die Kontrolle und beantragte für den scheidenden Ausschuß die Entlastung. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Für das Wahlkomitee brachte Genosse Weiger folgenden Vorschlag:

1. Obmann: Genosse Fritz Coudek;
2. Obmann: Genosse Heinrich Hikker;
1. Kassier: Genosse Hans Altschul;
2. Kassier: Genosse Stanislaus Kriß;
1. Schriftführer: Genossin Elisabeth Strudl;
2. Schriftführer: Genossin Paule Sofka;
- Kontrolle: die Genossin Anna Erber und die Genossen Hubert Hladej und Gustav Weiger;
- Beisitzer: die Genossinnen Grete Melinger und Elisabeth Mendelbaum und die Genossen Ernst Kohn, Karl Lazar und Fritz Müller;
- Propaganda: Genosse Stanislaus Kriß;
- Delegierte zur Bundeshauptversammlung: die Genossen Coudek, Hikker, Kriß, Strudl und Weiger;
- Delegierte zur Landeshauptversammlung: die Genossen Altschul, Coudek, Erber, Hikker, Kriß, Melinger, Müller, Sofka, Strudl und Weiger.

Die Liste wurde einstimmig angenommen.

Genossin Muhr erinnerte an die Vorgänge vor 21 Jahren, an die heldenhaften Kämpfe der österreichischen Arbeiterschaft. Sie verwies auf zwei markante Daten aus der früheren Zeit. Am 30. Jänner 1927, als die Frontkämpfer zwei Arbeiter und ein Kind ermordeten und damit den Kampf der Faschisten in Österreich entfesselten. Immer stärker wurden die Arbeiter bedrängt. Am 30. Jänner 1933 hatte Hitler in Deutschland die Macht ergriffen. Österreich war zwischen dem Nazideutschland und den faschistischen Staaten Ungarn und Italien. Der Druck wurde immer stärker und führte zum 12. Februar 1934. So viele Helden sind gefallen. Die Niederknüpfung der Sozialdemokraten hat Österreich am 12. März 1938 den Nazi ausgeliefert. Es kamen wieder die Galgen und KZs. Viele unserer Gegner aus den Heimwehrkreisen wurden von den Nazi verhaftet und sind so selbst „Opfer“ geworden. Für uns wurde dadurch eine nicht sehr angenehme Situation geschaffen.

Die Freiheitskämpfer sollen in der Partei arbeiten, sie sollen die Träger der politischen Organisation sein, nicht hassen, aber auch nicht vergessen.

Die Anwesenden dankten der Referentin durch starken Beifall für ihre treffenden Ausführungen.

An den Vortrag schloß sich noch eine lebhafte Debatte. Die Debattenredner wiesen auf verschiedene Lücken des Opferfürsorgegesetzes hin. Die Vorführung des Films „5 Minuten nach 12“ bildete einen sinnvollen Abschluß der Jahresversammlung.

Landstraße

Jahreshauptversammlung. Die Bezirksgruppe hat am 23. Februar die Jahreshauptversammlung abgehalten. Genosse Adelpoller eröffnete die Versammlung und gedachte unserer verstorbenen Genossen Eduard Karger und Ferdinand Kaindl mit tiefbewegten Worten.

In das Wahlkomitee wurden die Genossen Käthe Braunstorfer, Barbara Kobliha, Paul Omasics, Robert Rosen und Georg Prüll gewählt.

Nach den Berichten des Geschäftsführenden Obmannes, des Kassiers und der Kontrolle wurden die Wahlvorschläge für den neuen Ausschuß erstattet:

1. Obmann: Genosse Franz Adelpoller;
2. Obmann: Genossin Barbara Werner;
- Schriftführer: Genosse Otto Kopetzky;
- Kassier: Genosse Richard Werner;
- Opferfürsorge: Genossin Frieda Nödl;
- Kontrolle: die Genossen Ignaz Altmar und Otto Kopetzky;
- Rassenvertreter: Genosse Julius Latzer.
- Delegierte zur Landeshauptversammlung: Die Genossen Franz Adelpoller, Barbara Werner, Otto Kopetzky, Richard Werner, Ignaz Altmar, Julius Latzer, Paul Omasicz und Josef Zwettler.
- Delegierte zur Bundeshauptversammlung: die Genossin Barbara Werner sowie die Genossen Otto Kopetzky, Richard Werner und Julius Latzer.

Genosse Adelpoller sprach sodann über die Aufgaben der Freiheitskämpfer in der Vergangenheit und Gegenwart sowie über die Renten und Arbeitslosenversicherung im Zusammenhang mit den politischen Tagesneuigkeiten. Das Referat wurde lebhaft diskutiert und mit großem Verständnis aufgenommen.

Genossin Werner forderte die Mitglieder auf, sich bei allen Kundgebungen sehr rege zu beteiligen und schloß mit einem herzlichen „Freundschaft!“ die Versammlung.

Wieden

Jahresversammlung. Wir wollen über unsere am 28. Februar 1955 abgehaltene Jahresversammlung berichten, bei der Genosse Blau das Referat hielt. Die Versammlung war sehr

Eine Bitte an unsere Mitarbeiter

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, die für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, alle Manuskripte immer nur einseitig zu beschreiben.

gut besucht. Vom Bezirksvorstand waren die Genossen Windisch und Bründler anwesend.

Für das Jahr 1955 wurden nachstehende Genossinnen und Genossen gewählt:

1. Obmann: Genosse Paul Bernstein;
2. Obmann: Genosse Ludwig Heitler;
- Kassier: Genosse Josef Täuber;
- Katasterführer: Genosse Johann Bründler;
- Beisitzer: Genossin Steffi Fahn;
- Kontrolle: die Genossen Erwin Aust und Rudolf Beacco;
- Delegierte für die Bundeshauptversammlung: die Genossen Bernstein, Heitler, Täuber, Bründler und Wagner.

Josefstadt

Jahreshauptversammlung. Bei der am 28. März um 19.30 Uhr im Parteihaus, VIII, Josefstädter Straße 19, stattgefundenen Jahreshauptversammlung mit der Tagesordnung:

1. Berichte,
2. Referat: Genosse O. Steiner,
3. Neuwahlen,
4. Allfälliges

wurden nach dem ausgezeichneten Referat des Genossen O. Steiner folgende Genossen in die Bezirksleitung gewählt:

- Obmann: Genosse Dr. Tasillo Stein.
- Opferfürsorgereferent: Genosse Ferdinand Weiner.
- Schriftführer: Genosse Otto Steiner.
- Kassier: Genosse Franz Jira.
- Kontrolle: Die Genossen Alois Zendluka und Anton Bicha.

Der Vortrag des Genossen Steiner löste eine lebhafte Diskussion aus.

Zu den Berichten sprachen Genosse Steiner für das Opferfürsorgereferat und Genosse Jira, der den Kassenbericht brachte.

Um 21.30 Uhr wurde die Generalversammlung geschlossen.

Alsergrund

Jahreshauptversammlung. Der Obmann, Genosse Kubiczek, eröffnete die Versammlung und begrüßte alle Anwesenden, insbesondere die drei Obmänner der Bezirksorganisation der SPÖ, die Genossen Dinstl, Glinz und Cerwenka. Nach einem Nachruf für die im Berichtsjahr Verstorbenen, den alle stehend anhörten, wurden die Berichte gebracht.

Genosse Kubiczek berichtete über die Tätigkeit des abgelaufenen Jahres, worin er besonders hervorhob, daß an 50 Sprechabenden mehr als 200 Genossinnen und Genossen beraten wurden. Außerdem berichtete er über eine eventuelle Novellierung des Opferfürsorgegesetzes, wo dann manche Grenzfälle, die heute nur im Nachsichtsverfahren erledigt werden können, vielleicht eine gesetzliche Basis erhalten. Außerdem appellierte er an die Anwesenden, Anspruchsberechtigte, die die Frist versäumt haben, der Bezirksgruppe zu melden. Er erwähnte auch, daß wegen der erblosen jüdischen Masse scheinbar doch in absehbarer Zeit Verhandlungen zustande kommen werden. Bestimmtes darüber könne heute noch niemand sagen.

Die Mitglieder und Funktionäre haben sich an den Bezirksveranstaltungen des 12. Februar und 1. Mai beteiligt, außerdem wurde eine Delegation am 1. November zum Mahmal entsendet. Bei den Gemeinderatswahlen haben alle Funktionäre fleißig mitgearbeitet.

Hierauf folgten die Berichte des Kassiers und der Kontrolle, die den Antrag auf Entlastung stellten.

Genosse Hein übermittelte die Grüße und Wünsche des Bundesvorstandes. Er bedauerte, daß zehn Jahre nach Beendigung des Krieges Österreich noch immer keinen Frieden und volle Freiheit hat. Er forderte die Anwesenden auf, dafür zu demonstrieren! Als besonderer Erfolg kann auch gebucht werden, daß anspruchsberechtigte Österreicher, die jetzt im Ausland leben, ebenfalls Pensionen erhalten, wenn die Voraussetzungen dazu vorhanden sind. Er bedauerte ferner, daß eine große Gruppe von Menschen jetzt nicht mehr interessiert ist, weil ihre persönlichen Forderungen befriedigt sind.

Genosse Wolken besprach das große Unrecht, das man den Juden angetan habe und für das man jetzt oft so wenig Verständnis zeige. Er berichtete, daß die Forderungen der Juden insgesamt 700 Millionen betragen, denen ein tatsächlicher Schaden von mindestens 4 Milliarden gegenübersteht. An die Nazi wurden, ohne daß die Öffentlichkeit etwas erfahren hat, mehr als 2,5 Milliarden S an Wiedergutmachung ausbezahlt.

Bei der Neuwahl wurden folgende Genossen gewählt:

1. Obmann: Genosse Josef Kubiczek;
2. Obmann: Genosse Johann Platz;
1. Kassier: Genosse Mörzinger;
2. Kassier: Genosse Franz Lawetzky;
- Katasterführer: Genosse Mörzinger;
- Schriftführer: Genosse Heinrich Salz;
- Beisitzer: Genossin Josefine Bayer und die Genossen Theodor Groß, Anton Niederle;
- Kontrolle: Die Genossen Franz Filipp, Richard Winterstein und Max Altmann.

Delegierte zur Landeshauptversammlung: Genossin Josefine Bayer und die Genossen Johann Platz, Mörzinger, Anton Niederle, Richard Winterstein, Franz Filipp, Leopold Brünner, Franz Lawetzky, Innerhofer und Max Altmann.

Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Josef Kubiczek, Johann Platz, Mörzinger, Anton Niederle.

Der Bezirksobmann, Genosse Dinstl, begrüßte sodann den neuen Ausschuß und bat die Gewählten, im Interesse der Partei in ihrer Funktion zu arbeiten.

Nach der Jahreshauptversammlung wurde der Film „Rotation“ vorgeführt.

Favoriten

Jahresversammlung. Die diesjährige Jahresversammlung fand am 11. Februar im Favoritner Arbeiterheim statt. Genosse Hans Schiller eröffnete und begrüßte die Anwesenden. Vor Eingang in die Tagesordnung gedachte Genosse Schiller der im Jahre 1954 von uns gegangenen Genossen: Johann Kriz, Alois Kotz, Matthias Humpoletz und Josef Chval. Sie waren nicht nur Freiheitskämpfer, sondern sofort nach 1945 wieder agile Funktionäre und Vertrauenspersonen der Partei.

Genosse Bohac brachte den Organisationsbericht. Er berichtete auch über die Kranzniederlegungen an den Gedenktagen. Genossin Lia Platzer brachte den Kassabericht und Genosse Johann Schulz teilte im Namen der Kontrolle mit, daß die Bücher und Belege überprüft und in Ordnung befunden wurden. Er ersuchte, dem scheidenden Ausschuß die Entlastung zu erteilen.

Genosse Schiller sprach dann über die Novellierung des Opferfürsorgegesetzes und die Forderungen unseres Bundes dazu. Weiter brachte er den Beschluß des Parteivorstandes zur Kenntnis, in Hinkunft die Februarfeiern alle fünf Jahre in würdiger Weise zu begehen. In der Diskussion nahmen die Genossen Wuchterl, Schulz sowie Genosse Pabst das Wort und wandten sich gegen diesen Beschluß. Im Schlußwort sprach nochmals Genosse Schiller und betonte, daß der Bund seine Feiern so wie bisher alle Jahre durchführen wird. Genosse Schiller begrüßte die während dessen erschienenen Genossen Otto Probst sowie den Genossen Johann Pölzer auf das herzlichste und erteilte dem Genossen Probst das Wort, der die Grüße der Bezirksorganisation überbrachte. Genosse Schiller brachte nun den Antrag der Kontrolle zur Abstimmung. Die Entlastung wurde einstimmig erteilt. Genosse Franz Schubert brachte im Namen des Wahlkomitees den Wahlvorschlag:

1. Obmann: Genosse Hans Schiller;
2. Obmann: Genosse Franz Koci;
- Geschäftsführender Obmann: Genosse Friedrich Bohac;
- Kassier: Genossin Lia Platzer;
- Schriftführer: Genosse Richard Flaschner;
- Opferfürsorgereferenten: die Genossen Karl Milota und Richard Flaschner;
- Beisitzer: die Genossen Maria Kaniak sowie die Genossen Adolf Gutmann, Michael Mann und Rudolf Kleindl;
- Kontrolle: Die Genossen Hans Schulz und Moses Brocziner.
- Delegierte zur Landeshauptversammlung: Die Genossinnen Lia Platzer und Maria Kaniak sowie die Genossen Hans Schiller, Franz Koci, Friedrich Bohac, Richard Flaschner, Adolf Gutmann, Rudolf Kleindl, Michael Mann, Moses Brocziner, Hans Schulz, Franz Schubert, Johann Jahoda und Hans Grasl.
- Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Die Genossinnen Lia Platzer und Maria Kaniak sowie die Genossen Franz Koci, Friedrich Bohac, Richard Flaschner, Karl Milota und Adolf Gutmann.

Der Wahlvorschlag wurde einstimmig angenommen. Genosse Schiller dankte nun für das Vertrauen, das dem Ausschuß neuerlich ausgesprochen wurde und versprach, so wie bisher im Interesse der Mitglieder weiterzuarbeiten. Weiter dankte er dem ausscheidenden Genossen Friedrich Schorsch für seine Leistungen und bedauerte es sehr, daß er nun nicht mehr unserer Bezirksgruppe angehört.

Nach Schluß der Jahresversammlung fand die Februarfeier statt. Das Quartett des Arbeiter-Symphonieorchesters unter Leitung des Genossen Hoppel und ein Sänger eröffneten die Feier. Die Gedenkrede hielt Genosse Hans Schiller.

Simmering

Jahresversammlung. Die Bezirksgruppe Simmering hat die Jahresversammlung am Montag, dem 21. März 1955, unter dem Vorsitz von Genossen Baumann abgehalten. Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, den in Verhinderung der Referentin Genossin Jochmann erschienenen Genossen Blau und als Vertreter der Bezirksorganisation deren Obmannstellvertreter Genossen Holzer.

Vor Eingang in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der im Berichtsjahr verstorbenen Genossen Kral und Bockberger. Er wies auf das Wirken der Verstorbenen hin und bemerkte, daß entsprechende Würdigungen in den Nachrufen erfolgten.

Genosse Holzer überbrachte die Grüße der Bezirksorganisation und wies darauf hin, daß er die Freiheitskämpfer als Kernstück der Partei betrachtete. Er forderte die Mitglieder auf, Vorkämpfer und Vorbilder für die weitere Parteiarbeit zu bleiben.

Im Bericht der Bezirksgruppe, den der Vorsitzende erstattete, wurde über den Stand der Mitglieder berichtet und mitgeteilt, daß allen an 30 Sprechabenden mit Rat und bestmöglicher Hilfe beigestanden wurde. Es mußte immer wieder festgestellt werden, daß nach Ablauf der Fristen für die

Erlangung der Amtsbescheinigung beziehungsweise des Opferausweises und der Haftentschädigung einige Mitglieder der Bezirksgruppe und eine große Zahl von Parteimitgliedern ihre Rechte nach dem OFG nicht geltend gemacht haben und daher dieser verlustig gingen. Dazu komme der große Kreis von Opfern, bei denen die Voraussetzungen nach dem OFG nicht gegeben erscheinen, obwohl sie ebenfalls schwerste wirtschaftliche und seelische Schäden erlitten hatten.

Anschließend berichtete für den dienstlich verhinderten Kassier der Vorsitzende über die Kassengebarung und machte auf die am 2. und 4. Montag jeden Monats mögliche Beitrags-einzahlung aufmerksam. Die Berichte wurden einstimmig zur Kenntnis genommen.

Zur Neuwahl der Bezirksgruppenleitung stellte Genosse Wolf den Antrag, Genossen Baumann zum Obmann, Genossen Janak zum Obmannstellvertreter und die Genossen Brezina, Planer, Zib und Hink als Ausschußmitglieder zu wählen. Für die Bundes- sowie Landeshauptversammlung wurden als Delegierte die Genossen Baumann, Brezina und Zib vorgeschlagen. Alle vorgeschlagenen Genossen wurden in getrennter Abstimmung einstimmig gewählt, so daß sich der Ausschuß aus folgenden Genossen zusammensetzt:

1. Obmann: Genosse Karl Baumann;
2. Obmann: Genosse Johann Janak;
- Beisitzer: die Genossen Emil Brezina, Josef Planer, Ladislaus Zib und Karl Hink.

Genosse Blau wies in seinem Referat einleitend darauf hin, daß alle Versammlungen vor den Feiern anläßlich des zehnjährigen Bestandes der Zweiten Republik abgehalten werden. Wie können hierbei als Kämpfer für den Aufbau mit Stolz zurückblicken. In der Volkspartei gibt es Leute, die das Wort „Republik“ nicht gern hören. Bei der Beratung der Opferfürsorgegesetzes mußte um die Festlegung der Zeiten 1934 bis 1938 gerungen werden. Damals hörte man es nicht gern, wenn man auf diesen Zeitraum zu sprechen kam, und heute hört man bereits Stimmen, die nicht ungern auf den Austrofaschismus hinweisen. Für die Opfer ist viel geschehen, und es hätte niemand gedacht, daß innerhalb zehn Jahren neun Novellen zum OFG beraten werden mußten und eine zehnte Novelle neuerlich in Beratung steht, um vielen Geschädigten zu ihrer berechtigten Schadensgutmachung zu verhelfen.

Der Referent besprach sodann ausführlich alle hier zur Beratung stehenden Fragen und kam auch auf die Forderungen der jüdischen Organisationen zu sprechen. Unsere Aufgabe sei jedoch nicht nur auf die materiellen Fragen beschränkt; wir haben uns auch mit dem Tagesgeschehen zu beschäftigen!

Der Vorsitzende dankte dem Referenten für seine mit großem Interesse aufgenommenen Ausführungen und begrüßte mit besonderer Freude die noch erschienene Genossin Jochmann. Nachdem auch noch Genossin Jochmann auf Anfragen geantwortet hatte, teilte der Vorsitzende mit, daß Genosse Freisl krank im Spital liege und Besuche begrüßt würden. Er schloß hierauf die Versammlung mit den Worten: „Wir arbeiten für die Freiheit weiter!“

Leopold Freisl †. Die Partei, die Bezirksorganisation Simmering und die Bezirksgruppe unseres Bundes beklagen durch das am 20. Juli 1955 erfolgte Ableben des Genossen Leopold Freisl den Verlust eines langjährigen Mitgliedes und Freiheitskämpfers. Freisl trat als Tischlerlehrling der Sozialistischen Arbeiterjugend bei und war dort nicht nur ein rühriges Mitglied: in der Parteiorganisation wurde er Mitarbeiter und im Republikanischen Schutzbund ein pflichtbewußter Schutzbündler und Kämpfer für die Freiheit. Als die Nazis im Oktober 1932 bei ihrem Propagandamarsch in Simmering auch einen Angriff auf das Parteihaus unternahmen, war Freisl mit einer von den Verteidigern des Heimes.



Von den damals einschreitenden Polizisten der Alarmabteilung wurden die Verteidiger, so auch Freisl, blutig geschlagen, verhaftet, angeklagt und verurteilt. In den Februartagen des Jahres 1934 war Freisl wieder mit unter den Kämpfern für die Verteidigung der Demokratie. Auch hier brachte ihm sein Eintreten für die Freiheit Verhaftung und Einkerkierung durch die Austrofaschisten. Nach seiner Entlassung war er ein stets zur Verfügung stehender Helfer in der Illegalität. Nach der Wiedererlangung der Freiheit im Jahre 1945 betätigte sich Freisl auch in der Gewerkschaft der Bau- und

Schutzbündler und RS

die noch nicht Mitglieder des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus sind, melden sich in der nächsten Sprechstunde in ihrem Bezirk oder in ihrem Landessekretariat zum Beitritt an.

Holzarbeiter und als Betriebsrat vertrat er stets die Interessen seiner Kollegen. Unserem Bunde gehörte er seit seiner Gründung an. Freilich, der erst im 46. Lebensjahr stand, wurde im Kreise seiner Genossen und der Freiheitskämpfer sehr geschätzt, was auch durch die große Beteiligung bei der am 20. Juli 1955 stattgefundenen Kremation zum Ausdruck kam. Genossin Jochmann gedachte in warmen Worten der vielen Verdienste unseres Genossen im Kampfe der Arbeiterbewegung um die demokratische Freiheit. Sein bewiesener Kampfgeist wird uns Vermächtnis sein und unvergessen bleiben.

Hietzing

Jahresversammlung. In der am 16. Februar 1955 stattgefundenen Jahresversammlung wurden nachstehende Genossinnen und Genossen gewählt:

1. Obmann: Genosse Eduard Schlesinger;
2. Obmann: Genosse Wilhelm Klarl;
- Kassier: Genosse Karl Harrer;
1. Schriftführer: Genossin Mary Klaucek;
2. Schriftführer: Genossin Rosa Böhm;
- Katasterführer: Genosse Michael Frischauf;
- Kontrolle: die Genossen Robert Demut und Ferdinand Himsl;

Beisitzer: Genossin Rudolfine Muhr;

Sprengelkassiere: Genossin Marie Stepan und die Genossen Leopold Hruska, Ignaz Ödenburger und Anton Schnaur;

Opferfürsorgereferent: Genosse Eduard Schlesinger;

Delegierte zur Landeshauptversammlung: die Genossinnen Mary Klaucek und Rosa Böhm und die Genossen Wilhelm Klarl, Karl Harrer, Michael Frischauf, Robert Demuth, Ferdinand Himsl, Ignaz Ödenburger und Anton Schnaur;

Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Die Genossen Eduard Schlesinger, Wilhelm Klarl, Ferdinand Himsl, Michael Frischauf und Karl Harrer.

Ottakring

Jahresversammlung. Am 17. März 1955 fand im Ottakringer Arbeiterheim die Jahresversammlung der Bezirksgruppe statt. Genosse Herzog konnte unter den Gästen den Bezirksobmann Genossen Kysela, die Genossin Wilhelmine Moik, viele Bezirksfunktionäre und den Referenten Genossen K. H. Sailer begrüßen. Die Ehrung unserer Toten erinnerte uns daran, daß unser Kreis von Jahr zu Jahr kleiner wird; sie zeigte uns aber auch, daß die Ideale des Sozialismus hochgehalten werden.

Nach der Wahl des Wahlkomitees und der Genehmigung der Tagesordnung brachte Genosse Eibicht seinen Bericht als Obmann, wobei er unter anderem den Mitgliederstand bekanntgab und die Arbeit in der Bezirksgruppe schilderte, die an allen Veranstaltungen des Bundes teilgenommen hatte. Es war uns allen ein Herzensbedürfnis, daß Genosse Eibicht sowohl in seinem eigenen als auch im Namen der Bezirksgruppe dem Genossen Herzog für all die Mühe dankte, die dieser im abgelaufenen Jahr aufgewendet hatte. Und es löste große Überraschung aus, als Genosse Eibicht bekanntgab, daß Genosse Herzog gebeten hatte, von seiner Wiederwahl Abstand zu nehmen.

Für das Wahlkomitee brachte Genosse Schwarz folgenden Vorschlag:

1. Obmann: Genosse Friedrich Eibicht;
2. Obmann: Genosse Franz Linnert;
3. Obmann: Genossin Marie Pokorny;
1. Kassier: Genosse Josef Graßhuber;
2. Kassier: Genosse Hans Röschl;
1. Schriftführer: Genosse Gustav Hagner;
2. Schriftführer: Genosse Ludwig Tuma;

Kontrolle: die Genossen Ludwig Heinemann und Hans Holub;

Delegierter zum Bezirksausschuß: Genosse Franz Linnert;

Delegierte zur Bezirkskonferenz: die Genossen Friedrich Eibicht und Ludwig Tuma;

Delegierte zur Bundeshauptversammlung: die Genossin Marie Pokorny und die Genossen Friedrich Eibicht, Josef Graßhuber, Gustav Hagner, Hans Holub, Franz Linnert, Hans Röschl und Ludwig Tuma.

Der Wahlvorschlag wurde einstimmig angenommen.

Genosse Eibicht dankte für die Wahl und erklärte namens des gewählten Ausschusses, alle Kraft für unsere Ziele einzusetzen.

In einem Referat über die politische Lage zeigte Genosse Sailer die verschiedenen Zusammenhänge auf, die dazu führen, daß die Welt in zwei Lager gespalten ist. Genosse Sailer versuchte, für alle Fragen eine Antwort zu finden, und seine Ausführungen fanden ungeteilten Beifall.

Genosse Herzog dankte für das ihm erwiesene Vertrauen und wünschte der Bezirksgruppe weiterhin gute Arbeit und viel Erfolg. Genosse Eibicht gab noch bekannt, daß die Sprechabende weiterhin jeden Donnerstag von 18 bis 19.30 Uhr abwechselnd von den Genossen Linnert und Eibicht abgehalten werden.

Mit dem „Lied der Arbeit“ wurde die gutbesuchte Jahresversammlung geschlossen.

Währing

Jahresversammlung. Die Bezirksgruppe Währing des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hielt am 11. März 1955 ihre Jahresversammlung ab.

Referent war Genosse Robert Blau, der über das Thema „Was bringt die 10. Novelle zum OFG?“ sprach. Das Referat wurde mit großem Interesse aufgenommen. In das Wahlkomitee wurden die Genossen Papouschek, Sicka und Salajka entsendet.

Die dann durchgeführten Wahlen brachten folgendes Ergebnis:

1. Obmann: Genosse Viktor Fleischmann;
2. Obmann: Genosse Adolf Adler;
- Kassier: Genossin Margarete Löw;
1. Schriftführer: Genosse Josef Pinteritsch;
2. Schriftführer: Genosse Johann Beck;

Kontrolle: die Genossen Josef Schädli und Franz Salajka.

Die Delegierten zur Jahreshauptversammlung der Landesorganisation und zur Bundeshauptversammlung werden noch bekanntgegeben werden.

Brigittenau

Wir berichten. Ein Jahr ging zu Ende. Das Beste im Leben — man kann fast sagen das Einzige — ist die Arbeit. Und über diese Arbeit wollen wir berichten.

So wie das Vorjahr im Zeichen der Nationalratswahlen stand, so stand das Jahr 1954 völlig im Zeichen der Landtags- und Gemeinderatswahlen. Das gab auch der Arbeit unserer Bezirksgruppe das Gepräge. Alles vollzog sich im Banne der Wahlbewegung, die auch unsere Mitarbeiter in ihren Kreis zog, weil diese ja gleichzeitig Funktionäre der Bezirksorganisation sind. Und bei alledem können wir sagen, daß wir unseren Aufgaben gerecht geworden sind. Von dem Mitgliederstand des Vorjahres haben wir kein einziges Mitglied durch den Tod verloren; wohl aber ist unsere Bezirksgruppe durch andere Umstände, vor allem durch Übersiedlungen, etwas kleiner geworden.

Unsere Jahresversammlung fand am 22. Februar 1954 im Arbeiterheim statt. Sie war sehr gut besucht und die Mitglieder waren fast vollzählig erschienen. Nach der Begrüßung aller Anwesenden und Wahl eines Wahlkomitees folgten die Berichte der Funktionäre. Nachher hielt Genosse Rudolf Appel einen ausgezeichneten Vortrag über die politische Lage, der mit viel Beifall aufgenommen wurde. Dann brachte das Wahlkomitee seine Vorschläge und die Neuwahl wurde durchgeführt. Der bisherige Ausschuß wurde wiedergewählt. Zum Abschluß der Versammlung wurden noch zwei Filmvorführungen geboten.

Der wiedergewählte Ausschuß nahm seine Tätigkeit sofort auf. Es wurden 11 Sitzungen abgehalten. Zur Landeshauptversammlung wurden 5 Delegierte entsandt und 3 Delegierte zur Bundeshauptversammlung, die in diesem Jahr in Linz stattfand. Für den „Ball in Rot“ der Landesorganisation haben wir ansehnliche Tombolaspenden beigelegt. Eine Februarfeier führten wir mit der Bezirksorganisation durch. Zu Ostern wurde eine Fahrt nach Mauthausen organisiert, an der 33 Genossinnen und Genossen teilnahmen.

Zu den Gedenktagen der Opfer des Bezirkes besuchten wir ihre Gräber und legten Kränze nieder. Ebenso beteiligten wir uns an der allgemeinen Totenehrung zu Allerheiligen. Natürlich marschierte unsere Bezirksgruppe auch am 1. Mai im Bezirkszug mit unserer Fahne mit.

Wie schon gesagt worden ist, leisteten alle unsere Funktionäre auch bei der Wahlarbeit ihren Beitrag. An unsere Mitglieder erließen wir einen Wahlauftrag mit der offiziellen Parole: „Den Schwachen helfen, dem Volke dienen“, der mit der Post zugesandt wurde.

Eine Führung in das Landesgerichtsmuseum fand größtes Interesse. Nach dem begleitenden Vortrag erneuerten wir am Schluß das Gelöbnis: „Niemals vergessen!“

Das Opferfürsorgereferat hat wohl für die Mehrzahl unserer Opfer die Ansprüche gewahrt, doch haben wir noch einige Fälle, die erst in der 10. Novellierung des Opferfürsorgengesetzes berücksichtigt werden können. Es sind dies Grenzfälle höchst unzulänglicher Art. 65 Abgeordnete der Sozialistischen Partei, unter ihnen 5 Frauen, und 32 Abgeordnete der ÖVP sind selbst KZler; daher hoffen wir auf eine günstige Novellierung des Opferfürsorgengesetzes.

*

Jahresversammlung. In der Jahresversammlung vom 28. Februar 1955 sind folgende Genossinnen und Genossen in den Ausschuß gewählt worden:

1. Obmann: Genosse Johann Kaps.
- Geschäftsführender Obmann: Genosse Emmerich Kovacs.
- Kassier: Genosse Alois Waschek.
- Schriftführer: Genosse Emmerich Kovacs.
- Karteiführer: Genossin Erna Soucek.

Beisitzer: Die Genossen Alois Jansa, Bartonek und Josef Loibl.

Kontrolle: Die Genossen Josef Jelinek und Willibald Schaden.

Delegierter zur Bezirkskonferenz: Genosse Alois Waschek.

Floridsdorf

Bernhard Weber †. Am 6. Juli 1955 verstarb unser Genosse Bernhard Weber; er war ein treuer, verlässlicher Anhänger unserer Idee und ein eifriger Vertrauensmann. Genosse Weber gehörte dem Republikanischen Schutzbund an und nahm an den Kämpfen im Februar 1934 aktiv teil. Auch er wurde von dem damaligen Schandregime in den Kerker geworfen und zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Trotz allem konnte man seine Begeisterung für die gerechte Sache der Arbeiterschaft nicht brechen.

Am 11. Juli fand um 15.30 Uhr das Begräbnis auf dem Stammersdorfer Friedhof statt. Die Bezirksgruppe Floridsdorf war durch den Genossen Josef Kohl vertreten, der auch dem Dahingeschiedenen einen tiefempfundenen Nachruf hielt. Wir werden ihn niemals vergessen.

Donaustadt

Jahresversammlung. Am 4. Februar 1955 fand die Jahresversammlung der Bezirksgruppe Donaustadt im Bezirksheim der SPÖ statt. Die gut besuchte Versammlung nahm mit regem Interesse die Ausführungen des Genossen Blau zur kommenden 10. Novelle des OFG zur Kenntnis. Im Rahmen seiner Ausführungen brachte der Referent auch jene schwierigen Probleme zur Sprache, die in den Wiedergutmachungsbestimmungen und den Gesetzen noch keine hinreichende beziehungsweise befriedigende Erledigung gefunden haben. (Jüdische Wiedergutmachung.) Nach dem Tätigkeitsbericht des Obmannes und des Kassiers konstituierte sich das Wahlkomitee.

Aus dem Tätigkeitsbericht ging hervor, daß 45 Sprechstage und 14 Bezirksausschußsitzungen stattfanden. In Organisationsangelegenheiten und Interventionen wurden 76 Schriftstücke erledigt beziehungsweise abgefaßt. Durch den Tod verlor die Bezirksgruppe 4 Mitglieder: Die Genossin Karoline Maschl und die Genossen Ludwig Schreiber, Adolf Motyka und Friedrich Kienzl schieden für immer von uns. Die Versammlung ehrte die Verstorbenen durch eine Schweigeminute. Wir werden sie niemals vergessen.

Auf Vorschlag des Wahlkomitees wurden einstimmig folgende Genossen gewählt:

- 1. Obmann: Genosse Franz Bubenik;
- 2. Obmann: Genosse Otto Huschak;
- 3. Obmann: Genosse Josef Charwart;
- Kassier: Genosse Johann Gaderer;
- Schriftführer: Genosse Alfred Juhitzer;
- Kontrolle: die Genossen Lorenz Kragner und Alexander Rubik;
- Katasterführer: Genosse Kurt Pisk;
- Beisitzer: Genosse Jaroslav Klacil;
- Delegierte zur Landeshauptversammlung: die Genossen Bubenik, Huschak, Gaderer und Pisk;
- Delegierte zur Bundeshauptversammlung: die Genossen Bubenik, Huschak, Pisk und Juhitzer.

Aus den Fachgruppen:

Fachgruppe Polizei. Die Fachgruppe Polizei des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus gibt bekannt, daß im Einvernehmen mit den Kriegsversehrten auf Grund einer Vorsehrung bei Polizeipräsidenten Genossen Holabek folgende Regelung durchgesetzt werden konnte.

Alle Besitzer einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises, die eine Minderung der Erwerbsfähigkeit aufweisen und auch im Besitz eines Bescheides vom Amt der Landesregierung (Magistratsabteilung 12) oder vom Landesinvalidenamt sind, haben bei 30 Prozent bis unter 50 Prozent einen zusätzlichen Sonderurlaub von 3 Tagen pro Jahr, und solche von 50 Prozent bis 100 Prozent einen zusätzlichen Sonderurlaub in der Höhe von 6 Tagen pro Jahr bewilligt bekommen. Dieser Sonderurlaub kann nicht mit dem normalen Urlaub gekoppelt werden.

Diesbezügliche Ansuchen sind an die zuständige Dienststelle zu richten.

Gleichzeitig wurde ein gleichlautender Antrag an den Gewerkschaftstag der öffentlich Bediensteten eingebracht und einstimmig angenommen.

Aus den Landesorganisationen Kärnten

Jahresversammlung. Die Jahresversammlung unseres Landesverbandes wurde am 24. April 1955 in Klagenfurt abgehalten und nahm einen sehr eindrucksvollen Verlauf. Die SPÖ-Landesparteileitung entsandte die Genossen Ferdinand Wedenig und den 1. Landeshauptmannstellvertreter und Bezirksparteiobmann für Klagenfurt-Land, Genossen Kraßnig, in unsere Versammlung. Genosse Wedenig hielt ein fast eine Stunde währendes Referat und gedachte hierbei insbesondere der zehnjährigen Wiederkehr der Gründung der Zweiten Republik und des Zusammenlebens der Slowenen und Deutschen in Kärnten. Genosse Kraßnig erinnerte an die Unterstützungsaktion des Landes Kärnten für die politisch Verfolgten ab 1945, die bereits einen Betrag von einer Million Schilling ausmachten. An der Debatte beteiligten sich viele Anwesende.

Es wurde der Beschluß gefaßt, zur Bundeshauptversammlung nach Wien sieben Delegierte zu entsenden; es sind dies die Genossen Hans Pawlik, Sebastian Wrulich, Franz Bednarschek, Georg Bramer, Jakob Thaler, Josef Hermann und die Genossin Lona Sablatnig.

Es wurden folgende Funktionäre einstimmig gewählt:

- 1. Obmann: Genosse Hans Richter;
- 2. Obmann: Genosse Hans Pawlik;
- 3. Obmann: Genosse Sebastian Wrulich;
- 1. Schriftführer: Genossin Lona Sablatnig;
- 2. Schriftführer: Genosse Eduard Goritschnig;
- 1. Kassier: Genosse Alois Brenner;
- 2. Kassier: Genosse Gottfried Woschniak;
- Kontrolle: die Genossen Peter Griebichler und Josef Petscharnig;
- Beiräte: die Genossen Ferdinand Wedenig, Ferdinand Trost und Vinzenz Felner;
- Bezirksvertrauenspersonen: die Genossen Johann Valentini (Klagenfurt), Raimund Triebnig (Maria Saal), Franz Bednarschek (Villach-Lind), Georg Bramer (Spittal an der Drau), Peter Brandstätter (Hermagor), Jakob Thaler (Völkermarkt), Alex Turker (Wolfsberg-Ritzing), Josef Hermann (St. Veit an der Glan);
- Frauenreferat: Genossin Lona Sablatnig.

Niederösterreich

St. Pölten. Jahresversammlung. Die Jahresversammlung wurde am Samstag, dem 3. April, um 15 Uhr im Gasthaus Lenk, St. Pölten, Wiener Straße 45, abgehalten.

Obmann Genosse Rudolf Ziegelwagner begrüßte die Genossinnen und Genossen sowie den Genossen Hein aus Wien, der als Referent gekommen war und den Genossen Mayerhofer, welcher in Vertretung des Bürgermeisters gekommen war, und gab folgende Tagesordnung bekannt:

1. Berichte.
2. Wiedergutmachung und Haftentschädigung.
3. Anfragen.
4. Neuwahlen.
5. Ausflüge.
6. Allfälliges.

Nach einigen Gedenkminuten für die Opfer im Kampf um ein freies Österreich ergriff Genosse Hein das Wort zu seinem Referat, das in sehr anschaulicher Weise einen Überblick über alle wichtigen Fragen brachte und mit großem Interesse angehört wurde.

Genosse Hein berichtete auch über das Wehrgesetz, den Staatsvertrag und rief die Genossen auf, Wachsamkeit zu üben, denn die Reaktion und ihre Hintermänner warten immer wieder auf eine Gelegenheit, uns die schwer erkämpften Positionen streitig zu machen. Im Ausland denkt man noch immer an den ungleichen Heldenkampf der österreichischen Arbeiterschaft im Jahre 1934, und es wäre uns vieles erspart geblieben, wenn das österreichische Bundesheer 1938/39 den Kampf so geführt hätte, wie die Schutzbündler im Jahre 1934 es getan haben.

Nach Schluß des Referates, das mit großem Beifall aufgenommen wurde, dankte der Obmann Genosse Ziegelwagner dem Referenten für seine glänzende Rede.

An Genossen Hein wurden viele Anfragen gestellt, deren Hauptthema das Opferfürsorgegesetz war. Genosse Loubal brachte einige krasse Fälle zur Sprache.

Genosse Mayerhofer brachte namens des Bürgermeisters den Freiheitskämpfern und Genossen die herzlichsten Grüße der Gemeinde St. Pölten und versprach allen Inhabern eines Opferausweises oder einer Amtsbescheinigung, nach besten Kräften zu helfen.

Zu den Berichten sprach Genosse Ziegelwagner, der auch ausführlich von der Bundeshauptversammlung berichtete. Dann brachte Genosse Heindl, unser altbewährter Kassier, seinen Kassenbericht, welcher in vollster Zufriedenheit der Versammelten zur Kenntnis genommen wurde. Nach dem Kassenbericht brachte für die Kontrolle Genosse Franz Lugmaier dem Ausschuß und insbesondere dem Obmann Genossen Ziegelwagner den Dank und das Vertrauen zum Ausdruck und stellte den Antrag auf Entlastung des Ausschusses. Der Obmann dankte den Genossen, Genossinnen und allen Mitarbeitern für die Unterstützung.

Nach den mit Beifall aufgenommenen Berichten wurden folgende Genossen und Genossinnen für den Bezirksausschuß gewählt.

- 1. Obmann: Genosse Rudolf Ziegelwagner.
- 2. Obmann: Genosse Karl Reiter.
- 1. Kassier: Genosse Franz Heindl.
- 2. Kassier: Genosse Karl Hellerschmied.
- 1. Schriftführer: Genossin Anny Neuraht.
- 2. Schriftführer: Genossin Josef Franek.
- Kontrolle: Die Genossen Franz Lugmaier und Stanislaus Kummer.

Opferfürsorge: Genosse Rudolf Ziegelwagner.

Mitgliederbetreuung mit Veranstaltungen: Genosse Karl Hellerschmied.

Vertrauensmänner: Die Genossen Hubert Paschinger (Lilienfeld), Karl Hellerschmied (St. Pölten), Johann Riedinger (Neulengbach), Ferdinand Kostal (Hainfeld), Cyrill Loubal (Wilhelmsburg) und Josef Huber (Oberndorf, Herzogenburg).

Delegierte zur Landeshauptversammlung: Die Genossen Ferdinand Kostal, Hubert Paschinger, Karl Reiter, Johann Riedinger und Rudolf Ziegelwagner.

Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Die Genossen Hubert Paschinger, Karl Hellerschmied und Rudolf Ziegelwagner.

Genosse Ziegelwagner dankte für die Wiederwahl und bat die Genossen und Mitarbeiter, so wie im vergangenen

ARBEITERBANK

AKTIENGESSELLSCHAFT WIEN

Prompte und gediegene Durchführung aller bankmäßigen Geschäfte :: Entgegennahme von Spareinlagen gegen Verzinsung :: Finanzielle Beratung

Wien I, Seitzergasse 2-4

Telephon: R 50 540 Serie

Zweigstelle Wienzeile: Wien IV, Rechle Wienzeile 37
Telephon B 26 091

Filialen:

Graz: Annenstraße 24, Telephon 3363, 7559
Linz: Weingartshofstraße 3, Telephon 27 878
Klagenfurt: Bahnhofstraße 44, Telephon 4822

Jahr auch weiterhin wieder mitzuarbeiten. Außerdem bedauerte Obmann Ziegelwagner, daß es nicht möglich war, im Laufe eines Jahres eine Landeskonferenz einzuberufen, obwohl es in der Bundeskonferenz am 18. Mai bestimmt wurde. Einige Genossen meldeten sich zur Debatte und hatten verschiedene Anfragen. Zum Schluß brachte der Obmann die Bitte zum Ausdruck, sich mit einer kleinen Spende für Bäume nach Israels Märtyrerwald zu beteiligen. Die Bezirksleitung möchte unter Mithilfe aller Genossen und Genossinnen zehn Bäume für dieses Aufbauwerk beisteuern.

Mit einem „Freundschaft!“ wurde die Versammlung um 18 Uhr geschlossen.

Oberösterreich

Bericht über die 10-Jahr-Feiern. Die Landesleitung Oberösterreich berichtet, daß sich die Mitglieder des Landesverbandes an den Feiern vom 2. Mai 1955 im KZ Mauthausen und vom 7. Mai 1955 mit zusammen etwa 250 Delegierten beteiligt haben. Der Eindruck, den die Delegierten mit nach Hause nahmen, war derart, daß sie sich tief ergreifen in die Situation der Schmach zurückversetzten und der vergangenen Jahre gedachten. Dabei entstand das Gelöbnis bei jedem Teilnehmer: Niemals wieder sollen Unmenschen und Diktatoren in unserer österreichischen Heimat Fuß fassen und Leid und Elend schaffen können!

Wie alljährlich fand auch heuer wieder im KZ-Friedhof Ebensee die offizielle Gedenkfeier für die Opfer des Faschismus statt, an der Landesobmann Genosse Labek teilnahm. Landesobmann DDR. Gleißner hielt die Festrede. Der KZ-Friedhof selbst gleicht in seiner Neugestaltung einem schönen Alpenfriedhof. Auch die Formen der ausländischen Grabstätten sind dem heimatisch-alpinen Charakter des Friedhofes angepaßt, so daß sich diese Wehestätte harmonisch in das Landschaftsbild einfügt. Der Besucher wird von diesem Bild um so mehr gefangengenommen, als der wuchtige Turm weit in das Land hineinragt und ein beredtes Mahnzeichen an die Vergangenheit ist. Nicht unerwähnt sollen hier die Verdienste bleiben, die der Bezirksobmann von Vöcklabruck, Hofrat Dr. Pesendorfer, um die Errichtung dieser würdigen Weihestätte erworben hat. Ihm gebührt Anerkennung und Dank für dieses Monument der Freiheit und Menschenwürde.

Jahresversammlung. Am Sonntag, dem 27. März 1955, fand im Festsaal der Arbeiterkammer Linz die Jahreshauptversammlung der Landesorganisation statt. Die Versammlung begann um 9 Uhr und hatte folgende Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Wahl der Wahlkommission
3. a) Bericht des Landesobmannes
b) Verlesung des Protokolls der vorjährigen Landeskonferenz vom 7. Februar 1954 durch den Schriftführer Genossen Schramayr.
c) Kassenbericht
d) Bericht der Kontrolle. Berichterstatter: Genosse Jakubetz.
4. Referat des Genossen Hein, Bundesleitung Wien.
5. Neuwahl der Landesleitung:
a) des Landesobmannes
b) der Landesleitung
c) des Landesausschusses
6. Allfälliges

Genosse Labek begrüßte im Namen der Landesorganisation Oberösterreich alle Konferenzteilnehmer, die Vertreterin des Landesparteivorstandes, Genossin Maria Koller-Feuchtinger, den Vertreter des Bundesvorstandes, Genossen Hein, den Vertreter des „Tagblatts“, Genossen Dr. Haider, und als Vertreter der Arbeiterkammer Linz Genossen Josef Buchner.

Genossin Koller-Feuchtinger übermittelte die Grüße des Landesparteivorstandes, während Genosse Schramayr die Begrüßungsschreiben des Bürgermeisters Genossen Koref und der Genossen Aigner, Bernaschek, Gebhart und Grill der Konferenz zur Kenntnis brachte.

Die Konferenz gedachte nach der Begrüßung jener zwölf Genossen, welche uns im abgelaufenen Jahr durch den Tod entrissen wurden.

In die Wahlkommission wurden folgende Genossen entsandt: Anton Mayr, Josef Seitlinger (Bezirk Linz-Stadt), Alois Falkner (Bezirk Linz-Land), Ernst Hanel und Meisner (Bezirk Urfahr), Anton Jank (Bezirk Braunau), Franz Kremler (Bezirk Vöcklabruck), Hanselgruber (Bezirk Steyr).

Der Landesobmann, Genosse Labek, erstattete sodann den Tätigkeitsbericht für das abgelaufene Vereinsjahr, aus welchem zu entnehmen war, daß es der Bundesleitung gelang, die 13. Monatsrente auch für die Opfer des Faschismus zu erwirken. Weiter wurde mit Genugtuung vernommen, daß eine neuerliche Frist für die Erwerbung des Opferausweises und der Amtsbescheinigung und somit auch für die Erwerbung der Haft- und Beamtenentschädigung erwirkt wird und das Opferfürsorgegesetz eine 10. Novelle erhält.

Genosse Labek teilte auch mit, daß wegen Mißbrauch und krimineller Fälle einige Opferausweise beziehungsweise Amtsbescheinigungen eingezogen wurden. Lobend hervorzuheben, daß die Zusammenarbeit mit der Landesregierung und der Gemeinde Linz eine sehr gute sei. Die für die Wiedergutmachung eingereichten Fälle könnten bis zu 90 Prozent als erledigt betrachtet werden. Die gerechten Forderungen der rassistisch Verfolgten finden in der 10. Novelle eine Berücksichtigung, wobei auch die Wiedergutmachung für die Partei nicht vergessen werden darf (Rückstellung des geraubten Gutes usw.). Wir wollen als Sozialisten den politischen Gegnern aus der Vergangenheit verzeihen, ihre Handlungen aber dürfen wir nicht vergessen. Genosse Labek berichtete sodann über die am 2. Mai 1955 im KZ Mauthausen stattgefundene Befreiungsfeier der SPÖ gemeinsam mit unserem Bund und die Bundeshauptversammlung, die in Wien zwischen dem 29. April und 1. Mai stattfand. Auf die kommenden Wahlen hinweisend, forderte Genosse

Labek alle Freiheitskämpfer auf, sich aktiv am Wahlkampf zu beteiligen, damit Linz wieder eine rote Mehrheit und die SPÖ im Landtag eine entsprechende Verstärkung erhalte.

Den Bericht der Kontrolle erstattete Genosse Jakubetz. Er stellte die einwandfreie Kassenführung fest und beantragte die Entlastung für den Kassier und Vorstand. (Einstimmige Billigung.)

Zum Bericht der Kontrolle sprach noch Genosse Kremler (Vöcklabruck).

Genosse Hein (Wien) ergriff dann das Wort zu seinem Referat und erläuterte die Vorbereitungen für die 10. Novelle zum Opferfürsorgegesetz, wobei er zu verstehen gab, daß von parlamentarischer Seite bereits für die Erledigung gewisse Zusagen vorhanden seien. Wenn es nun möglich wird, daß Opfer wieder Ansprüche stellen können, so muß von dieser Möglichkeit doch Gebrauch gemacht werden. Außer der Opferbetreuung ist es auch unsere Pflicht, am politischen Geschehen aktiv teilzunehmen, um zu verhüten, daß die junge Generation Ähnliches erdulden muß, als wir auf uns nehmen mußten. Zum Schluß gedachte Genosse Hein noch des historischen Märztags von 1897, an dem die ersten Wahlen in die 5. Kurie des Reichsrates stattfanden und welche den Sozialisten einen Durchfaller bereiteten, aber die Partei nicht tot gemacht haben. Das Referat wurde mit reichem Beifall beendet.

Der Obmann des Wahlkomitees Genosse Seitlinger dankte darauf der bisherigen Landesleitung für die im abgelaufenen Jahr geleistete Arbeit und machte die neuen Vorschläge:

1. Landesobmann: Genosse Franz Labek;
2. Landesobmann: Genosse Karl Jakubetz;
3. Landesobmann: Genosse Anton Oswald;
1. Kassier: Genosse Rudolf Kerl;
2. Kassier: Genosse Alois Wiesner;
1. Schriftführer: Genosse Josef Schramayr;
2. Schriftführer: Genosse Johann Fuchs;

Kontrolle: Die Genossen Karl Fiala, Franz Harringer und Wilhelm Schönfeld;

1. Pressereferent: Genosse Josef Hirsch;
2. Pressereferent: Genosse Dr. Erich Blumberg;
- Katasterführer: Genossin Franziska Stumvoll;

Landesausschuß: Genossin Maria Natmessnig (Linz-Stadt) und die Genossen Theodor Grill (Linz-Stadt), Wilhelm Bestereimer (Braunau), Anton Jank (Braunau), Johann Schwegelhofer (Steyr), Ernst Hanel (Urfahr), Johann Königsecker (Freistadt), Ludwig Schwinghammer (Linz-Stadt), Franz Kremler (Vöcklabruck).

Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Die Genossen Franz Labek, Karl Jakubetz, Johann Fuchs, Rudolf Kerl, Wilhelm Schönfeld, Josef Hirsch, Anton Oswald, Franziska Stumvoll, Wilhelm Bestereimer, Anton Jank, Franz Kremler, Johann Schwegelhofer und Johann Königsecker.

Die Vorschläge des Vorsitzenden des Wahlkomitees wurden einstimmig bestätigt.

Genosse Labek beantwortete in der nun folgenden Diskussion zusammenfassend alle Anfragen, während Genossin Koller-Feuchtinger namens des Parteivorstandes noch einige Aufklärungen gab, welche für die Konferenz notwendig waren, und schloß um 12 Uhr mit Dankesworten die diesjährige Jahreskonferenz.

*

Steyr. Landeskonferenz. Der Landesobmann Genosse Labek konnte bei der Landeskonferenz am 7. Februar 1954 berichten, daß unsere elfjährige Parteiarbeit den Wahlsieg 1953 ermöglichte; wenn es auch wenige waren die von 1934 bis 1954 der roten Fahne die Treue hielten, so waren diese Genossen doch der Kader, der der Partei in ihrem Aufbau wertvolle Dienste leistete.

Am 12. Februar 1954 fand in Linz eine zentrale Gedenkfeier für die Opfer der Februarkämpfe im Hotel Schiff mit einer Kranzniederlegung, ferner am Nachmittag eine Kundgebung auf dem Waldfriedhof von Linz mit einer Mahnmalentzündung statt. Der Bezirk hat sich durch eine stärkere Delegation beteiligt. Anschließend fand die Bundeshauptversammlung im Parteihaus statt. Für die Errichtung des Mahnmals im Waldfriedhof (Linz) leistete die Bezirksorganisation einen Beitrag von 500 S. Abends fand, wie jedes Jahr am 12. Februar, die Gedenkfeier beim Mahnmal auf der Ennsleite statt, die gut besucht war. Besonders erfreulich war die Mitwirkung der Jugendorganisation, die ja eng mit unserer Kampf-gemeinschaft verbunden sein soll.

Am zehnten Jahrestag der Ermordung unseres Genossen Richard Bernaschek im KZ Mauthausen wurde an der Ermordungsstelle am 17. April 1954 eine Gedenktafel enthüllt; an dieser Enthüllung nahmen Delegationen aus ganz Österreich teil und hat sich diese als eine der größten und wirkungsvollsten Kundgebungen der sozialistischen Vertrauensmänner der Partei erwiesen. Die Ausführungen des Genossen Aigner stärkten die Kampfgemeinschaft der Partei.

Das Opferfürsorgegesetz bringt uns eine Reihe von wirtschaftlichen Aufgaben, deren wichtigste ist, die Sorgen der Hinterbliebenen zu mildern.

Wir werden uns im laufenden Jahr noch mehr an der Parteiarbeit beteiligen, um in freier Diskussion den sozialistischen Standpunkt durchzusetzen, besonders die Jugend mit sozialistischem Geist zu erfüllen und die ehemaligen Schutzbündler und Freiheitskämpfer für unseren Bund zu gewinnen.

*

Steyr. Die Mitglieder des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer werden darauf aufmerksam gemacht, daß jeden ersten und dritten Samstag im Monat in der Zeit von 10 bis 11 Uhr bei Ribnitzky in Steyr, Damborgasse 2, Auskünfte und Beratungen in allen Angelegenheiten der Mitglieder erteilt werden.

Die Bezirksausschußsitzungen finden wie bisher jeden ersten Dienstag im Monat statt.

Ausschreibung von Tabaktrafiken

In Wien, Niederösterreich und dem Burgenland sind folgende Tabaktrafiken ausgeschrieben. Wir machen darauf aufmerksam, daß sich alle Amtsbescheinigungsbesitzer unter den vorgeschriebenen Bedingungen um die Verleihung dieser Trafiken bewerben können. Mit-

Im Wege der öffentlichen Ausschreibung bis 22. Oktober 1955 gelangen nachfolgende Tabakverschleißgeschäfte in Wien, Niederösterreich und Burgenland zur Wiederbesetzung:

a) Tabaktrafiken in Wien			
Standort:		Umsatz vom 1. XI. 1953 bis 31. X. 1954	Führung
Wien XIII, Berggasse 24, Siedlung Friedensstadt. Die Tabaktrafik darf nur in einem Raum innerhalb der Gabelung Berggasse-Friedenszeile mit Einschluß des westlichen Drittels der Hermesstraße in nördlicher und westlicher Richtung bis zur Siedlungsgrenze ausgeübt werden 39.920 S			
verbunden			
b) Tabaktrafiken in Niederösterreich			
Standort:	Bezirk	Umsatz im Jahre 1954	Führung
Atzenbrugg, Kiosk	Tulln	56.118 S	verbunden oder selbständig
Dimling 16, Gemeinde Großerharts.....	Waidhofen an der Thaya	9.096 S	verbunden
Dietmanns 5	Gmünd	11.229 S	verbunden
Fistritz 2	Waidhofen an der Thaya	10.094 S	verbunden
Grafenbach 6	Neunkirchen	46.750 S	verbunden
Großotten 12	Gmünd	8.803 S	verbunden
Heinrichs bei Weitra 62	Gmünd	21.916 S	verbunden
Kreuzberg 42, Gemeinde Payerbach	Neunkirchen	12.240 S	verbunden
Kritzendorf, Strombad-Kiosk, Gemeinde Klosterneuburg (Saisontrafik)	Wien-Umgebung	23.151 S	verbunden
Münchreith 46 (14)	Waidhofen an der Thaya	14.060 S	verbunden
Neurieggers 4, Gemeinde Unterpertholz...	Waidhofen an der Thaya	8.971 S	verbunden
Neustift 18, Gemeinde Innermanzing	St. Pölten	44.437 S	verbunden
Nexing 2	Gänserndorf	16.365 S	verbunden
Oberohrendorf 40, Gemeinde Rohrendorf	Krems	54.320 S	verbunden oder selbständig
Payerbach, Hauptstraße 3	Neunkirchen	25.420 S	verbunden
Pellendorf 84 (55)	Mistelbach	34.612 S	verbunden
Pottenhofen 120	Mistelbach	31.060 S	verbunden
Purkersdorf, Deutschwaldstraße, Kiosk..	Wien-Umgebung	94.133 S	verbunden oder selbständig
Sulz im Wienerwald 62	Mödling	1.500 S	verbunden
Schneedorf 23, Gemeinde Reichenau	Neunkirchen	13.720 S	verbunden
Thürnthäl 4, Gemeinde Fels am Wagram	Tulln	21.740 S	verbunden
Tiefenbach 18, Gemeinde Brühl	Gmünd	8.013 S	verbunden
Wörtern, Hauptstraße 5	Tulln	41.185 S	verbunden
Zemling 68, Kiosk	Hollabrunn	20.086 S	verbunden
Ferner gelangen folgende umsatzschwache Tabaktrafiken in Niederösterreich mit selbständiger Führung (Landtrafiken) zur Wiederbesetzung.			
Großenzersdorf, Schloßhofer Straße 307..	Wien-Umgebung	40.876 S	selbständig
Hipples 26	Korneuburg	18.068 S	selbständig
Riegers 15 (8), Gemeinde Merkengersch...	Waidhofen an der Thaya	18.832 S	selbständig
Reisenhof 4, Gemeinde Rainberg	Melk	5.612 S	selbständig
Da der Ertrag dieser umsatzschwachen, an sich nicht lebensfähigen Tabaktrafiken keine Existenzgrundlage für die Lizenzinhaber bildet, werden Anträge jener Bewerber um die selbständige Führung der Tabaktrafik vorzugsweise berücksichtigt, welche ständig andere ausreichende Einkünfte haben, die durch die Trafikverleihung keine nennenswerte Kürzung erfahren, wie zum Beispiel aus Renten beziehungsweise Versorgungsgenüssen oder aus dem Betrieb einer Landwirtschaft, eines Handwerks, einer Totoannahmestelle und dergleichen.			
c) Tabaktrafiken im Burgenland			
Deutsch Ehrendorf 50	Güssing	12.565 S	verbunden
Glashütten bei Lockenhaus, Obere Gasse Nr. 6	Oberpullendorf	32.219 S	verbunden
1. IV. 1954 bis 31. III. 1955			
Rechnitz, Schloßberggasse 1	Oberwart	52.247 S	verbunden oder selbständig
Stotzing, Kiosk.....	Eisenstadt	48.960 S	verbunden
Unterrabnitz 27	Oberpullendorf	13.575 S	verbunden
Wiesen, Kiosk bei Haus-Nr. 343	Mattersburg	74.212 S	verbunden oder selbständig

Die Anträge auf Verleihung dieser Verschleißgeschäfte sind auf den vorgeschriebenen amtlichen Vordruck zu stellen, zu fertigen und spätestens am 22. Oktober 1955, 12 Uhr, bei der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland als Bevollmächtigte der Austria Tabakwerke AG, vormals Österreichische Tabakregie, in Wien III, Vordere Zollamtsstraße 7, 1. Stock, Tür 134, unter verschlossenem Kuvert einzureichen.

Die Antragsformulare für die Verleihung eines Verschleißgeschäfts sind mit einem 30-S-Stempel, das Sittenzeugnis mit einem 6-S-Stempel und jede Beilage mit einem 150-S-Stempel zu versehen.

Ausgenommen von der Stempelpflicht für Verleihungsansuchen und Beilagen sind Kriegsbeschädigte, Kriegerwitwen und Kriegerwaisen aus dem Kriege 1914/1918, die im Besitze eines Rentenbescheides sind, und Opfer um ein freies, demokratisches Österreich, die durch eine Amtsbescheinigung nach § 4 des Opferfürsorgegesetzes vom 4. Juli 1947, BGBl. 183, anerkannt sind, weiter bedürftige Kriegsversehrte des Krieges 1939/1945 mit Versehrtenstufe I, II, III oder IV sowie Kriegerwitwen aus diesem Kriege, falls sie das 40. Lebensjahr bereits vollendet haben oder arbeitsunfähig sind beziehungsweise für mindestens ein versorgungsberechtigtes Kind zu sorgen haben.

Anträge, die nicht unter Benützung der amtlichen Vordrucke oder verspätet eingebracht werden, desgleichen Anträge, die nicht mit dem Nachweis der Verfügungsberechtigung des Bewerbers über ein vollkommen geeignetes Verschleißlokal belegt sind, bleiben unberücksichtigt. Überdies sind Anträge jener registrierungspflichtigen Personen (§ 4 NS-Gesetz 1947), die gemäß § 17 Absatz (2) des NS-Gesetzes 1947 belastet und nicht gemäß § 17 Absatz (4) NS-Gesetz 1947 von der Sühnepflicht ausgenommen sind, von der Bewerbung ausgeschlossen.

Die Verschleißgeschäfte dürfen am bisherigen Standorte oder, wenn das Stammlokal nicht zur Verfügung steht, in einem geeigneten, in unmittelbarer Nähe gelegenen Ersatz-

glieder unseres Bundes, die die Absicht haben, sich um eine Trafik zu bewerben, mögen alle näheren Daten zusammen mit einer Durchschrift des bezüglichen Ansuchens so rasch als möglich über die zuständigen Landesorganisationen an uns einsenden.

Im Wege der öffentlichen Ausschreibung bis 22. Oktober 1955 gelangen nachfolgende Tabakverschleißgeschäfte in Wien, Niederösterreich und Burgenland zur Wiederbesetzung:

a) Tabaktrafiken in Wien			
Standort:	Umsatz vom 1. XI. 1953 bis 31. X. 1954	Führung	
Wien XIII, Berggasse 24, Siedlung Friedensstadt. Die Tabaktrafik darf nur in einem Raum innerhalb der Gabelung Berggasse-Friedenszeile mit Einschluß des westlichen Drittels der Hermesstraße in nördlicher und westlicher Richtung bis zur Siedlungsgrenze ausgeübt werden	39.920 S	verbunden	
b) Tabaktrafiken in Niederösterreich			
Standort:	Bezirk	Umsatz im Jahre 1954	Führung
Atzenbrugg, Kiosk	Tulln	56.118 S	verbunden oder selbständig
Dimling 16, Gemeinde Großerharts	Waidhofen an der Thaya	9.096 S	verbunden
Dietmanns 5	Gmünd	11.229 S	verbunden
Fistritz 2	Waidhofen an der Thaya	10.094 S	verbunden
Grafenbach 6	Neunkirchen	46.750 S	verbunden
Großotten 12	Gmünd	8.203 S	verbunden
Heinrichs bei Weitra 62	Gmünd	21.916 S	verbunden
Kreuzberg 42, Gemeinde Payerbach	Neunkirchen	12.240 S	verbunden
Kritzendorf, Strombad-Kiosk, Gemeinde Klosterneuburg (Saisontrafik)	Wien-Umgebung	23.151 S	verbunden
Münchreith 46 (14)	Waidhofen an der Thaya	14.060 S	verbunden
Neurieggers 4, Gemeinde Unterpertholz	Waidhofen an der Thaya	8.971 S	verbunden
Neustift 18, Gemeinde Innermanzing	St. Pölten	44.437 S	verbunden
Nexing 2	Gänserndorf	16.365 S	verbunden
Oberohrendorf 40, Gemeinde Rohrendorf	Krems	54.320 S	verbunden oder selbständig
Payerbach, Hauptstraße 3	Neunkirchen	25.420 S	verbunden
Pellendorf 84 (55)	Mistelbach	34.612 S	verbunden
Pottenhofen 120	Mistelbach	31.060 S	verbunden
Purkersdorf, Deutschwaldstraße, Kiosk	Wien-Umgebung	94.133 S	verbunden oder selbständig
Sulz im Wienerwald 62	Mödling	1.500 S	verbunden
Schneedorf 23, Gemeinde Reichenau	Neunkirchen	13.720 S	verbunden
Thürnthäl 4, Gemeinde Fels am Wagram	Tulln	21.740 S	verbunden
Tiefenbach 18, Gemeinde Brühl	Gmünd	8.013 S	verbunden
Wörtern, Hauptstraße 5	Tulln	41.185 S	verbunden
Zemling 68, Kiosk	Hollabrunn	20.086 S	verbunden
Ferner gelangen folgende umsatzschwache Tabaktrafiken in Niederösterreich mit selbständiger Führung (Landtrafiken) zur Wiederbesetzung.			
Großenzersdorf, Schloßhofer Straße 307	Wien-Umgebung	40.876 S	selbständig
Hipples 26	Korneuburg	18.068 S	selbständig
Riegers 15 (8), Gemeinde Merkengersch	Waidhofen an der Thaya	18.832 S	selbständig
Reisenhof 4, Gemeinde Rainberg	Melk	5.612 S	selbständig
c) Tabaktrafiken im Burgenland			
Deutsch Ehrendorf 50	Güssing	12.565 S	verbunden
Glashütten bei Lockenhaus, Obere Gasse Nr. 6	Oberpullendorf	32.219 S	verbunden
1. IV. 1954 bis 31. III. 1955			
Rechnitz, Schloßberggasse 1	Oberwart	52.247 S	verbunden oder selbständig
Stotzing, Kiosk	Eisenstadt	48.960 S	verbunden
Unterrabnitz 27	Oberpullendorf	13.575 S	verbunden
Wiesen, Kiosk bei Haus-Nr. 343	Mattersburg	74.212 S	verbunden oder selbständig

lokal ausgeübt werden. Die Handelsspanne für Tabaktrafiken beträgt derzeit bei selbständiger Führung 34 Prozent, bei verbundener Führung 19 Prozent.

Die amtlichen Vordrucke sind bei der obengenannten Finanzlandesdirektion, Wien III, Vordere Zollamtsstraße 7, 1. Stock, Zimmer 134, sowie bei dem zuständigen Finanzamte beziehungsweise der zuständigen Steueraufsichtsstelle erhältlich, wo auch nähere Auskünfte erteilt werden.

Bedürftige Kriegsbeschädigte des Krieges 1914/1918, die im Genusse einer Dauerrente stehen oder denen eine Dauerrente abgefertigt*) wurde, Hinterbliebene nach solchen, denen eine dauernde Hinterbliebenenrente zuerkannt ist, Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich mit einer Amtsbescheinigung nach § 4 des Opferfürsorgegesetzes vom 17. Juli 1945 in der Fassung der Opferfürsorgeverordnung vom 31. Oktober 1945, weiter bedürftige Kriegsversehrte des Krieges 1939/1945 mit Versehrtenstufe I, II, III oder IV sowie Kriegerwitwen aus diesem Kriege, falls sie das 40. Lebensjahr bereits vollendet haben oder arbeitsunfähig sind beziehungsweise für mindestens ein versorgungsberechtigtes Kind zu sorgen haben, genießen bei der Vergebung von Tabakverschleißgeschäften ein unbedingtes Vorzugsrecht.

*) Kriegerwitwen und Kriegerwaisen aus dem Kriege 1914/1918, die im Besitze eines Rentenbescheides sind, Kriegsbeschädigte, deren Rentenbezüge ganz oder teilweise abgefertigt wurden, haben ungeachtet der erfolgten Abfertigung auch dann als bevorzugte Bewerber zu gelten, wenn sie durch Amtsbestätigung des zuständigen Landesinvalidenamtes nachweisen, daß die der Abfertigung zugrunde liegende Rente seinerzeit als Dauerrente zuerkannt wurde.

Die Bestätigung des Landesinvalidenamtes über die Art der abgefertigten Rente ist ohne besondere Aufforderung schon bei Stellung des Antrages beizubringen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Verschleißbehörde während des Besetzungsverfahrens eine etwa fehlende Bestätigung vom Landesinvalidenamte nicht anfordert.

HERRN
MARSAL VIKTOR
WIEN XXI/141
FULTONSTR. 5-11/1/1/3

V. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unbestellbar zurückgeschickt werden müssen.


STÄDTISCHE
VERSICHERUNG

Redaktionsschluß
für die nächste Nummer: 15. November 1955

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: August Jarosik Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Tel. U 21620. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

1. Werdertorgasse 9	Mi. 17 bis 18 Uhr
2. Praterstraße 25 a	Di. 16 bis 18 Uhr
3. Landstraßer Hauptstraße 41 ..	Fr. 18 bis 20 Uhr
4. Wiedner Hauptstraße 60 b	Mo. 18 bis 19 Uhr
5. Kohlgasse 27	Mi. 18 bis 19 Uhr
6. Otto-Bauer-Gasse 9	Do. 19 bis 20 Uhr
7. Neubaugasse 25	Do. 18 bis 19 Uhr
8. Josefstädter Straße 39	Do. 17 bis 18 Uhr
9. Dreihackengasse 7	Mi. 17 bis 19 Uhr
10. Tolbuchinstraße 8/10, I.	Di. 17 bis 19 Uhr
11. Simmeringer Hauptstraße 80	Jeden 2. u. 4. Mo. 18 bis 19 Uhr
12. Ruckergasse 40	Fr. 18 bis 19 Uhr
13. Hietzinger Hauptstraße 22	Di. 18 bis 20 Uhr
14. Linzer Straße 297	Fr. 17 bis 19 Uhr
15 a. Hackengasse 13	Mi. 17 bis 19 Uhr
15 b. Rustengasse 9	Fr. 18 bis 19.30 Uhr
16. Schuhmeierplatz 18	Do. 17 bis 19 Uhr
17. Kalvarienberggasse 28 a, II/26	Jeden 1. u. 3. Mi.
18. Gentzgasse 62	Fr. 18 bis 20 Uhr
19. Billrothstraße 48	Di. 17 bis 19 Uhr
20. Raffaelgasse 11	Do. 18.30 bis 20 Uhr
21. Prager Straße 33	Mo. 17 bis 19 Uhr
22. Donaufelder Straße 259	Mo. 18 bis 19 Uhr
25. Liesing, Breitenfurter Straße 2	Jeden 1. u. 3. Mo. 18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei:

9. Berggasse 41, Parterre (Hausverwaltung)	Jeden 1. Do. 14 bis 16 Uhr
--	-------------------------------

Sprechstunden

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

Mödling, Bezirkssekretariat der SPÖ, Hauptstraße 42	jeden ersten Sonntag im Monat von 10 bis 11 Uhr
---	---

Burgenland:

Eisenstadt, Bezirkssekretariat der SPÖ, Hauptstraße 5	tgl. 9 bis 12 Uhr
---	-------------------

Kärnten:

Klagenfurt, Kammerbücherei der Arbeiterkammer, Bahnhofstraße 42, bei Genossin Lona Sablatnik und Genossen Eduard Goritschnig	tgl. außer Sa. 10 bis 12 Uhr
--	---------------------------------

Oberösterreich

Linz, Landstraße 36, 1. Stock, Tür 3	Di., Mi., Do. ab 15 Uhr
Steyr, Damberggasse 2	jeden ersten und dritten Samstag im Monat von 10 bis 11 Uhr

Salzburg:

Sprechstunden entfallen bis auf weiteres.

Steiermark:

Graz, Südtiroler Platz 13, Zimmer 15	Mi. 17 bis 19 Uhr
Bruck a. d. Mur, Arbeiterheim, Kirchplatz 5	

Tirol:

Innsbruck, Salurner Straße 2, 2. Stock, Zimmer 40	tgl. außer Sa. 15 bis 18 Uhr
---	---------------------------------